

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

EUROPA RAKETENFREI:
WER IST DAGEGEN?

NEUE ZEIT

**NIKARAGUA:
DIE REVOLUTION
BRAUCHT FRIEDEN**

14159 20 136 304 550
NVA 32667 VM
21171 9005 0144
PF

HEISSES EIS IN
DER WIENER STADTHALLE

Nr. 20 • MAI 1987

ISSN 0233-8335

1917-1987

ZEIT UND MENSCHEN

Der Landarzt Schlingensiefel schrieb in seinem Buch „Aussterbendes Dorf“: „Der Vater hatte sich im Steinbruch verbohrt und saß krank und deprimiert zu Haus. Kein Brot, kein Spargroschen. Die Mutter bettelte in den Nachbardörfern. Die kleinen Kinder schrien nach Brot. Der Vater konnte es nicht zushalten, er holte Stroh und Reisig in die Hütte, um sich und die Kinder zu verbrennen. Nachbarn konnten das Unglück gerade noch verhehlen.“

Das war kein Ausnah-

meßfall. Aufreibende Arbeit, Landlosigkeit, Armut und Unwissenheit waren bis 1917 das Los der meisten Bauern. Die Sowjetmacht nahm deshalb schon einige Stunden nach ihrem Sieg das Dekret über den Grund und Boden an. 150 Mio ha Ländereien der Gutsherren, der Krone und der Klöster wurden denen übergeben, die sie bestellten.

Die armen Bauern hatten aber nur hölzerne Hakenpflüge, kein Vieh und kein Saatgut. Sollten sie wieder wie Sklaven beim Kulaken schuften, damit er ihnen aushalf?

Der Ausweg war die kollektive Arbeit. Kurz nach der Revolution entstanden die ersten Genossenschaften und Kommunen.

Viele Bauern mußten sich aber erst an kollektive Arbeit gewöhnen. Die große Wende trat Ende der 20er Jahre ein, als

klar war, daß Leistungen und Erträge in den Kolchosen höher sind und daß der Staat ihnen mit Saatgut und Maschinen aushilft. Neue Fabriken lieferten immer mehr Traktoren.

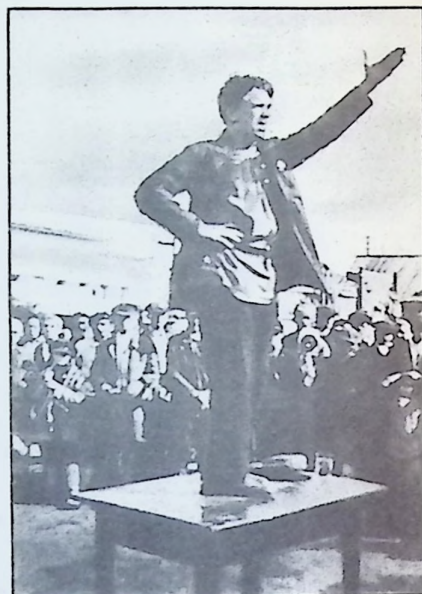
Bei der Kollektivierung kam es bisweilen auch zu tragischen Fehlern und Übergriffen, aber sie brachte das Land und Millionen Bauern weit voran.

1930 faßten die armen Bauern und die Landarbeiter im Dorfe Ochotschewka den Beschluß, eine Kolchose zu gründen. Darin hieß es: „Wo früher geprügelt wurde, wo wir im Schweiß unseres Angesichts die Erde mit Hakenpflügen ritzten, wird jetzt ein Traktor brausen und die Fahne des neuen, kollektiven Lebens wehen.“ Bis Mitte

der 30er Jahre hatten sich die Kolchosen endgültig durchgesetzt.

Agitator. 1929.

Jetzt wird's uns gut gehen! 1929



IN DIESEM HEFT:

- 2
Wort des Redakteurs
ZWEI STRÖMUNGEN IM MEER
- 3
Nikaragua
W. Tschirkow. **DIE REVOLUTION
BRAUCHT FRIEDEN**
- 6
BRD
A. Tolpegin. **NULL LÖSUNG**
- 8
Panorama
- 11
Indien
L. Shegalow. **ANGRIFFE VON INNEN
UND AUSSEN**
- 13
Replik
M. Putinkowski. **EURO-SDI**
- 14
Am Ort des Geschehens
L. Besymenski. **LYON: DER ERSTE
PROZESSTAG**
- 15
Archiv aktuell
ENDE FÜR „OPERATION OVERFLIGHT“
- 16
Diskussion
L. Semejko. **GIBT'S DIE PARITÄT!**
- 21
Exklusiv für NZ
W. Iwanow. **FRIEDENSBAROMETER**
- 23
Rumänien
V. Tschernjowski. **DIE DIMBOVITA WIRD
SAUBER**
- 24
Österreich
A. Kowrigin. **RÜCK- UND AUSBLICK
VOM STEPHANSDOM**
- 26
Kampuchea
A. Scheludjko. **FELDER LEBEN AUF**
- 27
Projekte
A. Poljuchow. **BRÜCKEN ÜBER DIE
OSTSEE**
- 28
Kultur und Politik
A. Adamowitsch. **WENN NICHT WIR,
WER DANN!**
- 30
Länder und Kontinente
O. Gerassimow. **URLAUBSINSEL DJARBA**
- 32
Sport
B. Levin. **TURNIER
DER ÜBERRASCHUNGEN**
- Umschlag: Wladimir Wjatkin



Amerikanische Raketen
in der Bundesrepublik Deutschland



Der indische Premierminister
Rajiv Gandhi
und Präsident Zail Singh (links)



Beim Wiener Eishockey-Gipfel



DIE WOHNUNG FÜR'S LEBEN

Auf dem Jugend-Wohnungsbaukomplex: Von jungen Menschen für junge Menschen gebaute Häuser, neue zwischenmenschliche Beziehungen, alternative Formen der Selbstverwaltung, die der Demokratisierung unseres Lebens entsprechen.

18

NEUE ZEIT

Chefredakteur
V. IGNATENKO
Redaktionskollegium:
L. BESYMENSKI,
S. GOLJAKOW,
J. GUDKOW
(verantw. Sekretär),
A. LEBEDEV,
A. PIN,
B. PISTSCHIK
(stellv. Chefredakteur),
A. PUMPIANSKI
(stellv. Chefredakteur),
V. TSCHERNJAWSKI
(stellv. Chefredakteur)

Verantwortlicher
Redakteur der
deutschen Ausgabe
R. KRESTJANINOW

Ich bewundere den Mut, mit dem Sie den Kurs der nuklearen Entspannung steuern. Ich bin nicht der Einzige, der für Ihr Vorgehen auf diesem ungemein wichtigen Gebiet Hochachtung empfindet. Mehr noch, viele von uns schämen sich, weil Staatsmänner Europas und Amerikas auf die sowjetische Initiative nicht eingegangen sind.

Rex TOYN
Bristol,
Großbritannien

Stellen wir uns einmal vor, daß die Publizität — die glasnost — auch in meinem Land, in den USA, proklamiert worden sei.

Wenn es so käme, dann würden die sowjetfeindlichen Politiker und Medien den Boden unter den Füßen verlieren. Wir würden ihre Äußerungen mit den wahren Informationen aus der UdSSR vergleichen, und der Vergleich würde nicht zu unseren Gunsten ausfallen.

Wie sieht unsere Realität aus! Nur der Weiße kann z. B. im Kreise Forsyth, Georgia, wo der Ku-Klux-Klan tonangebend ist, in Ruhe leben. Unsere Pressefreiheit! Die gibt es nicht. Statt Exzesse der Rassisten zu brandmarken, fordert die Presse, die UdSSR, Kuba und Nicaragua, wo angeblich die Bürgerrechte verletzt werden, unter Druck zu setzen.

Sollte nicht die ganze Menschheit in den Genuß der glasnost kommen! Sollte die Arbeiterklasse sie nicht von der Regierung fordern! Was meinen Sie!

Eddie HINES
Fargo,
USA

ZWEI STRÖMUNGEN IM MEER

Noch hatte das erste sowjetische Fischereifahrzeug nicht Vanuatu angelaufen (was in dem Fischereiabkommen zwischen der UdSSR und diesem pazifischen Inselstaat vorgesehen ist), da meint man schon in westlichen Hauptstädten ganze Geschwader sowjetischer Schlachtschiffe und Flugzeugträger zu sehen, die im dortigen Hafen vor Anker liegen.

Offenbar werden nicht nur in Hollywood Szenarios für antisowjetische Thriller erfunden. Zumindest suchte der britische Außenminister Geoffrey Howe, der sich unlängst in Australien und Neuseeland aufhielt, die großen und kleinen Pazifikländer mit der "sowjetischen Bedrohung", der "Hand Moskaus" einzuschüchtern. Andere Außenministerien westlicher Länder überlassen den betreffenden Regierungen, z. B. Neuseeland, nur zu gern ihre Erfahrungen bei der Schürung von Agentenhysterie.

Anscheinend sind in der Politik des asiatisch-pazifischen Raums zwei Strömungen aufeinander gestoßen.

Im Vorjahr legte Michail Gorbatschow in Wladiwostok ein umfassendes Programm für die Festigung der Sicherheit und den Ausbau der friedlichen Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum vor. Die zusammen mit Indien erarbeitete Deklaration von Delhi wurde ein Beitrag zur Philosophie der Politik des Atomzeitalters. Eine positive Entwicklung ist in den Beziehungen zu manchen Ländern zu beobachten: eine Verbesserung des Verhältnisses zu China, ein immer intensiverer Dialog Moskaus mit den Ländern der ASEAN-Gruppe und Ozeaniens... Jeder Schritt hat hier konkrete Bedeutung. Doch wichtiger ist das eigentliche Ziel, die Gesamtrichtung. Diese Region, in der zwei Drittel der Menschheit leben, braucht dringend Garantien für Stabilität und Frieden.

Doch in den westlichen Hauptstädten denkt man, was diese ausgedehnte Region angeht, nach wie vor fast nur in militaristischen

und neokolonialistischen Kategorien, will die Friedenshoffnungen der Völker nicht in Rechnung stellen, ignoriert ihre Antinuklearforderungen. Waren es ja gerade die USA, Frankreich und Großbritannien (zum Unterschied von der Sowjetunion und China), die sich weigerten, den von den Ländern Ozeaniens erarbeiteten Rarotonga-Vertrag anzuerkennen, der den Südpazifik zur kernwaffenfreien Zone erklärt.

Ebenso verhindern Washington und seine Verbündeten schon diverse Jahre die Einberufung einer internationalen Indik-Konferenz. Sie denken gar nicht daran, eine Entmilitarisierung des Indischen Ozeans und dessen Verwandlung in eine Friedenszone zuzulassen. Keine Theaterkulisse, sondern der ganz reale US-Flugzeugträger "Kitty Hawk" macht jetzt die Region unsicher. Dadurch, daß er z. B. Karachi anläuft, demonstrieren die USA ein weiteres Mal die besondere Bedeutung Pakistans in den Pentagon-Plänen. Die USA wollen dieses Land als Mittel zum Druck auf die anderen Staaten Süd- und Südwestasiens einsetzen, vor allem zur Führung des nichterklärten Krieges gegen Afghanistan.

Jetzt spricht man schon davon, daß Islamabad modernste, mit dem elektronischen Aufklärungs- und Leitsystem AWACS bestückte Flugzeuge überlassen werden sollen, mit US-Besatzungen.

Nicht selten hört man, die europäischen Rezepte taugten nicht zur Festigung der Sicherheit in Asien und im pazifischen Raum. Ja, der Weg zur Schaffung eines Sicherheitssystems in dieser Region wird sich zweifelsohne von demjenigen Europas unterscheiden. Doch es gibt auch gemeinsame Kriterien. Und die verlangen eine Festigung des Vertrauens, nicht aber eine Schürung des Argwohns, fordern einen Abbau der militärischen Konfrontation, nicht aber eine Verschärfung der Spannungen. Allein dieser Weg kann zu Frieden und Stabilität in der Region, zur allgemeinen Sicherheit führen.

DIE REVOLUTION BRAUCHT FRIEDEN

Die US-Administration gibt die Hoffnung nicht auf, sich der Contras, die hauptsächlich die Zivilbevölkerung Nikaraguas terrorisieren, zu bedienen, um die Regierung der Republik zu stürzen. Anfang Mai erklärte R. Reagan vor amerikanischen Zeitungsherausgebern wieder einmal, solange er Präsident sei, höre die Unterstützung für die "Freiheitskämpfer", wie das Weiße Haus die Konterrevolutionäre nennt, nicht auf. Kein Wunder, daß die USA nichts unversucht lassen, um eine friedliche Regelung in Mittelamerika zu verhindern.

Wladislaw TSCHIRKOW

Bisweilen hat man den Eindruck, niemand meine es mit der sandinistischen Revolution so gut wie die US-Presse. Immer wieder weist eine Zeitung oder Zeitschrift die Sandinisten besorgt darauf hin, daß US-Soldaten jeden Augenblick in Nicaragua einfallen könnten. Manchmal wird sogar der Termin verraten. Einmal verkündete eine in Los Angeles erscheinende Wochenschrift der ganzen Welt im Vertrauen, das Weiße Haus plane eine bewaffnete Invasion in Nicaragua Anfang 1987.

Wir nähern uns inzwischen der Jahresmitte, eine offene Intervention hat noch nicht stattgefunden. Die Verfasser der Publikation in Los Angeles mögen aus den besten Motiven heraus gehandelt haben. Ich meinerseits möchte bemerken: Zu glauben oder zu versichern, Washington trage sich in der heutigen Situation tatsächlich mit Plänen, seine Truppen gegen Nicaragua vorzuschicken, bedeutet, die Eggheads um Präsident Reagan zu unterschätzen.

Die USA wissen mittlerweile, was das ist, in einen Konflikt in einem anderen Land einzugreifen, und wie schwer es fällt, von dort abzuziehen und dabei das Gesicht zu wahren. Das „Vietnam-Syndrom“ ist noch nicht überwunden. "Die Amerikaner dürfen in den abendlichen Nachrichtensendungen nicht sehen, wie amerikanische Soldaten sterben" ("Time"). Ein Blitzkrieg wie in Grenada wäre in Nicaragua unmöglich, die Sandinisten haben so manches, um sich zu verteidigen. Deshalb sind Bilder willkommen, die die Fernsehgesellschaft CBS Ende April aus nikaraguanischen Gebieten an der Grenze zu Honduras zeigte: von Contras in Schutt und Asche gelegte Bauernhütten, ausgebrannte Traktoren und Bulldozer, gesprengte Leitungsmasten.

Massiver Druck

Die Contras sollen kämpfen, wir liefern ihnen Geld und Waffen: Das ist im

"NEUE ZEIT" 20.87

wesentlichen die Taktik eines "Konflikts von geringer Intensität", deren sich die USA gegenüber Nicaragua befeißigen (eine ebensolche Taktik wird - mit Abänderungen je nach Land - auch gegen Angola, Afghanistan und Kampuchea angewandt).

Es handelt sich um einen Weder-Krieg-noch-Frieden-Zustand: Die Revolution wird durch Terrorakte in ständiger Anspannung gehalten, damit sie unter objektiven und subjektiven Schwierigkeiten schließlich "sich selbst überlebt". Das

In den Grenzgebieten Nikaraguas überfallen die Contras Schulen und Krankenhäuser, Wirtschaftsbauten und Genossenschaften. Unser Bild: Ein Bauer rettet ein Kind bei einem Angriff von Contras auf eine Siedlung im Departement Nueva Segovia.

Foto: Prensa Latina -- TASS



scharfe Schwert direkter Aggression liegt jedoch stets griffbereit, damit die Sandinisten möglichst viele Menschen unter Waffen halten, möglichst viel Waffen kaufen und so der Wirtschaft Mittel entziehen. Im Ergebnis verausgabt die nikaraguanische Regierung heute beinahe die Hälfte des Staatshaushalts für die Verteidigung, und das ist viel mehr als für den Schutz vor Angriffen der Contras erforderlich. Die Feinde der Revolution "wollen, daß Nicaragua eine einzige Kaserne ist, eine Riesenkaserne voller hungernder Menschen", schreibt der uruguayische Publizist Eduardo Galeano.

Washington versucht also, die schwere Lage in Nicaragua mit allen Mitteln noch zu verschlimmern. Die Preise steigen, Nahrungsmittel und Bedarfsgüter sind knapp. Seit drei Jahren nimmt das Bruttoinlandsprodukt ab.

Zu den Auswirkungen der objektiven Gründe, zu denen auch der US-amerikanische Handelsboykott gehört, kommen die eigenen Fehlentscheidungen der Sandinisten. Innenminister Tomas Borge: "Selbstverständlich kommt es bei revolutionären Umgestaltungen auch zu Opfern und Fehlern, die einen Teil der revolutionären Umwälzungen bilden." Einige Fehler waren übrigens vermeidbar. So hat sich die massenhafte Übersiedlung der Indianer aus den Grenzgebieten ins Innere des Landes, wie die nikaraguanische Führung jetzt auch selbst zugibt, nicht bewährt, weil dadurch nur die Reihen der Contras aufgefüllt wurden. Man bemüht sich nun, der Sache abzuhehlen. Auch die uralten Übel wie Bürokratie, die Korruption eines Teils des Staatsapparats und das Spekulantentum haben um das neue Nicaragua keinen Bogen gemacht. Dort wird gegenwärtig betont, wie notwendig die entschiedene Bekämpfung dieser negativen Erscheinungen ist.

Dem Dekret über den Ausnahmezustand zufolge wurde die Wirkung einiger Verfassungsartikel, die die Bürgerrechte und -freiheiten behandeln, ausgesetzt, die Pressezensur bleibt erhalten. Washington nimmt diese Maßnahmen zum Vorwand für eine großangelegte antinikaraguanische Propagandakampagne.

In dieser Situation ist es kein leichtes, von den Vorzügen des gewählten Weges zu überzeugen. Folglich sollte Nicaragua ideologisch, als Beispiel für andere, der US-Administration wenig Sorgen bereiten. Von ihrem Standpunkt aus könnten die Sandinisten erst dann ein gefährlicher Präzedenzfall werden, wenn die Reformen

in Nicaragua der Mehrheit der Bevölkerung greifbare positive Resultate bringen. Und die USA tun alles, damit dieser Fall nicht eintritt.

Sie versuchen, die nikaraguanische Revolution "in schwebendem Zustand zu halten", und rechnen dabei auf die innere Zersetzung des sandinistischen Regimes, auf eine Verschärfung der Meinungsverschiedenheiten in der FSLN, zu der politische Strömungen, darunter Sozialdemokraten und Geistliche, gehören. In den USA hofft man, mit Verschärfung der Wirtschaftsschwierigkeiten würden sich gewisse Teilnehmer der Nationalen Befreiungsfront für Kontakte mit der Emigration offener zeigen. Dann würde Washington diese Tendenz mit einem hohen Kredit oder sogar einer Gabe von ein paar Hundert Millionen Dollar geschickt verstärken.

Die Reagan-Administration und auch andere Politiker vom Kapitol möchten die Situation des Drucks auf die Sandinisten aufrechterhalten, geben jedoch die Variante einer direkten Invasion von US-Truppen in Nicaragua selbstverständlich nicht auf. Der Senat z. B. (noch bevor die Republikaner dort die Mehrheit verloren) überstimmte auf alle Fälle Edward Kennedy mit seiner Abänderung, die den Einsatz von US-Landstreitkräften für eine Invasion in Nicaragua zu verbieten forderte.

Das Pentagon forciert inzwischen seine Vorbereitungen und führt in der Nähe der nikaraguanischen Grenze fast ununterbrochen seine Kriegs"spiele" durch, deren Ziel vor allem darin besteht, den Sandinisten ständig die Gefahr einer massierten Intervention vor Augen zu halten. Keine Atempause wird gegönnt. Kaum waren die amerikanisch-honduranischen Übungen "Vicente Tosta 87" und "Pegaso 87" zu Ende, da begann am 25. April die nach mittelamerikanischen Begriffen bisher größte Übung "Solid Shield 87", bei der insgesamt 57 000 Angehörige der amerikanischen und der honduranischen Land-, Luft- und Seestreitkräfte eingesetzt werden sollen.

Vier Tage vor Beginn dieses imaginären Kriegs verlängerte R. Reagan das Mandat der Administration auf einen wirklichen, wenn auch ökonomischen, Krieg: Er prolongierte erneut das Handelsembargo über Nicaragua. Der Schaden für die Republik beträgt seit Mai 1985 rd. 200 Mio Dollar.

Die Bestätigung des Boykotts durch das Weiße Haus verlieh den antiamerikanischen Demonstrationen, die am 4. Mai, am Tag der nationalen Würde, in ganz Nicaragua stattfanden, eine besondere Wucht. An diesem Tag begeht das Volk Nicaraguas ein Ereignis, das in der Geschichte seines Kampfes für die Unabhängigkeit und Souveränität der Heimat einen wichtigen Meilenstein bildet: Vor 60 Jahren, am 4. Mai 1927, lehnte Augusto Cesar Sandino, der "General freier Menschen", ein Ultimatum der US-Interven-ten ab, die die Entwaffnung der

Patrioten forderten, und faßte den Beschluß, die militärischen Handlungen gegen die Okkupanten fortzuführen.

Was stört die Contadora-Gruppe!

Die Lage in Mittelamerika kann nicht ewig gespannt bleiben. Es werden, bisweilen recht energisch, Anstrengungen unternommen, um sie zu normalisieren. Im April konferierten in Buenos Aires die Außenminister der vier Staaten der Contadora-Gruppe (Mexiko, Venezuela, Kolumbien, Panama) und der vier Mitglieder der lateinamerikanischen Pro-Contadora-Gruppe (Argentinien, Brasilien, Peru, Uruguay). Ebenso wie die früheren Konferenzen bestätigte diese zwar die Lebensfähigkeit des Contadora-Prozesses, brachte jedoch die Sache einer friedlichen Regelung in Mittelamerika kaum voran.

Warum kommt sie so langsam - wenn überhaupt - voran? Der US-Druck? Ja, seine negative Auswirkung auf alle Etappen des Prozesses steht außer Zweifel.

Noch ein Zug, der die Haltung der USA zur Contadora-Gruppe charakterisiert. Eine Werbeagentur in Miami erhielt aus einer rätselhaften Quelle 1,8 Mio Dollar für eine Verleumdungskampagne, die die Bemühungen der Contadora-Gruppe und der Pro-Contadora-Gruppe der Unterstützung um die Überwindung der regionalen Krise in Mißkredit bringen sollte. Über diesen Fakt informierte der venezolanische Außenminister Simon Consalvi.

Leider müssen die Contadora-Staaten mit einem Seitenblick auf den großen Nachbarn im Norden handeln. Dazu veranlassen sie die traditionellen Verbindungen der lateinamerikanischen Länder mit den USA und die Abhängigkeit von diesen, die gemeinsame Zugehörigkeit zur "westlichen Zivilisation", kurz, die Klassensolidarität.

Doch manchmal zeigen sich auch die Teilnehmer der Contadora-Gruppe und ihre lateinamerikanischen Anhänger reserviert und unentschlossen gegenüber den zahlreichen konstruktiven Friedensinitiativen Managuas.

Ich glaube, daß bürgerlich-demokratische Regierungen Lateinamerikas, die Nicaraguas Souveränität alles in allem unterstützen, dem sandinistischen Regime gegenüber doch gewisse Befürchtungen hegen: Hat es auch nicht viel zu viel "Sozialismus" an sich? Und dies trotz des Umstands, daß es unter den Contadora-Staaten sogar Staatschefs gibt, die sich an eine "sozialistische" bzw. sozialdemokratische Orientierung halten. Haben die Sandinisten nicht zu wenig Pluralismus?! Sonderbarerweise wird dabei vergessen, daß in Nicaragua Andersdenkende im Parlament vertreten sind und ihre Differenzen mit der Regierung recht laut austragen.

Aber wenn den herrschenden Kreisen der lateinamerikanischen Staaten nicht alles, was in Sandinos Land vor sich geht, behagt - warum treten ihre Regierungen gegen eine offene US-Einmischung auf? Eben weil sie durch die Verteidigung von Nicaraguas Unabhängigkeit auch die Selbständigkeit und Souveränität ihrer Länder behaupten.

Eine weitere Quelle von Zweifeln und Schwankungen: Wird Nicaragua nicht schließlich im Lager von Moskau und Havanna landen?

Wer hat bloß als erster das Wort "Lager" auf die internationalen Beziehungen angewandt? Sofort stellt sich als Attribut dazu das Wort "militärisch" ein. Wozu die Menschheit in Lager einteilen? Sie sollte eine einträchtige Familie sein, unter der unerläßlichen Bedingung, daß jedes Volk das Recht hat, frei und demokratisch seine Gesellschaftsordnung und Regierungsform zu wählen und seine nationale und kulturelle Eigenständigkeit zu bewahren. Dann würde auch die Beseitigung von Spannungsherden viel leichter fallen. Das trifft auf regionale Konflikte ebenso zu wie auf die Möglichkeit, einen globalen Konflikt zu vermeiden, gleich, ob in seiner nuklearen oder konventionellen „Ausführung“.

Man schürt Konflikte...

Einiges läßt darauf schließen, daß die USA regionale Konflikte direkt brauchen, egal, wo: im Mittleren oder Nahen Osten, in Südostasien, Afrika, um die Malwinen (Falklandinseln). Für Washington sind solche Konflikte wohl eine ständige Reserve, um den Stand der Konfrontation mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern zu manipulieren.

Dieser Gedanke wurde in einer amtlichen sowjetischen Erklärung ausgesprochen.

Wenn man es darauf anlegt, findet man praktisch in jeder Krise die "Hand" Moskaus (Havannas, Hanois usw.). Es genügt, daß ein Vertreter der sowjetischen Führung oder sogar eine Delegation der sowjetischen Öffentlichkeit zu einem "heißen Punkt" reist, daß die UdSSR einem Land Medikamente oder Traktoren, Lebensmittel oder Zerspannungsmaschinen liefert, von Waffen (die übrigens auf juristischer Grundlage verkauft werden) ganz zu schweigen, und schon wird ein Heidenlärm darum gemacht. Dabei ist die Sache sonnenklar: Die UdSSR beliefert Nicaragua etwa mit ausgesprochenen Abwehrwaffen, denn auch die Militärdoktrin der Republik trägt eindeutig defensiven Charakter.

Am liebsten sieht es Washington, wenn sich etwas in der Nähe abspielt, z. B. in Mittelamerika. Dann kann eine unmittelbare Gefahr für die Sicherheit der USA vorgeschützt werden. Der Durchschnittsamerikaner geht dem Märchen sofort auf den Leim, und der Kongreß wird bei der Erörterung der nächsten Portion von Bewilligungen nachgiebiger, die dazu

bestimmt sind, den Konflikt zu schüren und "ihre Leute" zu finanzieren. Daß die US-Gesetzgeber, die um nichts in der Welt als "rot" gelten wollen, "ihre Leute" in den nikaraguanischen Contras sehen, wird durch die gar nicht so alte Story um den Rest in Höhe von 40 Mio Dollar von jenen 100 Mio bestätigt, die im vorigen Jahr als Hilfe für antinikaraguanische Trupps bewilligt wurden. Diese 40 Mio mußten abermals bestätigt werden. Zuerst drohte man im Kongreß damit, diesen Betrag auf Eis zu legen. Aber das dauerte nicht lange. Die Administration brauchte nur ein wenig nachzustößen, und der Senat gab grünes Licht. Für das Finanzjahr 1988, das am 1. Oktober 1987 beginnt, fordert das Weiße Haus schon 105 Mio, und ich wage die Behauptung, daß sie bereitgestellt werden, und zwar nach einer Farce im Kapitol, die genau so lange dauern wird, um die Contras nicht auf den Hund kommen zu lassen.

Vorläufig können regionale Konflikte leider nicht vermieden werden, dazu ist die Lage in der dritten Welt viel zu verwickelt. Solche Konflikte dürfen jedoch nicht als Mittel in der (objektiv bestehenden) Auseinandersetzung zwischen den beiden stärksten und am stärksten bewaffneten Großmächten, den USA und der UdSSR, benutzt werden.

...statt sie zu beheben

Aber die USA tun es: durch Belieferung der Contras, durch Bewaffnung von Honduras, wo sie sich hauptsächlich festgesetzt haben, weit über die Erfordernisse seiner Landesverteidigung hinaus. Das kleine Land mit nicht einmal 4 Millionen Einwohnern besitzt bis zu 60 Kampfflugzeuge, die sich für Angriffsoperationen eignen. Dennoch wollen die USA Honduras in den nächsten anderthalb Jahren weitere 18--24 F-5E-Jäger vom Typ "Tiger" liefern. Die Maschinen sind mit Raketen bewaffnet und für die Bekämpfung von Erdzielen bestimmt.

Auch Israel kümmert sich vielleicht zu viel um Mittelamerika, es beliefert Honduras und El Salvador mit Waffen, darunter mit Offensivwaffen; eine deutliche Spur der Zionisten ist auch in der Iran-Contras-Affäre zu verfolgen.

Vor kurzem schrieb der Londoner "Observer" darüber, daß auch eine britische Firma mit den Waffenlieferungen für die nikaraguanischen Contras zu tun hatte.

Und da werden Managua Expansionsbestrebungen vorgeworfen! Eine lachhafte und haltlose Beschuldigung. Die Sandinisten sind nicht so naiv, ihren Einfluß nicht durch soziales Beispiel, sondern künstlich nach außen verbreiten zu wollen, wo sie doch vorläufig auch innerhalb des eigenen Landes auf ernsthafte Opposition stoßen.

Washington bezichtigt Nicaragua einer "übermäßigen Militarisierung". Ja, Nikara-

gua hat heute in der Tat die größte und kampffähigste Armee Mittelamerikas. Aber sie besteht nicht um der Aggression willen. Die Nikaraguaner sehen keine Notwendigkeit, die Vorzüge ihres Systems durch militärische Übermacht zu beweisen. Das wäre nicht gerade die beste Empfehlung für das System. Sie brauchen eine kampffähige Armee dazu, die Möglichkeit zur Realisierung dieser Vorzüge zu erhalten.

Übrigens sind die Gerüchte von der Aggressivität und superstarken Bewaffnung der Sandinistischen Volksarmee stark übertrieben. Sie hat nur etwa zehn schwere Hubschrauber und keine einigermaßen modernen Jagdflugzeuge. Hubschrauber sind eine Abwehrwaffe, aber selbst dabei bleiben die Nikaraguaner hinter einigen Nachbarländern, die mit Washington verbündet sind, zurück.

Nach Pressemeldungen zu urteilen, neigen immer mehr Menschen in Lateinamerika zu der Meinung, daß die mittelamerikanische Krise von Lateinamerikanern, ohne fremde Einmischung, beseitigt werden muß. Das bezieht sich vor allem auf Washington, wo man sich schon längst hätte mit dem Gedanken anfreunden sollen, daß die Vereinigten Staaten noch nicht ganz Amerika ausmachen. Als US-Außenminister Shultz vor kurzem in Moskau war, wurde ihm erneut mit aller Deutlichkeit erläutert: Die Eskalation der Spannungen um Nicaragua sei unzulässig, die USA balancierten in Mittelamerika faktisch am Rande einer großangelegten bewaffneten Aggression. Um ein Feuer zu löschen, müsse man für den Anfang mindestens darauf verzichten, es zu schüren. Shultz wurde darauf hingewiesen, daß das freiheitliebende, unabhän-

gige Nicaragua angesichts amerikanischer Aggressoren nicht allein stehen, daß man ihm auch künftig die notwendige Hilfe leisten werde.

Die UdSSR selbst, die wiederholt erklärte, daß sie die Anstrengungen der Contadora-Gruppe unterstützt, steht unbeirrbar auf der Position der Nichteinmischung.

Alle interessierten Seiten (und interessiert ist in diesem Fall ebenso wie in anderen, ähnlichen unser ganzer Planet) müssen den daran beteiligten lateinamerikanischen Staaten die Möglichkeit geben, die Situation ruhig, ohne überflüssige Emotionen zu analysieren und unter den zahlreichen Vorschlägen einen optimalen zu wählen.

Varianten?

Solche Vorschläge kommen sowohl von der Contadora-Gruppe als auch von Nicaragua selbst. Die sandinistische Regierung schlägt u. a. vor, in der Region eine von fremder militärischer Präsenz freie Zone zu schaffen. Die Republik ist bereit, mit den anderen mittelamerikanischen Staaten auch über den Höchststand der Bewaffnung der Armeen mit Hubschraubern und schwerer Artillerie zu beraten. Managua ist ferner für eine Begrenzung der Ausmaße von Militärübungen. Es gab auch die Idee, die Grenze Nicaraguas zu den Nachbarstaaten unter internationale Kontrolle zu stellen. Das würde dem Eindringen von Contras in Nicaragua einen Riegel vorschieben und zugleich dem Gerede von einer "sandinistischen Expansion" ein Ende setzen.

US-Soldaten werden bei einer Übung auf honduranischem Boden in Kampfoperationen im Dschungel unterwiesen

Fotochronik der TASS



Diese konstruktiven Initiativen finden keinen Anklang. Washington setzt sich arrogant über sie hinweg, während seine hiesigen Verbündeten Honduras, El Salvador und Kosterika nach Ausflüchten suchen und Vorbehalte und sogar verleumdende Befürchtungen (gibt es da ganz bestimmt keine "kommunistische Verschwörung"?) äußern. Selbst wenn sich die USA in Worten für Verhandlungen einsetzen, stellen sie bzw. ihre einheimischen Schützenghellen offensichtlich unannehmliche Bedingungen. Mehr als einmal wollte man Nicaragua zu faktischer einseitiger Abrüstung bewegen.

Der nikaraguanische Präsident Daniel Ortega bekräftigte Ende April erneut die Bereitschaft seines Landes, die Verhandlungen mit den USA wieder aufzunehmen, von denen eigentlich alles abhängt.

Auch die "Tegucigalpa-Gruppe" (Honduras, El Salvador, Kosterika) hat ihre Varianten.

So liegt ein kosterikanischer Plan vor.

Beachtenswert ist die Position Guatemalas, die gegen fremde Einmischung in die Angelegenheiten der Region gerichtet ist. Die Regierung des Präsidenten Cerezo, die in der mittelamerikanischen Krise eine Politik der "aktiven Neutralität" verfolgt, unternahm einen wichtigen praktischen Schritt, als sie die Ausbildung von "Freiwilligen" aus den nikaraguanischen konterrevolutionären Trupps auf Guatemalas Territorium verbot.

Berücksichtigung spezifischer Interessen jedes Landes ist die wichtigste Bedingung einer Regelung. Alle Staaten haben solche Interessen. Die Nikaraguaner wollen, daß man ihre Revolution in Ruhe läßt und ihnen die Gelegenheit gibt, ihre soziale Wahl zu realisieren. Kosterika und Honduras befürchten bei all der Feindseligkeit ihrer herrschenden Kreise gegenüber den Sandinisten oder den salvadorianischen Aufständischen immerhin eine Variante, bei der diese Länder in einen eventuell noch gefährlicheren Konflikt in der Region verwickelt würden.

Für die Erzielung einer gerechten Regelung sind auch vernünftige Kompromisse nötig, heißt es doch nicht von ungefähr, daß eine realistische und erfolgversprechende Politik die Kunst des Kompromisses ist.

Und selbstverständlich darf keine Einmischung von außen erlaubt sein.

Zusammen würden die genannten Faktoren meines Erachtens Mittelamerika den Weg zum Frieden eröffnen.

Es kommt nicht darauf an, ob die Krise auf der Grundlage der „Friedensakte“ der Contadora-Gruppe oder eines anderen Dokuments behoben wird. Vielmehr kommt es darauf an, daß eine günstige Situation herbeigeführt wird für die freie, unabhängige Entwicklung aller mittelamerikanischen Völker, eine Situation des Friedens und der Ruhe in der Region.



Am Morgen des 7. Mai saß auf der Gästetribüne des Bundestages auch der ehemalige US-Verteidigungsminister Robert McNamara. Nachdem er sich aufmerksam den Reden von Bundeskanzler Helmut Kohl und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel angehört hatte, begab er sich in den Presseklub, um den Journalisten sein neues, gerade erst in deutscher Übersetzung erschienenes Buch zu präsentieren.

Der Titel des Buchs bringt seinen Hauptgedanken zum Ausdruck: "Blindlings ins Verderben — Der Bankrott der Atomstrategie". Der Autor, der die möglichen Folgen dieser Strategie analysiert, kommt zu dem Schluß: "Militärische Konflikte können schnell eskalieren zu einem Atomkrieg, der zur sicheren Vernichtung unserer Zivilisation führt. Das Risiko" (verbunden mit dem Einsatz von Nuklearwaffen — die Red.) "ist viel größer, als ich aus militärischen, politischen und ethischen Gründen akzeptieren kann."

Rein zufällig erschien am gleichen Tag in der "Zeit" ein ausführlicher Beitrag von Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt. Darin gestand er erstmals ein, daß ihm die Strategie der "flexiblen Antwort" von Anfang an "absurd" erschien, da ihre Verwirklichung zum Tod von Millionen Menschen führen würde. Bei einem Einsatz von Nuklearwaffen könne von einer "Verteidigung" keine Rede sein.

Abrüstungsängste

Doch kehren wir in den Tagungssaal des Bundestags zurück. Am 7. Mai gab Kanzler Kohl hier eine Regierungserklärung zu den jüngsten sowjetischen Initiativen bei den Mittelstreckenraketen größerer Reichweite (LRINF) und denen kürzerer Reichweite (SRINF) ab. Der Kanzler holte weit aus, wobei er auch die Frage der "flexiblen Antwort" berührte. Anders als McNamara und Schmidt meint er, daß es zu dieser

Strategie "in absehbarer Zeit keine Alternative" gibt. Deshalb "kann unser Bündnis auf absehbare Zeit auf Nuklearwaffen nicht völlig verzichten".

Das, was sich in den letzten Wochen auf der Bonner politischen Szene tut, vergleichen manche hiesigen Beobachter mit absurdem Theater. Noch unlängst hatten Politiker der CDU/CSU — der Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Alfred Dregger, sein Stellvertreter Volker Rühle, Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner und andere — als Haupthindernis für ein Abkommen über die Beseitigung der amerikanischen und der sowjetischen LRINF die "erdrückende" Überlegenheit der Sowjetunion bei den Raketen mit einer Reichweite von weniger als 1000 km genannt. Im Grunde hätten sie als erste die neue sowjetische Initiative begrüßen müssen, die, um ein Abkommen über die LRINF zu erleichtern, den Vorschlag enthielt, auch die SRINFs (mit 500–1000 km Reichweite) zu beseitigen. Doch nichts Derartiges geschah. Die rechten Politiker der CDU/CSU sprachen sich kategorisch gegen eine "doppelte Null-Lösung" aus.

All das nimmt sich nur auf den ersten Blick absurd aus. In Wirklichkeit hat das Verhalten der Politiker der CDU/CSU seine Logik.

Unternehmen wir einen kurzen Exkurs. Bonn hatte bereits vor Reykjavik einen Versuch unternommen, die Frage der LRINF mit den SRINF zu verbinden. Washington hatte bei der Vorbereitung auf dieses Treffen die Meinung Bonns zu der von den Amerikanern erarbeiteten "Zwischenlösung" eingeholt, die keineswegs eine vollständige Beseitigung der LRINF vorsah. Eben da schlug Dregger vor, die SRINF in die "Zwischenlösung" einzubeziehen.

In Reykjavik tat die UdSSR einen für Bonn unerwarteten Schritt: Sie schlug vor, die sowjetischen und die amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa vollständig zu beseitigen, d. h. stimmte faktisch eben jener "Null-Lösung" zu,

die Reagan seinerzeit vorgeschlagen hatte und die offiziell von allen NATO-Ländern, unter anderem auch der BRD, unterstützt worden war. Doch, wie sich herausstellte, hatten sich viele in der CDU/CSU für die "Null-Lösung" nur in der Hoffnung ausgesprochen, daß die UdSSR sie nie akzeptieren würde. CSU-Chef Franz Josef Strauß nannte die Dinge beim Namen: Die NATO wurde zum Opfer der eigenen Propaganda. Und unzweideutig verlangte er von der Regierung, der "Null-Lösung" eine Absage zu erteilen. Doch derartigen Ratschlägen zu folgen, würde bedeuten, sich als Abrüstungsgegner zu entlarven. Das konnte sich Bonn nicht leisten. Und auch die Liberalen, die vor den Wählern als Entspannungsförderer dastehen wollten, hätten einer Totalwende nicht zugestimmt. Außerdem mußte Bonn auch die Stimmung in Washington berücksichtigen, das Interesse an einem Abkommen über die LRINF zu zeigen begann. Deshalb unternahm die "Stahlhelmfraktion", eine einflussreiche Rechtsgruppe in der CDU/CSU, ein raffiniertes Manöver. Grundsätzlich sei man nicht gegen eine "Null-Lösung" bei den LRINF, erklärten ihre Vertreter, man wolle nur nicht, daß diese Lösung "isoliert", losgelöst von anderen Fragen, vor allem von den SRINF, akzeptiert werde. So sollten neue Junktims aufgebaut, neue Vorbedingungen gestellt werden, um schließlich auch die "Null-Lösung" selbst zu Fall zu bringen.

Diese Haltung fand ihren Ausdruck auch in der Regierungserklärung vom 18. März, in der die Hauptprinzipien der Regierungspolitik für die kommenden vier Jahre formuliert sind. Kohl stimmte der in Reykjavik erarbeiteten Formel bei den LRINF zu: Null für Europa und je 100 Sprengköpfe im asiatischen Teil der UdSSR und auf US-Territorium. Doch sogleich bekundete er Besorgnis über die "übergroße Überlegenheit" der UdSSR bei den Raketen geringerer Reichweite und schlug vor, "gleiche Obergrenzen" bei diesen Systemen zu vereinbaren.

Man braucht kein Hellseher zu sein, um hinter den Auslassungen über "gleiche Obergrenzen" das Streben nach einer neuen "Nachrüstung" zu erkennen.

Pseudo-Argumente

Der sowjetische Vorschlag, gleichzeitig mit den LRINF die sowjetischen und die amerikanischen SRINF in Europa zu verschrotten, nahm den Anhängern einer neuen "Nachrüstung" jegliche Argumente. Doch die Bonner Raketomanen denken nicht an Kapitulation. Sie sind damit befaßt, fieberhaft nach "Einwänden" gegen die "doppelte Null-Lösung" zu suchen.

Der erste Einwand läuft darauf hinaus, daß bei einer Beseitigung der Raketen mit einer Reichweite von 500 km und mehr die NATO-Strategie der "flexiblen Antwort" ihre Überzeugungskraft verlieren und die Verteidigung Westeuropas von der der USA "abgehängt" sein

würde. Dieses Argument hält einer Kritik sogar vom Standpunkt eifriger Verfechter einer nuklearen "Abschreckung" nicht stand. So machte US-Außenminister George Shultz darauf aufmerksam, daß sogar nach der Verwirklichung der "Null-Lösung" bei den LRINF Tausende nukleare US-Sprengköpfe und ihre Träger — Raketen auf U-Booten, Luftwaffe, Artillerie sowie taktische Raketen — in Westeuropa zurückbleiben würden.

Der zweite Einwand: Die nach einer "doppelten Null-Lösung" verbliebenen taktischen Raketen (Reichweite bis zu 500 km) würden vor allem "deutsche Gebiete" bedrohen. Beide deutsche Staaten wären in einer besonderen, verglichen mit anderen weniger vorteilhaften, Lage.

Es sei da nur am Rande angemerkt, daß niemand Bonn beauftragt hat, im Namen der DDR zu sprechen. Ist denn etwa heute, da die in der BRD gelegenen Stützpunkte der Pershing 2 und der Cruise Missiles Ziele für einen Gegen-schlag abgeben, die Sicherheit der Bundesrepublik größer als wenn diese Stützpunkte beseitigt würden?

Und wer behauptet denn, die Kurzstreckenraketen dürften nicht angerührt, dürften nicht verschrottet werden? Zumindest nicht die UdSSR und ihre Verbündeten. Sie schlagen bekanntlich vor, die Frage der taktischen Nuklearsysteme in Europa, darunter der taktischen Raketen, bei getrennten multilateralen Verhandlungen zu lösen.

Wenn die führenden Repräsentanten der BRD schon so darüber besorgt sind, daß das Territorium ihres Landes zu einer "Zone verringerter Sicherheit" werden könnte, warum nehmen sie dann nicht den Vorschlag der DDR und der CSSR für die Schaffung eines kernwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa an? Die Gefahr einer nuklearen Konfrontation wäre dann in dieser Region auf ein Mindestmaß verringert.

Der dritte Einwand beruht auf der Behauptung, die Länder des Warschauer Vertrages besäßen eine "dreifache" Überlegenheit bei den Streitkräften und den konventionellen Waffen gegenüber den NATO-Staaten.

Was läßt sich dazu sagen? Die im Westen sorgsam gepflegte Legende von der "vielfachen Überlegenheit" des Warschauer Vertrages bei den Streitkräften und den konventionellen Rüstungen wurde wiederholt auch von westlichen Experten entlarvt.

Koalition uneinig

Weitaus nicht alle in der Regierungskoalition sind mit derartigen "Argumenten" einverstanden. Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der einflussreichste FDP-Politiker, begrüßte die neuen sowjetischen Vorschläge.

Anders als bei der FDP gibt es bei der CDU/CSU keine einheitliche Haltung zur Raketenfrage. Einigen Bundestagsabgeordneten, ganz zu schweigen von einfachen Christdemokraten, mißfallen offenbar die Versuche einiger ihrer Führer, ein Abkommen über die Beseiti-

gung der nuklearen Euroraketen zu blockieren und die Notwendigkeit einer neuen "Nachrüstung" zu postulieren. Unlängst meldete sich ein früher kaum bekannter CDU-Abgeordneter aus Düsseldorf, Wolfgang Schulhoff, zu Wort. In einem Aufsehen erregenden Interview für den "Kölner Express" erklärte er, die Raketenfrage dürfe man "nicht länger den Rüstungsexperten überlassen" (eine Anspielung auf Dregger, Rühle und andere), "die ... die tatsächliche Abrüstung ganz vergessen".

Kohl, der als Bundeskanzler laut Grundgesetz die Richtlinien der Politik bestimmt, hielt mit seiner Meinung hinter dem Berg und mischte sich in den Streit nicht ein. Die von ihm angesetzten Konferenzen der zuständigen Minister und der führenden Vertreter der Koalitionsparteien blieben ergebnislos. Eine gemeinsame Position konnte nicht erarbeitet werden. Nach einer solchen Konferenz soll Genscher gesagt haben, in der Koalition sei die "schwerste Situation seit 1982", d. h. seit ihrem Bestehen, entstanden.

So erschien der Bundeskanzler am 7. Mai mit leeren Händen im Bundestag. Er bekräftigte nur erneut die Zustimmung zur "Null-Lösung" bei den LRINF, doch auf den sowjetischen Vorschlag für eine Beseitigung der SRINF gab er keine Antwort. Kohl versprach nur, ihn zu "prüfen".

Unterdes demonstrierte die Debatte über die Regierungserklärung die tiefen Differenzen zwischen der FDP einerseits und der CDU/CSU andererseits. Während der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick sagte, eine "doppelte Null-Lösung" sei "wünschenswert", warnten Dregger und Rühle vor den damit verbundenen "Gefahren". Nichtsdestoweniger stimmten die FDP-Abgeordneten aus Überlegungen der Koalitionsdisziplin nicht für die von den Sozialdemokraten eingebrachte Vorlage. Die SPD rief die Regierung auf, eine amerikanisch-sowjetische Vereinbarung über die Beseitigung der Nuklearraketen in Europa — sowohl mittlerer als auch kürzerer Reichweite — nicht zu behindern, sondern zu fördern. Doch die Koalitionspartner konnten sich nur auf die recht wortkarge Formulierung einigen, die Regierungserklärung des Kanzlers zu unterstützen. Obgleich es da im Grunde nichts zu unterstützen gab: Der Kanzler hat ja seine Position immer noch nicht festgelegt. "Null Lösung statt 'Null-Lösung'", mokierten sich Journalisten, die die Bundestagssitzung verfolgt hatten.

Doch die führenden Repräsentanten der BRD haben gar nicht mehr so viel Zeit zum Nachdenken. Anfang Juni soll die NATO-Frühjahrstagung steigen, die eine Antwort auf die sowjetischen Vorschläge geben soll. Übrigens wird sie in Reykjavik stattfinden, der Stadt, deren Namen nach dem denkwürdigen Treffen vom vergangenen Herbst die Hoffnung der Menschheit auf eine kernwaffenfreie Welt symbolisiert.

A. TOLPEGIN
NZ-Korrespondent

Bonn

LIBANON

Wer die Einheit stört

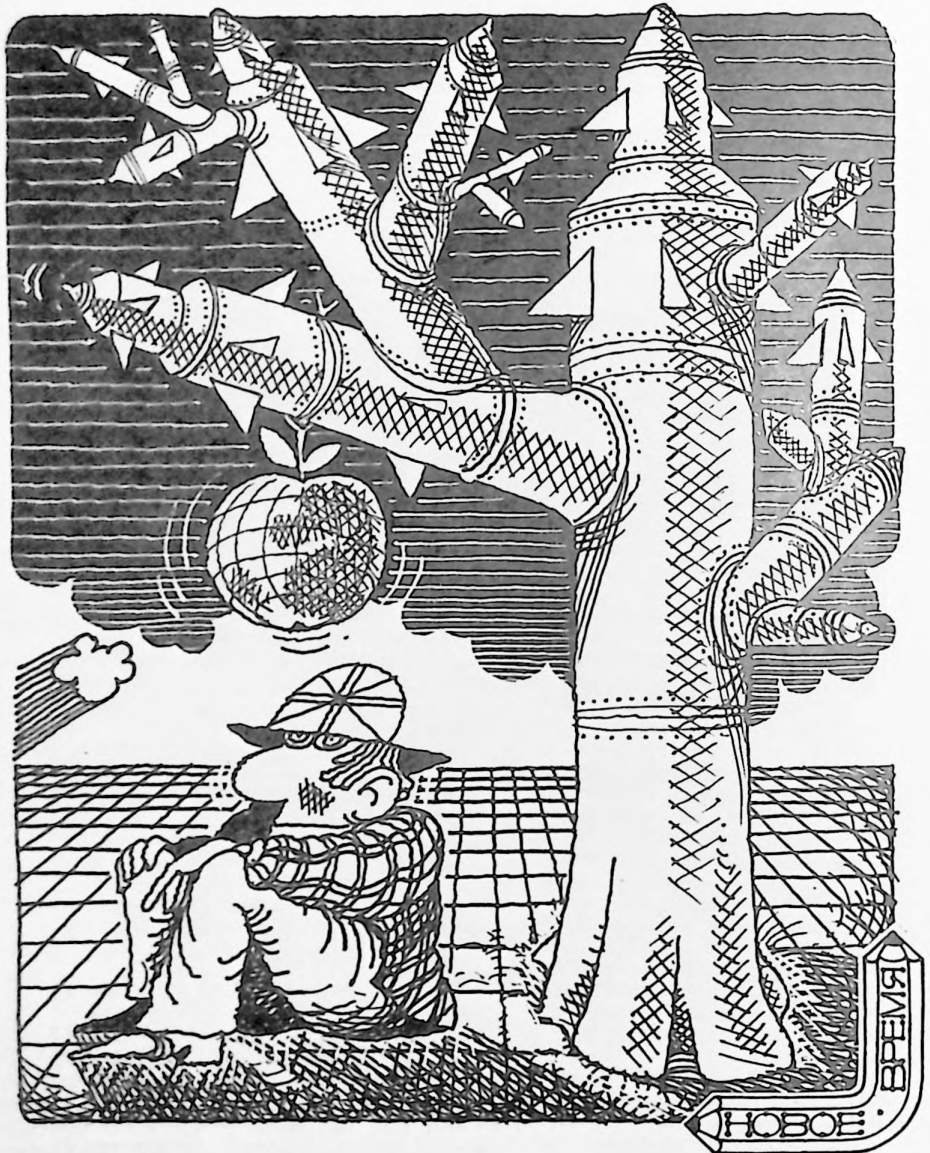
● IN LIBANON BRACH EINE REGIERUNGSKRISE AUS.

Der Ministerpräsident der Republik, Rachid Karamé — einer der angesehensten und populärsten Politiker des Landes, der wiederholt die Regierung leitete —, hat seinen Rücktritt erklärt. Er begründete seinen Beschluß mit den akuten Gegensätzen zwischen den wichtigsten politischen Gruppierungen.

Doch der Präsident des Landes, Aminé Gemayel, bezieht sich trotz des Drucks extremistischer christlicher Rechtsorganisationen nicht, die Demission Karamés zu akzeptieren, und so besteht die Regierung weiter. Überdies hält Karamés Schritt einigen politischen Führern, sich der Verantwortung des Augenblicks, der Notwendigkeit des Zusammenschlusses angesichts der zunehmenden Gefahr einer israelischen Aggression und der Spaltung des Landes bewußt zu werden. Heute wenden sich nur die "Forces Libanaises", die "Libanesishe Front" und andere extremistische christliche Rechtsorganisationen gegen die Normalisierung und die nationale Eintracht.

Laut Verfassung ist der Präsident Libanons maronitischer Christ, der Ministerpräsident muß sunnitischer Moslem und der Parlamentsvorsitzende Schiite sein. Die Fortschrittskräfte Libanons verlangen beharrlich, dieses überholte konfessionelle System aufzugeben und eine demokratische Reform der Staatsmacht durchzuführen. Die Lage wird durch die ständige Einmischung Israels und der USA, die die Spannungen zwischen den Religionsgemeinschaften schüren, noch weiter verschärft.

Die Einmischung äußerer Kräfte erklärt in vielem auch die Schärfe des Konflikts



Der neue Newton: "Ich meine, daß hier absolut nichts passieren kann... Wenn doch, dann können wir uns immer noch ans Denken machen!"

Zeichnung: W. Arsenjew

zwischen den politischen Organisationen, die im Grunde gemeinsam für die Befreiung Libanons von der israelischen Okkupation, für die territoriale Einheit und Unabhängigkeit Libanons eintreten. Natürlich gewinnen dabei nur Tel Aviv und seine Beschützer, die israelische Spionage und die Reaktion, die es auf eine

Teilung Libanons in religiöse "Kantone" abgesehen haben. Im Februar d. J. kam es zwischen der schiitischen Amal-Bewegung sowie Linksorganisationen, die dem Block der Nationalpatriotischen Kräfte Libanons angehören, wieder zu erbitterten Zusammenstößen, die viele Menschen das Leben kosteten.

Unterdes zogen es die "Forces Libanaises" vor abzuwarten und dem Blutvergießen in West-Beirut zuzuschauen. Doch Syrien brauchte nur auf Bitte der libanesischen Regierung seine Truppen in die Stadt zu schicken, um eine Normalisierung der Lage herbeizuführen und das Blutbad zu beenden, da attackierten

die Führer der christlichen Rechtsorganisationen Damas-kus und drohten offen, eine neue Etappe des Bürgerkrieges im Lande zu beginnen. Die Führer der größten mosle-mischen Organisationen sowie namhafte christliche Politiker wie Ex-Präsident Suleiman Frangie aber setzen sich für die nationale Eintracht, die Bewahrung der territorialen Integrität und der Unabhängigkeit Libanons in Zusam-menarbeit mit Syrien ein. Auch Präsident Gemayel gibt den Erpressungsversuchen der "Forces Libanaises" nicht nach. Allein das schon zeigt, daß die politische Was-serscheide im Land heute nicht zwischen den Religionsge-meinschaften verläuft.

Unlängst explodierte 800 Meter von Frangies Residenz entfernt eine Granate. Fast täglich kommt es zu Sprengstoffanschlägen in West-Beirut. Israel plant eine neue großangelegte Invasion in Südlibanon, beschießt grenznahe Ortschaften und bombardiert Palästinenserla-ger. Tel Aviv und seine Agenten tun alles, um eine Stabilisierung der Lage in Libanon zu verhindern, ver-suchen erneut, eine Zuspit-zung des innerlibanesischen Konflikts zu provozieren. Die "Forces Libanaises" verlangen provokatorisch die Eröffnung eines eigenen "internationalen Flughafens" im Raum der von ihnen kontrollierten Ortschaft Halyath. Andernfalls drohen sie damit, die Wiederauf-nahme des Flugverkehrs auf dem Beirut Airport durch ständigen Beschuß unmöglich zu machen.

Präsident Gemayel hält jetzt Konsultationen ab, um die politische Sackgasse zu über-winden. Die libanesisch-syrischen Kontakte werden fortgesetzt. Die Lage in West-Beirut ist relativ ruhig, die Übergänge zwischen dem West- und dem Ostteil der Stadt sind geöffnet. Doch viele politische Probleme bleiben ungelöst.

Die verschiedenen Organi-sationen und Gruppierungen vertreten unterschiedliche Auffassungen zur palästinensi-schen Präsenz in Libanon. Differenzen bestehen auch über die Rolle Syriens bei

einer Überwindung der Liba-nonkrise. Und doch ist, wie die meisten Beobachter meinen, die Möglichkeit für eine Überwindung der Mei-nungsverschiedenheiten, für eine nationale Versöhnung objektiv gegeben, wenn nur Israel und seine Verbündeten die Bemühungen in dieser Richtung nicht torpedieren.

A. OSTALSKI

WESTBERLIN

Jubiläums-provokationen

● IN WESTBERLIN FANDEN SICH ZUR ERÖFFNUNG DER FEIERLICHKEITEN AN-LÄSSLICH DES 750. STADTJUBILÄUMS FAST DIE GESAMTE BRD-REGIERUNG UNTER BUNDESKANZLER HELMUT KOHL, DIE MINISTERPRÄSIDENTEN DER BUNDESLÄNDER UND VIELE ANDERE POLITIKER AUS DER BRD EIN.

Großspürige Reden, die mit den politischen Realitäten nichts gemein haben, kernige Töne, gerichtet an nationa-listische und chauvinistische Gefühle, ein Chor aus 750 Sängerinnen und Sängern, funkelnde Orden und Brillanten... Das festliche Schauspiel vollzog sich vor dem Hinter-grund riesiger Straßenschlachten der Polizei mit Demonstranten in Kreuz-berg und anderen Bezirken. Hinter diesen Protesten der Westberliner stehen Verzweif-lung und tiefe Unzufriedenheit mit ihrer Situation. Die Mas-senarbeitslosigkeit, die jüngste vom Senat vorgenommene An-hebung der Nahverkehrstarife und die geplante Volksaus-forschung, sprich Volkszäh-lung.

Doch im Internationalen Kongreßzentrum, wo die Eröffnung der Festivitäten stattfand, dachte man wohl am allerwenigsten an die Belange der einfachen Bürger. Der Regierende Bürgermeister von

Westberlin, Eberhard Diepgen (CDU), drusch die üblichen Phrasen vom "einen Berlin", der "Einheit der deutschen Nation" und der "Zugehörig-keit des Landes Berlin zur Bundesrepublik". Die Rede des Bundeskanzlers, der sich beinahe als Gastgeber der Feierlichkeiten aufspielte, strotzte nur so vor nationa-listischen Parolen von der "offenen deutschen Frage" und vor Ausfällen gegen die DDR.

Zweifellos handelt es sich bei all dem um eine von langer Hand geplante großan-gelegte politisch-ideologische Provokation, die jetzt in ihr entscheidendes Stadium getre-tten ist. Ihr Ziel ist es, unter der Flagge des Stadtjubiläums die den Status Westberlins bestimmenden internationalen Abkommen zu revidieren.

Nicht wenige Jubiläumsver-anstaltungen werden außer-halb der Stadt sehr skeptisch betrachtet. Man denke da nur an das als Geschenk der BRD geplante Deutsche Historische Museum. Die der Mu-seumskonzeption zugrunde liegenden Ideen des Chauvi-nismus, Revanchismus und Pangermanismus lösten eine negative Reaktion aus, insbe-sondere in Österreich, wo man über die Propaganda der Ideen des Anschlusses be-sorgt ist.

Jene, die einer fruchtbaren Zusammenarbeit die Konfron-tation vorziehen, tun so, als gäbe es das Vierseitige Ab-kommen über Westberlin vom 3. September 1971 sowie den Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD nicht. Entsprechend dem Vierseitigen Abkommen ist Westberlin kein Bestandteil der BRD und darf von ihr auch in Zukunft nicht regiert werden. Der Abschluß dieses Abkommens beseitigte bekanntlich einen der gefährlichsten Span-nungsherde in Europa und spielte eine enorme Rolle bei der Normalisierung der Lage um Westberlin.

Der Sprecher des DDR-Außenministeriums erklärte zu dem Auftreten des Regierenden Bürgermeisters von Westberlin: „Herr Diep-gen hat unter Mißbrauch der Jubiläumsfeierlichkeiten durch

verlounderische Ausfälle ge-gen die Deutsche Demokra-tische Republik den Boden für Gemeinsames anläßlich der 750-Jahr-Feier verlassen. Es ist offensichtlich, daß angesichts seiner Haltung, die von der breiten Öffentlichkeit in der DDR und darüber hinaus ab-gelehnt wird, eine Teilnahme von ihm an Veranstaltungen in der Hauptstadt der DDR zur Zeit nicht vorstellbar ist.“

Die herrschenden Kreise der BRD und Westberlins sollten endlich ihre Versuche unter-lassen, das Jubiläum Berlins zu provokatorischen politischen Zwecken zu nutzen. Den Inter-essen Europas und der gan-zen Welt entspricht ein Ver-tragssystem, das die Lage dort klar regelt, wo noch vor 20, 30 Jahren Situationen entstanden, die die Menschheit an den Rand eines Krieges brachten.

J. BOGOMOLOV

RSA

Nach-den Wahlen

● IN DER REPUBLIK SÜDAFRIKA KOMMT ES ZUM ZUSAMMENSCHLUSS POLITISCHER KRÄFTE, DIE DAS RASSISTENREGIME VOR DEM ZUSAMMENBRUCH RETTEN WOLLEN.

Das zeigten am 6. Mai die Wahlen zur "weißen" Kammer des Parlaments. Der Urnengang war nur den Weißen vorbehalten, und sie stimmten für Parteien, die die rassistischen Positionen vertreten: die die Regierung stellende Nationale Partei, die ihre Vertretung im Parlament von 116 auf 123 Sitze erhöhte, und die extremrechte Konservative Partei, deren Abgeordnetenzahl von 16 auf 22 stieg. Die Progressive Föderative Partei (PFP), die die Liquidierung der Apartheid fordert, erlitt dagegen Einbußen.

Die Wahlergebnisse zeigen, daß die weiße Gesellschaft nach rechts tendiert. Man darf jedoch diesen Trend nicht überschätzen, weil im Parla-ment in der politischen Konstel-lation keine Veränderungen festzustellen sind. Präsident Botha dürfte mit einem solchen

Ausgang kaum zufrieden sein: Er hatte offensichtlich mit einem durchschlagenden Erfolg und einer völligen Niederlage seiner rechten und linken Opponenten gerechnet. Man hatte ihn von rechts und links gleich heftig attackiert: von den Rechten wegen seiner "Schwäche" im Kampf gegen den Afrikanischen Nationalkongress (ANC), von den Liberalen wegen seiner Weigerung, den ANC zu legalisieren und mit ihm zu verhandeln.

Ihre stärksten Schläge führte die Regierung im Wahlkampf gegen die PFP. Eine für die PFP abgegebene Stimme komme einer Stimme für den ANC

gleich, hieß es. Ein Wahlplakat der Regierungspartei: "Lieber sterben als für den ANC stimmen. Wozu denn aber für die PFP stimmen?" Das fügte sich nahtlos in Bothas Wahldevise ein: "Entweder wir oder der ANC!"

Durch dieses Dilemma verliehen die Regierung und die Extremrechten den Wahlen besonderen Charakter. Beim vorigen Wahlkampf kamen wirtschaftliche, soziale und sonstige Probleme der weißen Bevölkerung zur Sprache. Jetzt hingegen drehte sich alles um Fragen wie: Was soll aus der Apartheid werden? Wie soll man sich zu den Forderungen

der schwarzen Mehrheit nach Gleichberechtigung verhalten? Wie zum ANC stehen?

Die Fragen, die die rassistischen Exponenten selber in den Fokus des Wahlkampfes gerückt hatten, müssen gelöst werden. Allerdings erklärte Botha nach der Stimmenzählung, sein Kurs bleibe unverändert. Er habe vor, die Afrikaner auch weiter nicht zur Verwaltung des Landes heranzuziehen, ja er schwor, "den ANC und alle sonstigen Organisationen, die die bestehenden Zustände verändern wollen, zu unterdrücken".

J. BOTSCHKARJOW

JAPAN

Der Tod des Malers

● IN TOKIO IST DER MALER SADAMICHI HIRASAWA VERSTORBEN. BEKANNT IST ER NICHT SO SEHR DURCH SEINE BILDER WIE DURCH DEN UMSTAND, DASS ER 32 JAHRE IN EINER ZELLE FÜR TODESKANDIDATEN ZUBRACHTE.

Im Mai 1955 wurde Hirasawa wegen vorsätzlicher Tötung von 12 Personen zum Tode verurteilt. Keiner der späteren Justizminister konnte sich dazu entschließen, das Urteil zu vollstrecken, und ebensowenig dazu, Hirasawa zu entlassen.

Am 26. Januar 1948 klopfte ein Mann in mittleren Jahren an die Tür einer Abteilung der Teikoku-Bank. Man war schon beim Schließen, aber einen staatlichen Sanitätsinspektor ließ man natürlich ein. Er erklärte, in der Stadt grassiere Dysenterie, versammelte alle 16 Angestellte um sich und verabreichte ihnen eine Medizin, angeblich gegen die Ruhr, und ein paar Minuten später noch eine, "zum Neutralisieren" der ersten. Das Gift wirkte nach 3-4 Minuten. Von den 16 Personen starben 12.

Ganz Japan sprach von die-

sem Verbrechen. Sieben Monate später verhaftete die Polizei den Maler Hirasawa, bei dem man verdächtig viel Bargeld festgestellt hatte. Zudem hatte er kurz vor seiner Festnahme einen hohen Betrag in einer Bank, wenn auch unter einem anderen Namen, deponiert.

Vor Gericht gab er seine Schuld nicht zu. In der japanischen Gesellschaft wurden schon damals große Zweifel daran geäußert, daß er der Mörder sei. Es bestand sogar eine ganze "Assoziation für die Rettung Hirasawas", die behauptete: Erstens verfüge die

Anklage nur über indirekte Indizien gegen den Maler, zweitens habe Hirasawa diesen Mord sowieso nicht verüben können, da er zum fraglichen Gift keinen Zutritt gehabt und nicht gewußt habe, wie es zu verwenden sei.

In den letzten Jahren wurden Dokumente bekannt, aus denen hervorgeht, daß die japanische Polizei wußte, wo der Verbrecher zu suchen sei. Ein amerikanischer Forscher veröffentlichte einen aus dem Jahr 1948 stammenden geheimen Brief Jiro Fujitas, Leiter der Gruppe der japanischen Untersuchungsrichter. Darin infor-

mierte dieser Mann die Amerikaner, daß das beim Mord verwendete Gift aus den Labors der Kaiserarmee komme. "Gearbeitet" hätten damit die Leute der Abteilung 731 des Generals Shiro Ishii, jener Abteilung, die einen bakteriologischen Krieg gegen China und die UdSSR vorbereitet hatte.

Der Verbrecher kam mit einer Portion von Azetoncyanhydrid, das in der Armee Nitril hieß, in die Teikoku-Bank. Auf Befehl des Generalstabs wurde das Gift im 9. technischen Forschungsinstitut der Kaiserarmee hergestellt. Seine Wirkung setzte nach wenigen Minuten ein. Das Nitril war dazu bestimmt, bei kollektiven Selbstmorden oder bei Massensmorden bzw. -vergiftungen den Augenblick des Auftretens der ersten Symptome hinauszuzögern. Genau das trat in der Teikoku-Bank ein.

Wer konnte von diesem Gift wissen? Nach Meinung japanischer Experten nur jene, die damit zu tun hatten. Die Amerikaner hatten die Liste der Mitarbeiter der Abteilung 731, sie wurde amerikanischen Aufklärungsoffizieren von General Ishii persönlich übergeben. Er bot seine Zusammenarbeit an und kam deshalb nicht vor das Tribunal von Tokio, das über die Kriegsverbrecher zu Gericht saß. Mit dieser Liste in der Hand hätte man den wirklichen Verbrecher ohne weiteres feststellen lassen. Aber die Offiziere in MacArthurs Stab hatten es mit der Wiederherstellung der Gerechtigkeit nicht eilig.

In ihrer Heimat, in Fort Detrick, wurden neue chemische und bakteriologische Waffen entwickelt, und die Erfahrungen der japanischen Kollegen kamen ihnen sehr zupass. Sie dachten nicht daran, General Ishii oder seine Mitarbeiter aufzuopfern. Die japanische Polizei wurde angewiesen, den Mörder zu finden. Und sie führte den Befehl aus.

L. MLETSCHEIN



Sadamichi Hirasawa auf der Anklagebank: Öffentlichen Protesten und Bemühungen von Rechtsanwältinnen zum Trotz wurde er zum Tode verurteilt. Foto: „International Herald Tribune“, USA

Angriffe von innen und außen

Von unserem Korrespondenten
Leonid SHEGALOW

Seit Wochen befindet sich das indische Staatsschiff gleichsam im Mittelpunkt eines politischen "Bermuda-Dreiecks" und schwebt in Gefahr, in politische Strudel gestürzt zu werden.

Unter dem Druck der Opposition wurde der fällige Etat im indischen Parlament nicht geprüft und die Erörterung der Regierungsprogramme für eine Verbesserung der Lage der ärmsten Bevölkerungsschichten ausgesetzt. Die überaus brennende Diskussion der Öffentlichkeit über die Einheit der Nation, all ihrer Glaubensgruppen trat zurück. Die Tatsache, daß US-Schiffe, u. a. der Flugzeugträger "Kitty Hawk", Mitte April den pakistanischen Hafen Karatschi anliefen und so die Bestätigung für die sich formende militärpolitische Achse Washington-Islamabad lieferten, wird kaum beachtet, ebenso wie vieles in den weltpolitischen Fragen, die Indien angehen.

Statt dessen haben die politische Opposition und ein Teil der Presse das Land in eine Diskussion verwickelt, bei der es nachgerade um die Berechtigung der gegenwärtigen Landesführung geht, weiterhin an der Macht zu bleiben. Die politischen Gegner der Regierungspartei, des Indischen Nationalkongresses (I) unternehmen einen Frontalangriff auf die Bundesregierung und ihren Chef Rajiv Gandhi. Die oppositionelle bürgerliche Presse ergeht sich in Vermutungen, ob es gelinge, im Parlament eine notwendige Stimmenmehrheit zusammenzubringen, um den Premierminister abzusetzen, bzw. welche Hintertürchen die Verfassung da biete, falls eine solche Mehrheit nicht zustande komme.

„Färber“ und „Stütze“

Was geht vor sich? Eindeutig läßt sich die Frage nicht beantworten, weil die Entwicklung bizarr und bunt genug ist.

Unter allen Umständen sind die Ursachen der heutigen Krisensituation wohl in der Wirtschaftsbasis des indischen

bürgerlichen Staates zu suchen. Die finanziellen und kommerziellen Interessen zweier miteinander konkurrierender Monopolgruppierungen des indischen Privatkapitals prallen aufeinander.

Bei der Einfahrt beinahe in jede indische Stadt sind die Werbeschilder des mächtigen Textilkonzerns "Bombay Dyeing" („Färber von Bombay“) viel auffälliger als die üblichen städtischen Willkommensplakate. Auf dem internationalen Flughafen von Delhi entdeckt man, daß der "Färber" sich das Recht angeeignet hat, im Namen des Landes zu sprechen: Beinahe über jeder Theke der Paßkontrolle befindet sich seine Werbung mit der Zeichnung zweier Hände, die zum traditionellen indischen Gruß aneinandergelegt sind.



Ein weiteres gigantisches Textilkombinat "Reliance" (etwa "Stütze") will in nichts zurückstehen. Die Arroganz der Besitzer geht soweit, daß sie ihre Firma in einer Werbung schlicht die "Stütze der Nation" nennen. Auf jeden Fall dient die "Reliance" der herrschenden Partei sehr wohl als finanzielle Stütze.

Im vorigen Jahr beschlossen die "Färber" von Bombay, die rivalisierende "Stütze" anzunagen. In der Stille eines Bombayer Office wurde der Plan ausgeheckt, mutmaßliche illegale Deviseneinlagen der Konkurrenz auf Schweizer und anderen ausländischen Konten aufzudecken. Damit die Ergebnisse der Recherchen gegen die "Reliance" auch unter die Leute kamen, einigten sich die

"Färber" mit dem mächtigen indischen Zeitungskonzern von R. N. Goenka. Seine wichtigste Zeitung, der "Indian Express", trat gegen den Kongreß auf. Der Konzernbesitzer aber entsandte seinen Konsulenten und Beobachter S. Gurumurthy in die USA.

Bei der Charakteristik dieses Mannes sei auf einen Umstand verwiesen, über den sich die meisten indischen Journalisten und ihre westlichen Kollegen ausgesprochen haben. Gurumurthy ist ein langjähriger Aktivist des RSS, einer ausgesprochen chauvinistischen hinduistischen paramilitärischen Organisation, die die Überlegenheit des Hinduismus über alle anderen Religionen predigt und sich für die "Säuberkeit der indischen Rasse", für die Säuberung des Landes von allen „Fremdlingen“ einsetzt. Seinerzeit zeigte unsere Wochenschrift (Heft 38/83) anhand konkreter Tatsachen, daß der RSS im Grunde die Fünfte Kolonne des Imperialismus in Indien ist. Deswegen wurde die "Neue Zeit" übrigens von der RSS-Zeitung "Organiser" gemahnt: Wir verstünden "den wahren indischen Patriotismus nicht richtig".

In Washington angekommen, setzte sich Gurumurthy mit dem privaten Detektivbüro "Fairfax" in Verbindung, welches seinerseits eng mit dem FBI und der CIA zusammenarbeitet. "Fairfax"-Leute reisten

Die Führer der miteinander rivalisierenden Textilkonzerne "Bombay Dyeing" und "Reliance". Kein Interesse am nationalen Interesse!

S. Gurumurthy (rechts): Im RSS ist man zufrieden, in Washington desgleichen

in die Schweiz, kamen gesetzwidrigen Transaktionen der "Reliance" auf die Spur und untermauerten die gewonnenen Angaben durch Geheimdokumente der indischen Regierung, zu denen sie auf eine rätselhafte Weise gekommen waren. All das schrieb sich Gurumurthy im "Indian Express" von der Seele.

Der Fauxpas eines Ministers

Die Story hat nichts Ungewöhnliches: ein Schermützel zwischen zwei konkurrierenden Monopolen, so was kommt alle Tage vor. Der weitere Verlauf jedoch war ungewöhnlich. Schon deshalb, weil die von Gurumurthy/"Fairfax" unternommene unabhängige Untersuchung objektiv dem Kurs der Regierung Gandhi, die ungesetzliche Devisenoperationen indischer Firmen kompromißlos bekämpfte, nicht zuwiderlief. Die Publikationen im "Indian Express" machten also einen günstigen Eindruck auf den damaligen Finanzminister Vishwanath Pratap Singh, dem die zunehmende Devisenflucht aus Indien Sorgen bereitete. Der Minister setzte sich das Ziel, das Gebaren von einem runden Dutzend indischer Firmen im Ausland zu überprüfen, sein Fehltritt bestand jedoch darin, daß er, statt sich an die kompetenten indischen Organe zu wenden, die Dienste der "gewährten" amerikanischen Privatdetektei in Anspruch nahm (wie es heißt, auf Gurumurthys Wink). Dabei ließ er aus den Augen, daß "Fairfax" mit der CIA verbunden ist. Bedenkt man, daß der außenpolitische Kurs der Regierung Gandhi und deren internationale Tätigkeit auf Washington schon seit langem aufreizend wirkt, hätte dieser Kontakt lieber ausbleiben sollen.

Kein Wunder also, daß "Fairfax" eine stürmische Betriebsamkeit entwickelte, die den Rahmen der diesem Büro auferlegten Untersuchung sprengt. Es geht soweit, daß seine Agenten das Leben von Menschen aus Rajiv Gandhis nächster Umgebung unter die Lupe nehmen. Sie spüren die Finanzquellen des INC(I) auf: das Allerheiligste in jedem bürgerlichen Staat, die Top-Secret-Angaben! Indien bildet da keine Ausnahme. Diese Angaben werden tunlichst geheimgehalten, vor politischen Rivalen im Lande selbst und erst recht vor feindseligen anderen Ländern.

Die Kontakte mit "Fairfax" gelangten in Indien an die Öffentlichkeit. Die Opposition setzte sich über höhere nationale Interessen hinweg und drängte darauf, daß die Ergebnisse der Untersuchung im Parlament bekanntgegeben wurden - das wäre ein schöner Trumpf gegen den INC(I) gewesen! Die INC-Führung beurteilte das Ganze als einen Versuch der Opposition und feindseliger äußerer Kräfte, den INC(I) zu spalten und den Premierminister persönlich in Mißkredit zu bringen. Ende Januar wurde in Delhi der Beschluß bekanntgegeben, V. P. Singh als Finanzminister abzusetzen und zum Verteidigungsminister zu ernennen. Damit wurde betont, daß man die Lauterkeit seiner Motive nicht anzweifelte.

Unterdessen ging der "Indian Express" von Angriffen auf die "Reliance" schon zu einer Offensive auf die INC-Regierung

über. Hierbei operiert er mit vertraulichen Regierungsdokumenten, die offenbar nicht ohne Hilfe von "Fairfax" beschafft worden waren. Das gab der Regierung den Anlaß, Mitte März das Haus des Verlegers Goenka zu durchsuchen und Gurumurthy zu verhaften (später wurde er gegen Kautions auf freien Fuß gesetzt). Am Tag darauf veröffentlichte die Zeitung das, was sie die Kopie eines Schreibens des indischen Präsidenten Zail Singh an Premierminister Rajiv Gandhi nannte. Darin warf er dem Regierungschef vor, entgegen der Verfassung informiere er den Staatschef nicht über die Tätigkeit des Kabinetts. Der Präsident dementierte nicht, also muß es das Schreiben wirklich geben. Wie aus gut informierten Quellen bekannt wurde, war das Schreiben von Goenka, möglicherweise unter Mitwirken Gurumurthys, entworfen worden. So schloß sich der erste Kreis der krisenhaften Situation, die von den "wohlmeinenden" "Fairfax"-Leuten geschaffen wurde.

Der zweite Kreis

Als Verteidigungsminister sorgte V. P. Singh zunächst für die Untersuchung der näheren Umstände, unter denen ein Regierungsvertrag über die Lieferung

gung hatte ja der Minister, ohne Beweise in der Hand zu haben, ein ganzes Kabinett ins schiefe Licht gesetzt.

Die Mitteilung über die Einsetzung der Kommission kam zeitlich sehr ungünstig. Die Opposition schürte noch immer die schwelenden Kohlen der beiden früheren Skandale: die "Fairfax"-Affäre und die Veröffentlichung des Schreibens des Präsidenten. Die INC-Parlamentsfraktion zog den einmütigen Schluß, V. P. Singh habe versucht, sein Prestige auf Kosten von INC(I), Regierung und Regierungschef aufzupolieren. Dreißig Fraktionsmitglieder hielten dem Verteidigungsminister in einer Erklärung vor, er habe "unter Vorschützen der Moral einen stillen Umsturz" geplant. Der indische Publizist R. K. Mishra meint, die innere Reaktion und äußere imperialistische Kräfte hätten Singhs Bestrebungen, sich als kompromißloser Kämpfer gegen die Korruption aufzuspielen, ausgenutzt und ihn in eine Falle gelockt, die der Regierung Gandhi auf dem Wege des unabhängigen Außenpolitik gelegt worden sei. Singh gab seinen Rücktritt bekannt.

Die Situation schien zum Zerreißen gespannt. In der zweiten Aprilhälfte aber gab die Radio Stockholm folgende Information durch: Beim Abschluß eines Kontraktes über die Lieferung einer Partie von Haubitzen der schwedischen Firma "Bofors" habe ein indischer Vermittler,



V. P. Singh, ehemaliger Finanz- und Verteidigungsminister

bundesdeutscher U-Boote an Indien geschlossen worden war. Wie bestimmte dem neuen Minister zugespielte Nachrichten besagten, hatte ein Vertreter der indischen Regierung bei der Unterzeichnung des Vertrags eine horrend Kommissionsgebühr erhalten. Nur eine konkrete Untersuchung hätte zeigen können, ob das stimmt, und in Indien meint man, daß der Beginn einer solchen Untersuchung nicht hätte bekanntgegeben werden sollen. Durch seine Beschuldi-

der die Interessen der Regierung vertrat, hohe Kommissionsgelder eingesteckt. Es ist offensichtlich, daß jemand Indien beharrlich einen Skandal nach dem anderen anzuhängen versucht. Angesichts dieser "Neuigkeit" erklärte Rajiv Gandhi, seinerzeit habe ihm der verstorbene

schwedische Premierminister Palme versichert, beim Abschluß des Kontraktes habe es keine Vermittler gegeben. "Wenn der Premierminister uns das versichert, müssen wir ihm selbstverständlich glauben", fügte Gandhi hinzu.

Hier besteht die Meinung, daß jemand mit der Geschichte um die "Bofors" zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen wollte. Erstens die Regierung Gandhi zu diskreditieren; zweitens auch Schweden zu bestrafen: weil es einen neutralistischen Kurs steuert und zusammen mit Indien zu den "Sechs von Delhi" gehört, die sich aktiv für nukleare Abrüstung einsetzen; weil schließlich die "Bofors" die Konkurrenz mit den traditionellen westlichen Waffenlieferanten wagte. Und auch sonst warum sollte man nicht zwei Staaten gegeneinander ausspielen, die sich in der internationalen Arena viel zu unabhängig aufzuführen?

Wie dem auch sei, die indische Regierung ist schon seit längerer Zeit stark gelähmt. Man attackiert sie von zwei Seiten. Erstens sind es heimliche Umrtriebe, die die Herren von "Fairfax" eingeleitet haben. Zweitens ist es Washingtons Druck, darunter der unlängst gefaßte Beschluß des US-Kongresses, die amerikanische Finanzhilfe für Indien im bevorstehenden Finanzjahr um 30 Prozent zu kürzen. Selbst der seriöse Kolumnist Girilal Jain aus Delhi beurteilt diesen Beschluß als einen endgültigen Beweis dafür, daß die "Flitterwochen" in den amerikanisch-indischen Beziehungen vorbei sind.

Gab es die „Flitterwochen“?

Nach seinem Amtsantritt Ende 1984 gab Rajiv Gandhi seine Absicht bekannt, das Land auf der Basis neuester Technik und Technologie zu modernisieren. Wo konnte er eine solche Technologie hernehmen? Selbstverständlich nur in den USA, glaubten Politiker in Washington. Deshalb sah man im Weißen Haus Gandhis Kurs auf Modernisierung als günstige Gelegenheit an, Delhi unter Druck zu setzen. In Washington sprach man sogar von künftigen "Flitterwochen" in den Beziehungen zum jungen Premierminister.

Die Regierung Gandhi wich jedoch vom unabhängigen nationalen Kurs Jawaharlal Nehrus und Indira Gandhis nicht ab. Die amerikanische Enttäuschung über diesen Tatbestand steigerte sich rasch zur Geiztheit über Indien. Dem Land wurden Supercomputer verweigert, rachsüchtig zählt man nach, wie oft Indien in der UNO anders als die USA stimmt, zugleich bewaffnet man das benachbarte Pakistan immer weiter.

Auf einer Sitzung der INC-Parlamentsfraktion sagte Rajiv Gandhi, Indien müsse sich seine unabhängige Außenpolitik etwas kosten lassen. Das Land werde gegenwärtig ebenso stark unter Druck gesetzt wie seinerzeit Chile unter Präsident Allende und wie jetzt manch anderer lateinamerikanischer Staat oder Angola.

Die "Flitterwochen" kamen nicht zu stande, statt dessen wurde das große asiatische Land unter Druck gesetzt, man versucht, seine herrschende Partei zu

spalten, die Regierung zu diskreditieren und ihren Chef persönlich zu diffamieren. Alles deshalb, weil die indische Regierung eine antiimperialistische Politik verfolgt, sich aktiv für den Befreiungskampf der Völker einsetzt und konstruktive Abrüstungsvorschläge unterbreitet.

Besonders akut wird unter diesen Umständen erneut das Problem der nationalen Einheit. Man gewinnt den Eindruck, daß die bürgerliche Opposition aus Erwägungen der innenpolitischen Konjunktur diese Einheit aufzugeben bereit ist. Die linke Opposition, die sich zuerst dem regierungsfeindlichen Chor anschloß, distanziert sich heute von allen Ausfällen gegen den INC(I), weil sie in dieser Partei die Garantie für Delhis weitere antiimperialistische Außenpolitik sieht. Vor kurzem erklärten Sprecher der Linkskräfte, daß die bürgerlichen Oppositionsparteien durch ihren Kampf gegen den INC(I) dem Lande faktisch eine Alternative von rechts aufzwingen. Eine solche Alternative würde den inneren Gegnern des Kurses von Jawaharlal Nehru und Indira Gandhi, den imperialistischen Opponenten des unabhängigen Indien passen. Wohl darüber schreibt die "Times of India": "Kein objektiver Beobachter kann jene düsteren Gefahren übersehen, in die man Indien zu stürzen versucht. Unter solchen Umständen kann jede Kampagne, die die nationale Führung zu diffamieren, ihre moralische Autorität zu untergraben und im Lande eine Stimmung der Resignation zu schaffen sucht, nur jenen passen, die es mit Indien nicht gut meinen."

Delhi, im Mai

REPLIK

Euro-SDI

● DIE USA UND IHRE EUROPÄISCHEN BÜNDNISPARTNER WOLLEN EINE "EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNGSINITIATIVE" (EDI) ENTWICKELN LASSEN. GANZ GLEICH, WIE DIE SOWJETISCH-AMERIKANISCHEN GESPRÄCHE ÜBER DIE EURORAKETEN ENDEN.

Das gab ein hoher US-Beamter im NATO-Hauptquartier in Brüssel bekannt. Bundesverteidigungsminister Wörner hatte das mit Zustimmung der USA erstmalig schon im März 1985 vorgeschlagen. Der Amerikaner betonte, daß Washington mit diesem Programm eigene Absichten verfolgt. In allen Schriftstücken über die Struktur von SDI war die mögliche Ausführung dieses Programms einkalkuliert. Man

hatte dabei im Auge, daß EDI, ins US-Raketenabwehrsystem eingebaut, die vorderste strategische Verteidigungsstellung abgeben werde. Mit Rücksicht darauf plante man, die Forschungs- und die experimentellen Konstruktionsarbeiten an EDI für die Entwicklung und Erprobung von SDI-Beistandteilen zu nutzen, um so eher als die Länder Westeuropas am Raketenabwehrvertrag nicht beteiligt sind. Nach Ansicht des Amerikaners könnte man dann die Ausgaben für das SDI-Programm teilweise die Westeuropäer tragen lassen. Das sei sehr wichtig, da der US-Kongreß diese Ausgaben kürze. Der Leiter des Programms, General Abrahamson, hat sich bekanntlich über die Möglichkeit geäußert, Ar-

beiten an einer Euro-Raketenabwehr für die Schaffung der US-Raketenabwehr, auch im Stadium einer "Frühstationierung von SDI" zu benutzen.

Wie der Amerikaner aber offen zugab, sind in dieser Hinsicht ernste Probleme entstanden, über die er sich vorläufig nicht äußern wolle. Pentagon und NATO waren schon immer über die schwache Resonanz besorgt, die die EDI-Idee bei der Öffentlichkeit Westeuropas gefunden hat. Heute sind die Generale noch besorgter. Die Aussicht auf eine "doppelte Nullvariante" im Hinblick auf Euroraketen ist eher dazu angetan, die EDI den Westeuropäern widersinnig erscheinen zu lassen.

Unter diesen Umständen will die NATO energischer daran gehen, die Zweifel gewisser Kreise Europas an der Ratsamkeit von EDI zu zerstreuen. Sie

gedenkt, hohe Beamte in mehrere Hauptstädte Westeuropas zu entsenden und im NATO-Ausschuß für Luftverteidigung sowie bei der SDI-Behörde hinter verschlossenen Türen Kolloquien abzuhalten. Eventuell soll auf Vereinbarung zwischen Pentagon und NATO-Hauptquartier ein Koordinator für diese Angelegenheit bestellt werden. Viel erhofft man sich von den Geschäftskreisen der USA und Westeuropas, die an dem kostspieligen Projekt interessiert sind.

Der Amerikaner betonte, daß den USA und der NATO ein harter Kampf um das gemeinsame „Sternenkriegs“-Projekt ohne 100prozentige Chance auf Erfolg bevorstehe. Die NATO fragt sich sogar immer öfter, ob EDI nicht ein totgeborenes Kind sei.

M. PUTINKOWSKI

Lyon:

Der erste Prozeßtag

Der Tag wurde lange erwartet, wahrscheinlich seit dem Sommer 1942, als in dem zweistöckigen Haus auf der rue Berthelot in Lyon Hauptsturmführer Klaus Barbie, der neue Chef von Abteilung 4 der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, seinen Einzug hielt. Den Tag der Vergeltung erwarteten die Widerstandskämpfer, deren Brüder und Schwestern dem Schlächter von Lyon zum Opfer gefallen waren.

Nach Kriegsende wurde dieser Tag lange von den Mitgliedern des Lyoner Kriegsgerichts vergebens erwartet. Man kann sich ausmalen, wie der Vorsitzende dieses Gerichts Barbie aufrief:

"Angeklagter Klaus Barbie!"

Die Antwort blieb aus. Der Kriegsverbrecher Barbie saß wohlbehalten in Bolivien, wohin ihn seine US-Betreuer verfrachtet hatten. Bis zum 11. Mai 1987, zur Eröffnung des lang erwarteten Prozesses in Lyon, waren es noch gut 30 Jahre hin.

"Ihr Namen? Geburts- und Wohnort, Beruf?"

Als Antwort folgte:

"Klaus Altmann, geboren in Bad Godesberg, Wohnort La Paz, Geschäftsmann."

Entgegen den strengen Prozeßvorschriften wurde Protest im Saal laut.

"Also Sie sind nicht Klaus Barbie?"

"Seit 1951 heiße ich Altmann und bin bolivianischer Bürger."

Einer der Rechtsanwälte, die die Interessen der Resistance-Kämpfer vertraten, platzte heraus:

"Warum haben Sie dann früher behauptet, daß Sie Klaus Barbie heißen?"

Darauf antwortete der Hauptsturmführer brüsk:

"Ich beantworte derartige Fragen nicht..."

Wozu sollte der Angeklagte diese Komödie spielen? Konnte er etwa hier, in Lyon, auf ihren Erfolg hoffen? Hier, in Lyon, in der wahren Hauptstadt des französischen Widerstandes? Doch offenbar verfolgt dieser schmale, blasse Mann mit den tief eingefallenen Augen seine eigene Prozeßstrategie.

Die politischen Leidenschaften, die sich in den vier Jahren der Vorbereitung des Barbie-Prozesses etwas gelegt hat-

ten, sind jetzt unerwartet erneut entflammt. Allein in den letzten Tagen vor Prozeßeröffnung fanden in ganz Frankreich schreierische Demonstrationen der Rechtsradikalen statt, wobei ihre Führer direkt anzweifeln, ob der Prozeß überhaupt angebracht und notwendig sei. Diese Demonstrationen erreichten auch Lyon. In der Stadt fanden zwei verschiedene Demonstrationen statt. An der ersten nahmen Juristen teil, die die Interessen der Resistance-Kämpfer vertreten. Sie ehrten das Andenken an die Opfer des Nazismus. Auf der zweiten Demonstration aber wurde der "Totengräber Frankreichs", Marshall Petain, gepriesen, wurden neonazistische Losungen gerufen... Die Auseinandersetzungen sind in vollem Gang. Am Tag der Prozeßeröffnung zeigte mir ein Pariser Jurist einen Brief, den ein Opfer Barbies, Lise Lesevre, am 8. Mai erhalten hatte. Auf dem Blatt war ein Hakenkreuz aufgemalt mit den Worten: "Das waren gute Zeiten!" Wir wissen, daß Anhänger solcher Zeiten immer noch am Leben sind. Doch die Tatsache, daß sie es wagen, ihre Stimme zu erheben, läßt in dem Prozeß ein wichtiges Mittel sehen, die Wahrheit über die Vergangenheit zu sagen.

Charles Lederman, Mitglied des französischen Senats, ein bekannter Jurist, Politiker und aktiver Widerstandskämpfer, sagte kurz vor Prozeßeröffnung zu mir:

"Uns ist der hiesige Prozeß außerordentlich wichtig, er soll ja symbolisieren, daß den Naziverbrechen unbedingt die Vergeltung folgt, daß die Nazibarbaren und mit ihnen alle die Verantwortung dafür tragen müssen, die die Verbrechen vorbereiteten. Unsere Jugend muß die Wahrheit über die Okkupation erfahren, denn es gibt bei uns Leute, die die schlimmsten Verbrechen anzweifeln oder ähnliche Anschauungen wie die Nazis haben."

Bis 1943 war ich hier in der Gegend. Wir wußten schon damals, daß die hiesige Gestapo besonders unmenschlich ist. Es handelt sich aber nicht nur um Barbies Person, sondern um das System, für das er stand. Dieses System wird im Lyoner Justizpalast auf der Anklagebank sitzen."

Gewiß, es handelt sich nicht nur um Barbie, sondern um das Nazisystem, das ihn hervorbrachte, und außerdem um das System, das ihn befähigte, sich ganze 45 Jahre der Strafe zu entziehen. Das erstere ist vom Erdboden verschwunden, das zweite ...

Das Hamburger Magazin "Stern" hat den amerikanischen Juristen John Loftus — den Autor eines Buches, das den Einsatz von Nazi-Verbrechern durch die CIA entlarvt —, die Frage zu untersuchen, wie Barbie in den US-Spionagedienst geriet. Loftus arbeitete lange in Archiven und ermittelte, daß die "Abwerbung" von SS-Leuten durch westliche Geheimdienste eine lange Vorgeschichte hat. Zunächst wurde Barbie vom britischen Geheimdienst mit offenen Armen aufgenommen, dann wechselte er zur berüchtigten Organisation Gehlen, die für die Amerikaner arbeitete, über. Und erst danach übernahm ihn unmittelbar der US-Geheimdienst des Heeres, die CIC.

Und wie geht es dann weiter, wenn Kriegsverbrecher in neuen Diensten stehen? Unter meinen hier angetroffenen Kollegen sind welche, die gerade erst in Israel waren. Dort findet jetzt ein Prozeß gegen einen anderen Henker, Iwan Demjanjuk, statt. Warum erst jetzt? Weil der Henker der KZs Majdanek, Sobibor und Treblinka in den USA Unterschlupf fand. Nach langem Hin und Her entzog man ihm die US-Staatsbürgerschaft und wies ihn aus — nach Israel, das seine Auslieferung gefordert hatte.

"Wie geht dort der Prozeß vonstatten?" "Mit Ach und Krach", antwortete mir ein Bundesdeutscher. "Demjanjunks amerikanischer Anwalt ficht einen sehr wichtigen Sachbeweis an: den Lagerausweis dieses Henkers. Mit welcher Begründung? Weil der Ausweis aus den Archiven der sowjetischen Staatsanwaltschaft stammt und von dieser eingekassiert wurde."

Jetzt aber, da das Gericht das Dokument für echt befand, entstand ein neues, fürwahr kasuistisches Problem. Die amerikanischen Behörden hatten bei der Auslieferung Demjanjunks an Israel verlangt, er solle sich nur für die in Majdanek begangenen Verbrechen verantworten müssen. Die Hauptbeweise im Prozeß betreffen aber das Lager Sobibor! Jetzt zerbrechen sich die Richter den Kopf, wie sie da einen Ausweg finden können.

Es gibt Prozesse, die haben noch nicht einmal angefangen. Vor meiner Abreise nach Lyon sprach ich in der Staatsanwaltschaft der UdSSR mit Frau Natalia Kolesnikowa, die gerade aus Kostarika zurück war. Dort hält sich der Kriegsverbrecher Bogdan Kosij verborgen, dessen Auslieferung die UdSSR fordert (wir schrieben in Heft 10/87 dar-

über). Jetzt hat das Gericht in Alajuela beschlossen, Kosij der sowjetischen Justiz auszuliefern.

"Hoffen wir, daß das schneller gehen wird, als die US-Behörden Karl Linnas, den Henker des KZ Tartu, ausgewiesen haben. Wir forderten es erstmalig 1961, aber erst 1987 hat es geklappt", schließt Frau Kolesnikowa.

Als ich mit nach Lyon gekommenen Veteranen des antifaschistischen Kampfes sprach, da verspürte ich hautnah, wie lebendig und — überdies lebenswichtig! — die Vergangenheit für die Gegenwart ist.

Man geht davon aus, daß der Prozeß an die zwei Monate dauern wird. Neben dem staatlichen Ankläger werden mehr als 100 zivile Nebenkläger auftreten — zahlreiche nationale und internationale Organisationen der Widerstandskämpfer

sowie Einzelpersonen. Ihre Interessen werden von mehr als 50 Rechtsanwälten vertreten. Sogar die Anklageschrift ist ungewöhnlich: Einen Teil legten die Justizbehörden des Departements Rhone vor, der andere stammt von einem Pariser Berufungsgericht, das Zusatzklagen von Resistance-Kämpfern zuließ. Erstmals in der französischen Justizgeschichte wird ein Prozeß auf Videofilm aufgezeichnet. Erstmals wird er im Jahre 2007 gezeigt werden, die Öffentlichkeit aber bekommt ihn erst im Jahre 2037 zu sehen.

Zweifellos ist der Prozeß von Lyon international sehr wichtig, schon weil die Opfer Barbies nicht nur Franzosen, sondern auch britische Kriegsgefangene und Sowjetbürger waren, die sich in Frankreich aufgehalten hatten.

Ein Umstand ist immer noch nicht geklärt: ob sich Barbie im besetzten Gebiet der UdSSR aufhielt. In einem Interview noch in Bolivien prahlte er damit, und in einem anderen sagte er sogar, er habe in der 126. Infanteriedivision gedient. Sie gehörte zum 10. Infanteriekorps der 16. deutschen Armee, fiel mit dieser an der Nordwestgrenze in unser Land ein und marschierte über Daugavpils und Opotschka bis Staraja Russa. Hinter ihr kam die berühmte Einsatzgruppe A, die 1941 240 000 Sowjetbürger ermordete. Hat Barbie ihr angehört? Das wird sich vielleicht im Prozeß klären. Er beginnt ja heute erst.

L. BESYMENSKI
NZ-Sonderkorrespondent

Lyon, am 12. Mai

ARCHIV AKTUELL

Ende für „Operation Overflight“

Am 1. Mai 1960 startete ein Flugzeug ohne Hoheitszeichen von einer geheimen US-Luftwaffenbasis unweit der pakistanischen Stadt Peshawar. Es sollte das sowjetische Territorium überfliegen und in Norwegen landen. In 20 km Höhe drang es in den sowjetischen Luftraum ein. Wenig später wird die Maschine bei Swerdlowsk abgeschossen. Dem Piloten gelingt es, sich mit dem Fallschirm zu retten: Es ist der US-Bürger Francis Gary Powers.

Ein Ausweis mit der Nummer AF1 288068, dem Stempel des Pentagon und der Aufschrift "Verteidigungsministerium. Vereinigte Staaten von Amerika" identifizierten den Piloten als Angehörigen der US-Luftwaffe.

Der amerikanische Pilot sagt aus, er stehe bei der CIA unter Vertrag und diene in einer speziellen Luftspionageeinheit der US Air Force. Als Ziel seines Fluges gibt er die Aufnahme verschiedener Objekte in der UdSSR an.

3. Mai: Washington glaubt, daß der Pilot entsprechend seinen Anweisungen für unvorhergesehene Situationen die Maschine und sich selbst ver-

nichtet hätte, und erklärt offiziell, daß ein Forschungsflugzeug der Luft- und Raumfahrtbehörde der USA (NASA) verschwunden sei, dessen Pilot mit Untersuchungen der Erdatmosphäre und der Entnahme von Luftproben beauftragt gewesen sei.

5. Mai: Die Sowjetunion meldet den Abschub einer US-Militärmaschine über ihrem Territorium am 1. Mai.

Am gleichen Tag kommentiert ein Vertreter des State Department die Meldung im Sinne der offiziellen Regierungsversion: Es sei eine Maschine verschwunden, die Untersuchungen der Atmosphäre an der sowjetisch-türkischen Grenze durchgeführt habe. Dabei sei jedoch nicht auszuschließen, daß der Pilot wegen eines Fehlers im System der Sauerstoffzufuhr das Bewußtsein verloren habe und zufällig in den sowjetischen Luftraum gelangt sei.

6. Mai: Die US-Botschaft in Moskau übergibt dem sowjetischen Außenministerium eine Note, in der mitgeteilt wird, daß eine Verletzung sowjetischen Luftraumes nicht beabsichtigt war.

7. Mai: In der UdSSR werden Einzelheiten über das abgeschossene Flugzeug und die Aussagen des Piloten veröffentlicht.

Am gleichen Tag muß Washington zugeben, daß die Mission F. G. Powers Spionage hieß und das von Lockheed gebaute Flugzeug U-2 speziell für solche Einsätze konstruiert worden sei. Jedoch besteht die US-Administration noch darauf, daß die Aktion ohne ihre Erlaubnis gestartet wurde.

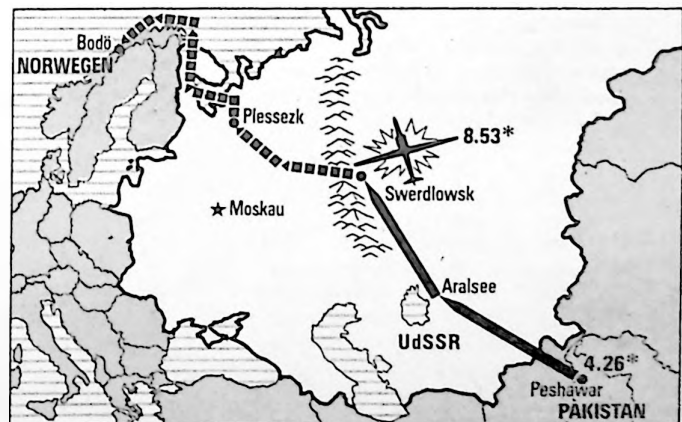
11. Mai: Präsident Eisenhower ist schließlich gezwungen,

zuzugeben, daß die "Operation Overflight" mit seinem Einverständnis und unter seiner persönlichen Kontrolle durchgeführt wurde...

Die provokatorischen Handlungen der US-Militaristen verschlechterten nicht nur die Beziehungen zwischen beiden Staaten, sondern verhin- derten auch das für Ende Mai 1960 geplante sowjetisch-amerikanische Gipfeltreffen.

„Die amerikanische Politik in Vergangenheit und Gegenwart“, schreiben die englischen Publizisten Frederick Muscat und Franco Remoro in ihrem Buch "Von Interesse", „demonstriert, daß die Technik der großen Lüge in den Rang einer Staatsdoktrin erhoben wurde“. Denkt man an Irangate, ist dem nichts hinzuzufügen...

J. A.



In letzter Zeit tauchten in unserer Presse Tabellen mit den entsprechenden Waffensystemen der UdSSR und der USA auf. Meiner Meinung nach zeigt selbst eine oberflächliche Analyse, daß von einer ungefähren Gleichheit nicht die Rede sein kann. Die USA sind demzufolge viel besser gerüstet als wir. Warum behaupten wir dann bis heute immer noch, zwischen unseren Ländern bestehe ein Gleichgewicht?

M. MEKOW
Gebiet Belgorod, RSFSR

DISKUSSION
MIT DEM LESER



Es diskutiert
der führende Mitarbeiter
des Instituts für die USA
und Kanada der AdW der UdSSR,
Lew SEMEJKO

Man darf über das Verhältnis von Waffensystemen oder Streitkräften insgesamt nicht nach einzelnen Kennziffern, die aus dem Gesamtzusammenhang herausgerissen sind, urteilen. Übrigens verwies Lenin in seiner Arbeit "Statistik und Soziologie" darauf: "Auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Erscheinungen gibt es ein außerordentlich verbreitetes und ebenso fehlerhaftes Verfahren, nämlich das Herausgreifen einzelner Tatsachen und das Jonglieren mit Beispielen. Beispiele einfach zusammentragen macht keine Mühe, hat aber auch keine oder nur rein negative Bedeutung, denn worauf es ankommt, das ist die konkrete historische Situation, auf die sich die einzelnen Fälle beziehen.

senschaftlichem Herangehen, mit Objektivität nichts zu tun. Erforderlich ist eine Gesamtbewertung.

Folglich kommt es weniger auf einzelne Faktoren für das Verhältnis der strategischen Nuklearkräfte an als vielmehr auf die Möglichkeiten dieser Kräfte insgesamt. Endgültige Schlußfolgerungen lassen sich also nur ziehen, wenn man alle Elemente der strategischen Kräfte und ihre Charakteristika berücksichtigt.

Natürlich können nur Experten die enorme, gründliche Arbeit leisten, das strategische Kräfteverhältnis zu bewerten. Und wenn unser Generalstab offiziell erklärt, daß zwischen der UdSSR und den USA ein strategisches Gleichgewicht besteht, dann muß man ihm schon glauben. Solche Erklärungen werden sehr verantwortungsbewußt abgegeben. Der Preis eines Fehlers hier wäre zu hoch, könnte er ja in eine Katastrophe führen.

Doch selbst ein Laie kann in allgemeinen Zügen eigene Bewertungen vornehmen. Es dürfte wohl klar sein, daß, wie stark ein gegen die Sowjetunion gerichteter Nuklearschlag auch sein mag, die USA nach dem Gegenschlag als zivilisierter Staat nicht mehr bestehen würden. Kein US-Ersts Schlag vermag, alle unsere Raketen, Bomber und U-Boote außer Gefecht zu setzen. Deshalb wäre ein Gegenschlag vernichtend. Und ebendeshalb ist die Overkillfähigkeit der Seiten im Grunde belanglos. Insofern ist es auch weniger wichtig, daß die USA anderthalbmal mehr strategische Nuklearsprengköpfe haben als wir, es aber mehr sowjetische als amerikanische Trägersysteme gibt.

Darum ist es unsinnig, wenn Disparitäten bei bestimmten Teilaspekten zu politischen Zwecken aufgebauscht werden. Bekanntlich sind von Zeit zu Zeit hysterische Töne aus den USA zu vernehmen, Behauptungen von einer "strategischen Überlegenheit der UdSSR", da wir mehr ICBM haben und ihre Abwurfmasse größer ist. Natürlich sind das politische Spekulationen. Da haben wir gerade jene "einzelnen Tatsachen", die Lenin erwähnte.

Und außerdem — ein 100prozentiges formelles Gleichgewicht ist schon deshalb nicht erreichbar, weil die Seiten nach wie vor ihren taktisch-technischen Charakteristika nach unterschiedliche Waffensysteme haben und haben wer-

Gibt's die Parität?

Die Frage ist von prinzipieller Bedeutung. Würde man Ihren Schlußfolgerungen, Genosse Mekow, daß ein strategisches Gleichgewicht nicht gegeben sei, zustimmen, dann müßte man Alarm schlagen, müßte unverzüglich entsprechend Verteidigungsprogramme verwirklichen, um das strategische Gleichgewicht wiederherzustellen.

Doch zunächst wollen wir uns die Angaben, die das Verhältnis der strategischen Nuklearsysteme der UdSSR und der USA (Stand vom 1. Januar d. J.) kennzeichnen, ins Gedächtnis rufen. Hier die wichtigsten Zahlen: Die UdSSR besitzt 1398 Startrampen für ballistische Interkontinentalraketen (ICBM), die USA 1016. Insgesamt gibt es 2320 bzw. 1688 Startvorrichtungen für ICBM und ballistische Raketen auf U-Booten. Folglich besitzt die UdSSR mehr Startrampen für strategische Raketen. Doch die USA haben mehr schwere Bomber — 522 gegenüber 164 sowjetischen. Infolgedessen stehen 2484 strategische Trägersysteme der UdSSR 2210 amerikanischen gegenüber. Hier besitzen wir also eine Überlegenheit. Doch die USA liegen bei den Nuklearladungen auf diesen Trägersystemen vorn — ca. 15 000 gegenüber etwa 10 000. Da ist die zahlenmäßige Überlegenheit viel größer als unsere bei den Trägersystemen. Und das führt dann offenbar auch zu dem Schluß vom "strategischen Rückstand der UdSSR".

Doch diese Schlußfolgerung ist falsch.

Tatsachen sind, nimmt man sie in ihrer Gesamtheit, in ihrem Zusammenhang, nicht nur 'hartnäckige', sondern auch unbedingt beweiskräftige Dinge." Das ist die Methode des historischen Materialismus.

Beim strategischen Kräfteverhältnis sind nicht nur die Zahl der Trägersysteme und der Nuklearladungen, sondern auch andere Kennziffern zu berücksichtigen: die Stärke der Nuklearladungen, ihre Zielgenauigkeit, die Möglichkeiten der Trägersysteme (gesamte Abwurfmasse, Abwurfmasse der Raketen, Bombenlast, Reichweite und Flughöhe der Bomber, Überwindung von Abwehrsystemen und Überlebensfähigkeit), die Zuverlässigkeit der Nuklearsysteme und diverse andere Kennziffern. Auch der geographische Faktor und anderes, natürlich auch die Militärstrategie der Seiten, sind zu berücksichtigen. Es ist schließlich ein grundsätzlicher Unterschied, ob sich ein Land auf den Ersts Schlag oder aber auf einen Gegenschlag vorbereitet.

Die vereinfachte und im Grunde mechanische Gegenüberstellung einzelner Kennziffern des strategischen Nuklearpotentials ist unzulässig, auch weil die Bedeutung verschiedener Kennziffern nicht miteinander vergleichbar ist. Zudem können diese Kennziffern selbst völlig willkürlich gewählt sein, je nach der gewünschten Einschätzung der Gesamtlage. Doch das hat mit wis-

AN-32

DAS TRANSPORTFLUGZEUG FÜR HOCHGEBIRGE UND HEISSES KLIMA



- startet von Rasenplätzen,
- Startstrecke 760 m, Ausrollstrecke 470 m auf Flugplätzen in Höhe bis zu 4500 m über dem Meeresspiegel,
- Tragfähigkeit bis +30 Grad: 6,7 t (I. S. A.),
- hoher Mechanisierungsgrad bei Be- und Entladearbeiten,
- Luftlandemöglichkeit für Personen und Frachten

Reisegeschwindigkeit km/h 530
Reichweite mit 6,7 t-Belastung 1300 km
Laderaumabmessungen in m:
Länge — 15,6
Breite — 2,7
Höhe — 1,9



Aviaexport UdSSR

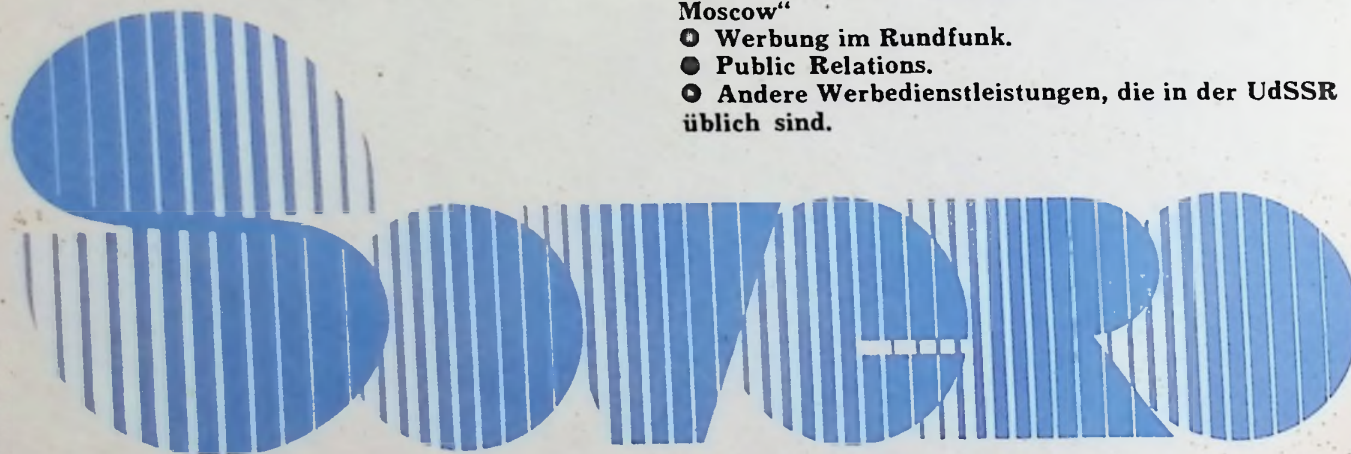
Anschrift: V/O „Aviaexport“, UdSSR, 121817 GSP
Moskau G-69, Trubnikowski per., 19
Telegrammadresse: Moskwa Aviaexport
Ruf. 290-01-71. Telex: 411257

Das Außenhandelsunternehmen
VNESHTORGREKLAMA verfügt
über eine 20jährige Erfahrung
bei der Erfüllung von Werbeaufträgen
für ausländische Firmen in der UdSSR.

WIR BIETEN IHNEN UNSERE ZUSAMMENARBEIT AN – DEN WIRKSAMSTEN WEG AUF DEN SOWJETISCHEN MARKT

VNESHTORGREKLAMA bietet:

- Kontakte mit Vertretern von potentiellen Kunden und Organisationen, die bei der Entscheidung über einen Kauf mitwirken.
- Beratung bei der Marktforschung für einzelne Waren und Dienstleistungen.
- Aufbau von kompletten Werbekampagnen.
- Werbung in der sowjetischen Fachpresse.
- Veranstaltung von Werbesymposien und Präsentationen.
- Außen- und Innenwerbung (Verkaufswerbung, Werbung in Sportstätten).
- Direct Mail.
- Herausgabe und Vertrieb von Werbe- und Informations-Sonderdrucken.
- Anzeigen im Handbuch „Businessman's Moscow“
- Werbung im Rundfunk.
- Public Relations.
- Andere Werbedienstleistungen, die in der UdSSR üblich sind.



SOWJETISCHE
AUSSENHANDELS-
WERBEORGANISATION
VNESHTORGREKLAMA

UdSSR, 113461 Moskau, ul. Kachowka 31.

Telegrammadresse:
Moskau, Vneshtorgreklama
Telefon: 331-83-11
Telex: 411265



Schiffe aus
der UdSSR
auf Weltmeeren,
Seen, Strömen
und Flüssen

Unser Exportprogramm:
vom Tanker und Trockenfrachter
bis zum Fischereifahrzeug,
vom Schwimmdock
bis zum Passagierdieselschiff,
vom Saugbagger bis zum Boot
und Kutter, vom Antriebsmotor
bis zum kleinsten Schalter —
wir liefern alles, was ein modernes
Schiff braucht

KONSIGNATIONSLAGER

IN VIELEN LÄNDERN.

Außenhandelsvereinigung

SUDOIMPORT

UdSSR, 103006, Moskau

Uspenskij per., 10

Ruf: 299-58-77, 299-02-14, 251-05-05.

Telex: 411272 SUDO SU

411387 SUDO SU

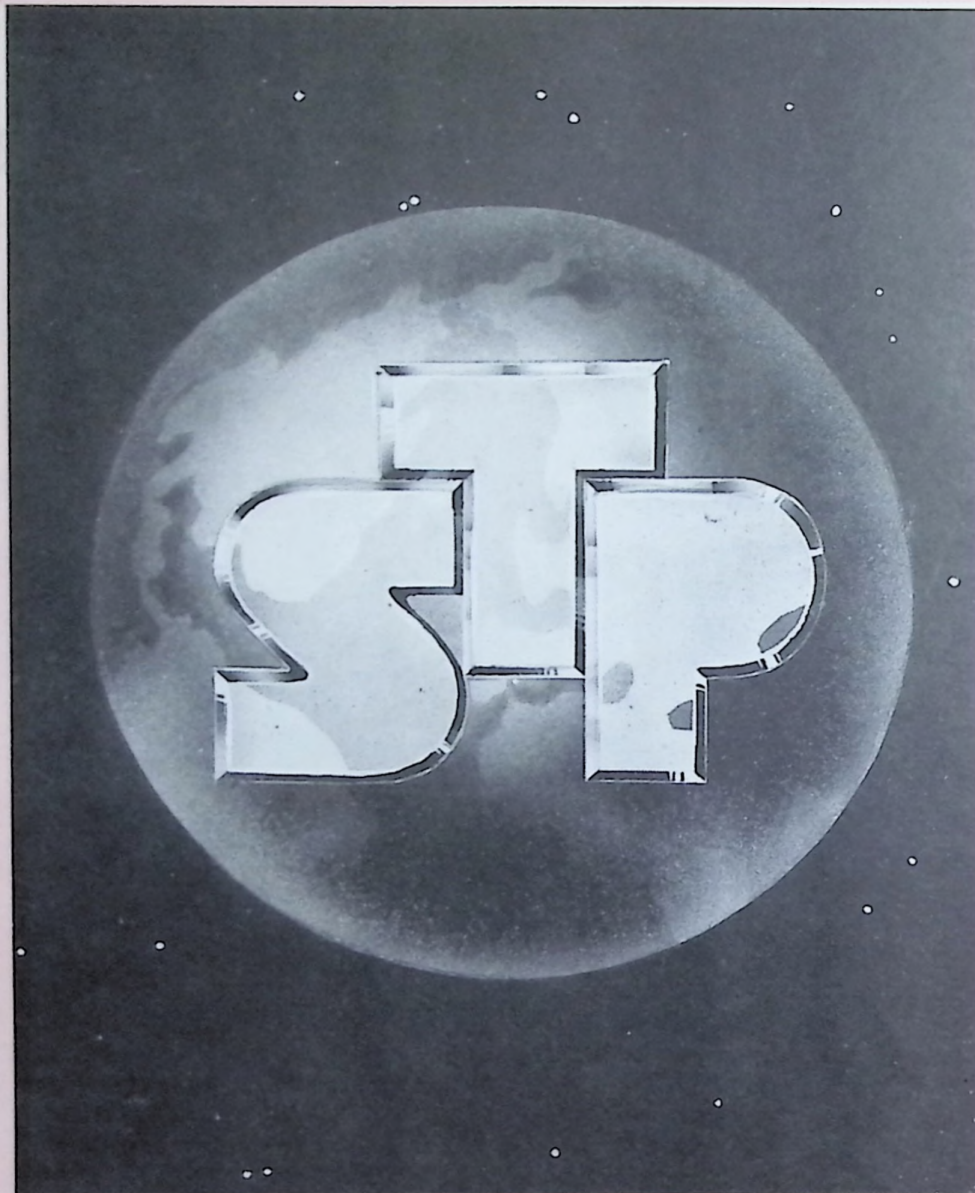
411443 SUDO SU



Sudo®

„SOZIALISMUS: THEORIE UND PRAXIS“

informiert über die wichtigsten
und aktuellsten Fragen.



Herausgeber: Presseagentur Nowosti.

Erscheint deutsch, englisch, französisch und spanisch.

Bequemes Taschenformat. Wird in mehr als 120 Ländern gelesen.

Wie der Titel schon sagt, kommen Theorie und Praxis zu Wort.

Die Zeitschrift behandelt Kernfragen des Sozialismus,

theoretische Fragen des Marxismus-Leninismus,

Schritte der UdSSR im Kampf um eine kernwaffenfreie Welt

und um das Überleben der Menschheit, ihre Schwierigkeiten und Erfolge

beim revolutionären Umbau, ferner die Innen- und Außenpolitik

der kapitalistischen und der Entwicklungsländer.

auszugleichen (indem man bis zu seine Obergrenzen "nachrüstet") eine Umrüstung mit den entsprechenden riesigen — finanziellen wie auch — Aufwendungen bedeuten. Alles auszutarieren — darunter die graphische Lage der Seiten — ist unmöglich.

Man kann heute wie in der Vergangenheit nicht von einem absoluten, sondern nur von einem relativen militärstrategischen Gleichgewicht sprechen.

Die strategische nukleare Überlegenheit der USA gehört der Vergangenheit an. Am Anfang der 70er Jahre, als zwischen der UdSSR und den USA ein Gleichgewicht wie qualitativ ein ungefähres Gleichgewicht der strategischen Nuklearteile herausgebildet, für immer

wurde auch von Präsident Nixon seinen Nachfolgern eingestanden. Das Bestehen einer ungefähren Gleichgewichts hatte auch Präsident Reagan bei seinen in Reykjavik keine Einwände gegen die sowjetische Delegation ihm gegenüber mit Vergleichszahlen der strategischen Offensivkraft der Seiten. Das strategische Gleichgewicht der USA ist weltweit anerkannt.

Washington verfolgt offen das Ziel der strategischen Überlegenheit gegenüber der UdSSR. Heute wird die Aufstockung der nuklearen Potentials durch die strategische Ergänzung, um so ein gemeinsames nukleares und Weltraumpotential für die Verteidigung zu schaffen. Droht sowohl das Kräftegleichgewicht als auch die internationale Sicherheit in Gefahr, liegt eine enorme Gefahr, die die UdSSR nicht ignorieren kann. In der Lage erlangt die Feststellung im letzten Bericht an den XXVII. Parteitag der KPdSU besondere Bedeutung: Die größere Sicherheit erhebt die UdSSR keinen Anspruch, die geringere sie nicht hinnehmen." Dies bedeutet, die UdSSR beansprucht militärische Überlegenheit, sie wird auch nicht zulassen, daß das Gleichgewicht militärisch-strategische Gleichgewichts zerstört wird.

Michail Gorbatschow sagte, sich "beide Seiten an die gleiche Parität als natürlichen Zustand der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen gewöhnen. Und wenn schon etwas gesprochen wird, dann wie der Stand dieses Gleichgewichts mit gemeinsamen Anstrengungen verbessert werden kann. Es geht also um reale Maßnahmen zur Reduzierung der Nuklearwaffen auf beiderseitiger Grundlage zu verwirklichen."

MEINUNGEN

Es gibt nur einen Weg

Ich muß oft an meinen Großvater denken, der am zweiten Weltkrieg in Europa teilgenommen hat. Ich kann mich gut an seine Erzählungen erinnern, wie russische und amerikanische Soldaten an der Elbe gemeinsam ihre Lieder sangen. In jenen Minuten brauchten sie keinen Dolmetscher — man verstand sich auch so. Bis zu seinem Tod war meinem Großvater dieses Treffen unvergeßlich. Sie alle — Russen wie Amerika-

ner — hatten ein gemeinsames Ziel, waren Kameraden.

Die Jahre des kalten Krieges untergruben das Vertrauen der Völker zueinander. Das nukleare Wettrüsten führt uns alle in eine Sackgasse, aus der es nur einen Ausweg gibt — gegenseitiges Verständnis und Entspannung.

Ist denn der April 1945, als sowjetische und amerikanische Soldaten Seite an Seite am Ufer der Elbe standen, für

immer vergessen? Ich glaube nicht, daß Ihr Land mit uns Krieg führen will. Auch die Amerikaner wollen keinen Krieg. Möge die Erinnerung an den großen gemeinsamen Sieg über den gemeinsamen Feind den jetzigen Führern unserer Länder helfen, angesichts der globalen Gefahr alles, was weniger wichtig ist, zu vergessen und der Menschheit ein Leben in Glück und Frieden zu ermöglichen.

Charles MACPHERSON
Boston, USA

Ich wurde Ihr Freund

1936, als Ihr Land die Unterstützung für das republikanische Spanien aufnahm, wurde ich ein Freund der Sowjetunion. Mit meinen 65 Jahren ist für mich die

Erinnerung daran, wie die Rote Armee Stalingrad verteidigte, das beeindruckendste Erlebnis meines Lebens. Ich kann mich noch erinnern, wie wir mit atemloser Spannung

die täglichen Rundfunkmeldungen aus Moskau über den Verlauf der Kämpfe verfolgten. Für meine Generation wird diese Stadt für immer mit dem Sieg über den Faschismus verbunden sein.

Sean O'KELLY
Dublin, Irland

FORTSETZUNG DES THEMAS

Nicht zu rechtfertigen

In Ihrer Zeitschrift (Heft 10/87) las ich Lew Besymenskis Beitrag "Das dritte Leben des Schlächters von Lyon". Er hat mich zutiefst erschüttert. Die Untaten, die die Faschisten im zweiten Weltkrieg verübt haben, übersteigen das Barbarentum des Mittelalters.

Zu diesen Greueln gehört auch die Ermordung von Resistance-Kämpfern im Sommer 1944 im KZ Dachau.

Gefangene Franzosen wurden viele Tage in Bahnwaggons ohne Brot und Wasser transportiert. Deshalb waren die meisten von ihnen, als der Leidszug im KZ eintraf, schon tot. Doch in den Öfen des Krematoriums wurden nicht nur die Toten verbrannt, sondern auch jene, die von der langen Fahrt geschwächt waren. Dieses Verbrechen ist das Werk von Klaus Barbie und anderer Kriegsverbrecher. Mehr als 40 Jahre sind seit

jenen schrecklichen Tagen vergangen. Jetzt, da in Frankreich der Prozeß gegen Barbie begonnen hat, möchte ich im Namen aller ehrlichen Menschen sagen: Mögen jene,

die über den Schlächter von Lyon zu Gericht sitzen, gerecht und gnadenlos urteilen. Das sind sie dem Andenken an die Opfer des Faschismus schuldig.

I. GORDEJEV
Gebiet Zelinograd,
Kasach. SSR

LESER ALS REPORTER

"Frauen in Togo" — so nannte unser Leser Juri Koroljow (Nikolajew, Ukr. SSR) sein Foto



DIE WOHNUNG FÜR'S LEBEN

Alexander RADOW

Würde man all das in einem Roman beschreiben, dann würden es die Leser wohl nicht glauben. Sie würden sagen, das sei erfunden oder man habe es eben durch die rosa Brille gesehen. Zu schön, um wahr zu sein, als wären das nicht Menschen, sondern wahre Heilige. Wenn es zumindest nur zwei oder drei wären... Aber nein — es sind schon mehr als 3000...

Sie, das sind die Erbauer und künftigen Bewohner eines Jugendwohnkomplexes (JWK). Allein der Name schon ist eine Herausforderung, enthält gleichsam das Versprechen, nie älter zu

werden. Und übrigens gelingt Ihnen das fast: Sie sind quicklebendig und so begelsterungsfähig. Kein Wunder: Das ganze Leben ihrer kleinen Siedlung am Stadtrand von Swerdlowsk verläuft ohne die negativen Erscheinungen, von denen es in den Nachbarhäusern noch mehr als genug gibt — dort wird noch nicht selten einer über den Durst getrunken oder gottverdammte geflucht, es mangelt auch nicht an schwierigen Halbwüchsligen und an Ehescheidungen. Im JWK aber ist alles so, wie es die Medizin und die Moral gern hätten. Woher das alles!

Wollen wir ehrlich sein: Das ist die Antwort auf Probleme des Alltags. Noch vor einigen Jahren wohnten sie, wo sie das Schicksal hin verschlagen hatte. Meist hausten sie in einem für das Familienleben kaum geeigneten Wohnheim oder mieteten sich privat ein. Auf eine eigene Wohnung aber hätten sie acht, zehn oder auch zwölf Jahre warten müssen, bis sie in der Gewerkschaftsschlange ihres Betriebes dran gewesen wären.

In einer solchen Situation beginnen manche jungen Leute mit krummen Touren, versuchen sich nicht aus Arbeit stammende Einnahmen zu verschaffen, um damit eine Genossenschaftswohnung zu kaufen. Andere pumpen solide Summen bei ihren Eltern. Für jene aber, die zu den Gründervätern des JWK Swerdlowsk gehören, kam keine dieser Varianten in Betracht — also mußten sie sich etwas anderes suchen. Hier halfen die Studentenbaubrigaden, wo sie, ehemalige Studenten einer technischen Hochschule, fast jeden Sommer malochten. Dort, in der Baubrigade, konnten sie sich davon überzeugen, daß sie, wenn sie es nur wollen und etwas dazu lernen, ein ganz imposantes Haus hochziehen können. Und schon später, nach ihrem Studium, erlangten sie die Gewißheit, daß sie sich auch Wohnhäuser bauen könnten. Nein, kein kleines Einfamilienhaus außerhalb der Stadt, sondern große Häuser mit Hunderten von Wohnungen. All das erschien ihnen noch klarer realisierbar, als sie erfuhren, daß junge Leute aus Kaliningrad im Gebiet Moskau dies bereits getan hatten. Die jungen Enthusiasten aus Swerdlowsk hatten es eilig, sich das anzusehen. Vieles begeisterte sie, doch manches gefiel ihnen weniger, und deshalb beschlossen sie, anhand dieses Beispiels ihren eigenen Weg zu gehen.

Alle gemeinsam

So begann alles und wäre auch gut gelaufen, doch dann gab es diverse

Rückschläge. Es kam so schlimm, daß sie schon meinten, alles sei vorbei. Doch jedesmal rafften sie sich wieder zu einem Neuanfang auf. Vor allem half ihnen dabei ihre Freundschaft, die noch aus der Zeit der Baubrigaden stammte und ... ihr Bauleiter, der energische und erfahrene Physiker Jewgeni Koroljow. Das Team seiner engsten Helfer paßte so recht zu ihm: die Wirtschaftswissenschaftlerin Galina Karelowa, der Chemiker Wladimir Manow, der Hüttenarbeiter Alexander Winizki, der Architekt Sergej Lyshin, der Ingenieur Wjatscheslaw Mjakotin... Ein eingespieltes Team, das etwas vom Leben haben wollte, und deshalb ließen sie sich auf keine provisorischen Lösungen ein, versuchten nicht, sich ihre Aufgabe allzu leicht zu machen. Nein, meinten die Maximalisten: Wir brauchen kein einzelnes Haus, sondern einen ganzen Komplex, da eine Wohnung noch nicht das Wichtigste ist. Zu einer Wohnung muß noch so viel hinzukommen, damit sich das Leben harmonisch entwickelt, vor allem das der Kinder. Doch da reicht eine Betonwüste nicht. Es ging vielmehr darum, menschliche Beziehungen zu gestalten.

Sie betraten damit ein völlig neues Gebiet. Wie man kollegiale Beziehungen am Arbeitsplatz gestalten sollte, das wußte man, wenn es auch nicht immer klappte. Zu Hause aber, in der eigenen Straße...

Doch heißt es denn nicht, mein Heim ist meine Festung? Warum soll man sich in Beziehungen zu allen Nachbarn einlassen und noch mit ihnen befreundet sein?

Ältere Menschen brauchen das meist nicht, um so mehr, wenn ihr Leben in geregelten Bahnen verläuft und es nicht viele Alltagsprobleme für sie gibt. Dafür werden junge Familien mit einer Unmenge solcher Probleme konfrontiert. Dies hängt vor allem damit zusammen, daß sich vor unseren Augen die aus mehreren Generationen bestehende Großfamilie getrennt hat, Eltern und Kinder jetzt getrennt wohnen (wollen). Früher übernahmen die Großmütter meist die vielen

Dinge des Alltags, vor allem die Essenzubereitung, das Waschen, Säubern und die Kinderpflege, jetzt aber müssen die jungen Leute, vor allem die Frauen, selbst damit fertigwerden. Und sie müssen in der Regel noch in der Produktion ihr Bestes geben. Oft genug kommt es vor, daß eine junge Mutter auch noch studiert, und da sind dann noch die Kinder und der Ehemann mit ihren Problemen. Und schließlich möchte man sich auch einmal richtig amüsieren. Wie soll man das alles unter einen Hut bringen? Nein, das will einfach nicht glücken. Die jungen Frauen in den Kleinfamilien sind gewöhnlich schrecklich überlastet. Zu der körperlichen Müdigkeit kommt auch noch der psychische Streß, was sich auf die Beziehungen zum Ehemann auswirkt, wobei sie dann ihre Gereiztheit an den Sprößlingen auslassen. Ja, es kommt noch schlimmer: Scheidungen, Suff, verwahrloste Kinder... Kann man da von richtiger Erziehung oder gar von harmonischer Entwicklung sprechen? Schwer, sehr schwer haben es in solchen Familien die Kinder — ein Kind oder höchstens zwei, dann reicht es den Eltern. Daher die rückläufige Geburtenziffer in Rußland, Belorussland, den baltischen Sowjetrepubliken und in der Ukraine. Was ist da zu tun?

Der Ausweg bietet sich in der völligen Gleichberechtigung der Frau. Doch juristisch ist das bei uns schon lange vollzogen. Und in der sozialen Befreiung, die, wie Lenin meinte, nur unter den Bedingungen einer großen, nicht aber einer kleinen Hauswirtschaft möglich ist. Doch dafür reicht es bei weitem nicht, in ein großes Haus oder in einen ganzen Wohnkomplex einzuziehen. Erforderlich ist, daß alle Familien miteinander bekannt und befreundet sind, den anderen brauchen.

Die JWK-Enthusiasten wußten, daß die Finanzen, die Baukapazitäten und die Baumaterialien aufzutreiben sind. Es mangelt nur an Bauarbeitern. Deshalb werden fast überall im Land die Pläne für die Übergabe von Wohnraum nicht erfüllt. Diese fehlenden Quadratmeter würden

voll und ganz reichen, um Millionen junger Leute ein Heim zu geben. Und wer, wenn nicht sie selbst, soll sich dafür engagieren?

Die Bauorganisationen wären keineswegs dagegen, daß zu ihnen, zumindest vorübergehend, Helfer aus anderen Bereichen kommen. Doch dafür wäre es erforderlich, daß man in diesen Bereichen nicht dagegen ist, die eigenen Arbeitskräfte zu überlassen und ihnen ihre Stelle zu garantieren. Doch woran lag es dann? Die Antwort ist einfach: Die Werkdirektoren mußten begreifen, daß ein Mitarbeiter mit eigener Wohnung viel zuverlässiger ist als jemand, der über keinen eigenen Wohnraum verfügt. Unter letzteren ist die Fluktuation höher, ja und ihre Arbeitsproduktivität ist geringer.

Doch die JWK-Enthusiasten fanden für ihre Direktoren ein weiteres Argument. Gab es ja mehr Leute, die sich in einem Jahr eine Wohnung bauen wollten als genommen werden konnten. Also mußte irgendeine Auswahl erfolgen. Doch wie? Nach dem Personallfragebogen? Dabei hatten sich schon die Kaliningrader die Finger verbrannt: Da fanden sich Leute, die nicht wirklich kameradschaftlich zusammenarbeiten wollten. Nein, meinten die jungen JWKler aus Swerdlowsk, als sie sich mit den traurigen Erfahrungen ihrer Vorgänger befaßten, nötig ist ein richtiger Wettbewerb. Er sollte als sozialistischer Wettbewerb, zudem in den eigenen Betrieben, erfolgen. Dabei verzichtete man auf Formalismus: Alle, die zum Wettbewerb zugelassen wurden, legten einen derartigen Eifer an den Tag, daß sie ihre Arbeitsproduktivität durchschnittlich um 10–15 Prozent steigerten. Die so erhaltene Produktivitätssteigerung glich die einjährige Abwesenheit jener, die als Sieger auf den Bau gingen, fast aus. Ebendeshalb ließen die Werkdirektoren die jungen Arbeiter und Ingenieure auch ruhig gehen...

Doch hier drängt sich die kritische Frage auf, ob es nicht Dummheit ist, Physiker, Chemiker, Fahrer und Ingenieure zu zwingen, ganz eindeutig nicht ihre Arbeit zu tun — und das nicht nach Feierabend, sondern als Hauptbeschäftigung? Zudem eine "primitivere" Arbeit? Ist dies nicht das gleiche, als wenn man mit dem Mikroskop Nägel einschlagen würde?

Und ich will das auch nicht verteidigen — das ist irgendwie anormal, wenn auch, wie sich im weiteren herausstellte, alles seine gute Seite hat. Der Gerechtigkeit halber will ich noch sagen: Beim Bau gab es nicht immer und nicht unbedingt nur "primitive" Arbeit. Erstens kamen Leute, die in der Regel einen Bauberuf in den Studentenbaubrigaden erworben hatten. Sie besaßen Diplome, meist Ingenieurdiplome, und deshalb machten sie sich natürlich ihre Gedanken über bessere Lösungen. In dem einen Jahr unterbreiteten sie so viele Vorschläge, die der Bauindustrie zugute kamen, daß man noch immer gern an sie zurückdenkt. Jetzt

begreift man in der Chefetage: Mit Hilfe des JWK hat man begonnen, progressive Technik und Technologie eifriger in diesem Wirtschaftszweig einzuführen. Doch auch das ist noch nicht alles. Viele hatten bislang einen relativ glatten Lebenslauf — Schule, dann Hochschule und schließlich Betrieb oder Forschungsinstitut — und hatten deshalb keine rechte Vorstellung vom Leben mit seinen Schwierigkeiten. Hier aber sahen, erfuhren und begriffen sie in einem Jahr sehr viel. Das war ein wahres soziales Praktikum, das für die künftigen Produktionsleiter so erforderlich ist.

Doch der Hauptgewinn war etwas anderes. Als Sieger des Wettbewerbs, sich eine Wohnung bauen zu dürfen, gelangten sie in eine Baubrigade mit 30–35 Mann. Ihre Zusammensetzung: Dozenten, Laboranten, Ingenieure, Fräser. Vorwegnehmend will ich sagen: Konflikte zwischen ihnen gab es nicht, obgleich man das bei so verschiedenen Menschen hätte denken können. Doch erstens waren sie von der gemeinsamen Idee begeistert und zweitens war der Wunsch zu groß, das eigene Haus schneller und besser zu errichten. Sie arbeiteten 10–12 Stunden täglich, zudem in der Regel ohne die auf dem Bau

„Mein“ Kind und „meine“ Kinder

Die Beziehungen waren so eng und herzlich, daß man sich buchstäblich an jeder Bitte an den Nachbarn wenden konnte, doch auch jedem gingen Probleme des anderen persönlich nahe. Auf jeder Etage aber waren die Beziehungen herzlicher als unter Verwandten üblich — hier suchte man sich die Nachbarn, geleitet von besonderer gegenseitiger Sympathie, aus. Ganz von allein begann sich die Zusammenarbeit der Nachbarn zu entwickeln. Und jetzt sind im JWK solche, anderswo ungewöhnliche Bilder zu beobachten: So paßt bei drei Kinderwagen nur eine Mutter auf — die beiden anderen hat sie für häusliche Dinge "freigestellt". Wenn jemand Brot einkaufen geht, dann holt er es auch gleich für den Nachbarn mit. Und wenn von den 6 Wohnungen eines Stockwerks nur in einer tagsüber die Mutter zu Hause ist, dann setzt sie nicht nur ihrem Kind, sondern auch allen Nachbarkindern das Essen vor und läßt sie die Hausaufgaben machen. All das natürlich kostenlos und ohne sich irgendwie zu zieren. Sie weiß, daß morgen eine andere



Entwurf der neuen Wohnviertel des Swerdlowsker JWK

üblichen "Rauchpausen". Es kam auch vor, daß jemand nicht in das Team paßte und es verließ. Jene aber, die blieben, zogen in diesen Freundeskreis auch ihre Familien hinein. Während die Väter arbeiteten, bereiteten sich Mütter und Kinder darauf vor, gemeinsam in dem neuen Haus zu leben. Sie organisierten Interessenklubs und Sektionen, hingen ihren Träumen nach und stritten leidenschaftlich. Und als das Haus fertig war, erhielt das gestandene Kollektiv seinen Hausflur — alle Wohnungen vom Erdgeschoß bis zum 8. Stock. Etwas geradezu Sensationelles war entstanden — sozusagen eine ländliche Gemeinde in der Stadt.

Mutter das gleiche tun wird — oder ein anderer Vater. So sind die unbeaufsichtigten Kinder, die woanders meist von 2 bis 6 Uhr abends, bis die Eltern nach Hause kommen, herumtollen, im JWK kein Problem mehr. Die Miliz kann ein Lied davon singen, daß gerade in diesen Stunden Kinder und Halbwüchsige die meisten Rechtsverletzungen begehen.

Doch die Zusammenarbeit geht noch weiter. Wohnungsreparaturen werden unbedingt gemeinsam ausgeführt — jeder ist einmal an der Reihe. Die JWK-Bewohner tauschen Zeitschriften unter sich aus — und Dienstleistungen: Ich repariere dir deinen Fernseher, du mir mein

Auto... Die JWK-Enthusiasten haben für sich auch eine Menge organisierter Dienste eingerichtet. Zudem geschieht alles hier, direkt zu Hause, und so braucht man nicht anzustehen. Natürlich gibt es Dienstleistungsbetriebe wie woanders auch, doch hier erlauben sie sich keinen Pfluscher, sondern sind geradezu vorbildlich. Vor allem, weil die Kundschaft geschlossen ist und auf das Personal der Dienstleistungsbetriebe starken Einfluß nehmen kann.

All das zusammengekommen erklärt eben, warum jede Familie die Fürsorge der anderen an sich verspürt. Sie versteht, daß es hier leichter ist als anderswo, die Kinder großzuziehen. Und dankt ... mit einem weiteren Kind. Im JWK ist eine wahre Bevölkerungsexplosion erfolgt — die Geburtenrate ist verglichen mit ähnlichen Familien in den Nachbarhäusern doppelt so hoch.

Die Kinder haben hier alle Möglichkeiten. Fast jeder JWKler befaßt sich zu erklären, daß dieses Experiment für die Kinder da ist, daß gerade sie voll davon profitieren sollen. Ich sehe und verstehe, daß die Kinder das schon gespürt haben. Die ersten Häuser des JWK stehen schon fünf Jahre. Ich frage bei Kindern, die in

"Sie sind viel weiter entwickelt, harmonischer... Niemand schiebt anderen die Verantwortung zu..."

Doch auch eine andere Seite der Medaille wird klar: Jeder will die erste Geige spielen. Schon beim geringsten Anlaß drängeln sie, "warum nicht ich?". Jetzt rätsle ich herum, ob das sehr schlimm ist...

Auch in der Schule wundert man sich über die Jungen und Mädchen aus den JWK-Häusern: "Gemeinschaftsgeist haben die, alle treten füreinander ein... Sie haben immer etwas vor: Eilen in Zirkel und Klubs, der Unterricht allein ist ihnen zu wenig."

Doch noch größeres Erstaunen rufen ihre Eltern hervor. Die Erzieherinnen wie die Lehrer erklären, übereinstimmend: "Nie haben wir gesehen, daß sich Mütter und Väter so viel mit den Kindern befaßen."

Man lobt die Eltern, ich aber denke da, ob das nicht ein schlimmes Ende nehmen kann. Leiden ja die Kinder heute häufig genug nicht unter fehlender elterlicher Zuwendung, sondern an einem Übermaß davon. Bekannt ist ja, daß nichts so verhängnisvoll für Kinderseelen ist wie das Prinzip "mein Kind!".

gungsmöglichkeiten — vier Kinderklubs, 18 Zirkel und Sektionen, der Jugendklub "Poljot". All das in unmittelbarer Nachbarschaft und, was sehr wichtig ist, in der Gesellschaft guter Freunde. Und noch etwas — unter der Aufsicht von Erwachsenen, von denen keiner an einer Zigarette im Mund eines Halbwüchsigen oder an einem von ihm gebrauchten Schimpfwort vorbeigeht.

Ich möchte dabei betonen, daß jeder Erwachsene sich den Kindern von seiner interessantesten Seite zeigt. So hat jeder Klub seine Kindersektion. Dein Freund ist zusammen mit seinem Vater in den Fotoklub gegangen und hat dich mitgenommen. Und hier bringen schon andere Väter den Kindern das Wichtigste bei. Oder etwas anderes: organisierte Gruppen verschiedenen Alters. Sie gibt es in jedem Haus. Das Wichtigste aber — der Kommandeur wird von den Kindern selbst gewählt. Nicht unbedingt der Älteste, doch unbedingt der Angesehenste. Die Erwachsenen stellen den Betreuer. Und in jedem Treppenflur sollen die Kinder auf die Frage antworten, mit wem sie keine Angst hätten, Gefahren durchzustehen. So findet man die geeignetsten Betreuer für diese interessante Tätigkeit.

Und wichtig ist auch, daß die Väter für die Kinder des JWK alles durchboxen, planen und dann selbst bauen. Natürlich ist das sehr ermüdend, doch sicher ist es ein wichtiger Erziehungsfaktor, wenn die Mutter dem Kind zuflüstert: "Sei ruhig, Papa ist müde!" Hier im JWK ist das Ansehen der Väter überaus groß, denn sie sind es ja, die im Schweiß ihres Angesichts die Wohnung erarbeitet haben, und schon deshalb werden die JWK-Jungen in ihnen ihr Vorbild sehen.

Mit Hand und Kopf

Manche JWKler, die nach dem Bau in ihren früheren Betrieb zurückkehren, bilden dort einen "unerwünschten" Kontrast, da sie es im Jugendwohnkomplex gelernt haben, schnell und produktiv zu arbeiten — und das weniger um des Geldes willen. Mehr, weil das ein inneres Bedürfnis ist. Und noch etwas. Davon berichtete mir Gennadi Schumichin, ein junger Dozent der technischen Hochschule. Er beklagte sich: Nach dem Bau habe er das am Lehrstuhl in dem Jahr Versäumte schnell nachgeholt, doch die körperliche Arbeit fehle ihm sehr.

Er erklärt:

"Ich finde es so schön, wenn gleichzeitig Hände und Kopf beschäftigt sind..." Im JWK steht er damit nicht allein da. Für solche wie ihn gibt es die Möglichkeit, tagsüber mit dem Kopf, abends aber manuell zu arbeiten (in einer Werkstatt oder an einem neuen Haus), zudem vor den Augen der Kinder, bei ihrer tätigen Mithilfe, damit keine einseitigen, praktisch hilflosen Menschen aufwachsen — so wie manche heutigen Erwachsenen.

"Die JWKler führte die gemeinsame
"NEUE ZEIT" 20.87



In den neuen Häusern wird an Ästhetik gedacht: Eine Gruppe junger Designer am Werk
Fotos: V. Arutjunow, A. Schpinjow und S. Wetrow

die letzten Häuser eingezogen sind, wodurch sich ihr Leben im JWK von dem früher, in gewöhnlichen Häusern, unterscheidet? Und alle meinen, daß man das gar nicht vergleichen könne. Dann beginnen sie zu erklären:

"In diesen Häusern sieht man keine Betrunkenen..."

"Früher wußte ich nicht, wer in der Nachbarwohnung lebt, hier aber kenne ich alle im Haus und große alle..."

"Hier im Treppenflur ist es sauber..."

Ich frage jetzt Erzieherinnen des JWK-Kindergartens, ob sich "ihre" Kinder von anderen unterscheiden. Und das sagt man mir:

Doch wie sich herausstellt, sind die JWKler auch hier auf der Höhe. Folgendes Gegenmittel haben sie da gefunden: Alle Erwachsenen treten für alle Kinder ein, ohne einen besonderen Unterschied zwischen dem eigenen und einem fremden Kind zu machen... Bei den Kindern verhindert dies, daß sie zu stark verwöhnt werden, bei den Eltern werden die eigenen Mängel so gegenseitig ausgeglichen.

Die kleinen JWKler sind gut miteinander freund. Und dafür haben sie allen Anlaß. Der Wohnkomplex ist nur zu zwei Dritteln fertiggestellt, die Kinder aber haben bereits breiteste Betäti-

Ungeordnetheit ihres Lebens zusammen", schrieb mir einmal ein Leser, "das persönliche Eigentum aber wird sie, zudem endgültig, auseinanderbringen." Hier will ich nicht streiten: Eigentum kann wirklich trennen. Das wird auch in Swerdlowsk schon deutlich. Die JWKler mit eigenem Auto und mit einer Datscha sind meist schon weiter von den gemeinsamen Sorgen entfernt, halten sich abseits und helfen anderen seltener, bitten auch selbst seltener um Hilfe. Selbst die Kinder aus solchen Familien fügen sich schwerer in die Gemeinschaft ein, wie mir Erzieher sagten. Die bewußten JWKler sind sich darüber im klaren und führen immer mehr eine Art kollektiven Verbrauch ein, der, wie klar erkennbar ist, für die Gesellschaft weniger verschwenderisch ist. Doch das muß noch geprüft werden (womit sich eben auch die JWKler befassen, die von einem "Experiment am eigenen Leib" sprechen), muß sich noch beim Jugendbau bewähren.

Nach den Enthusiasten aus Swerdlowsk haben junge Leute in mehr als 200 Städten und Ortschaften des Landes ein entsprechendes Vorhaben in Angriff genommen. Die Sache der Jugendwohnkomplexe ist stark vorangekommen — wenn es auch nicht ohne Entstellungen abging. Mancherorts wurde von dem JWK Swerdlowsk nur das Einfachste und am leichtesten zu Realisierende übernommen — das Prinzip des "Eigenbaus". Andererorts aber wurde es vervollkommen: Man schafft sich nach Feierabend und an arbeitsfreien Tagen Wohnraum.

In der ganzen Sowjetunion finden Jugendwohnkomplexe Anhänger, und in Swerdlowsk selbst wird diese Initiative der Jugend weiter intensiviert. In letzter Zeit stellte sich heraus, daß nach einer Form der Selbstverwaltung gesucht werden muß, die dem Demokratismus dieser Komplexe entsprechen würde. Viel wurde gedacht, viel gestritten, doch eine bessere Form als die Räte in ihrer Leninschen Variante konnte nicht gefunden werden. Und so wurde beschlossen: Wir organisieren Jugendwohnkomplexe entsprechend den Prinzipien der Sowjetmacht, dafür aber wählen wir 50 Abgeordnete und einen Ratsvorsitzenden. Dieser Beschluß wurde hohen Instanzen unterbreitet, und dort, vor allem im Gebietskomitee der KPdSU, fand er Unterstützung. So führten sie auf ihrer Jahreskonferenz Wahlen durch. Außer den 50 Abgeordneten wurden zwei weitere beauftragt, ihren JWK-Rat im Rayonsowjet der Volksdeputierten zu vertreten. Im JWK beginnt ein neues Experiment. Und wenn es nicht scheitert — das aber wird, da bin ich sicher, nicht geschehen —, dann wird in der Stadt eine sich voll selbstverwaltende Gemeinde entstehen, die sich zudem in naher Zukunft auch selbst finanzieren wird. Der JWK hat bereits ein Verrechnungskonto bei der Staatsbank eröffnet und schließt jetzt Verträge, um mit Hilfe seiner Bürger die Mittel für noch kühnere Träume zu erarbeiten. ■

Wie wird die öffentliche Meinung in der Sowjetunion ausgewertet? NZ-Korrespondent Jewgeni ANDRIANOW im Gespräch mit Wilen IWANOW, Dr. phil., Direktor des soziologischen Forschungsinstituts der AdW der UdSSR.

Friedensbarometer

Wilen Nikolajewitsch, erzählen Sie uns bitte etwas über die Meinungsumfragen, die Ihr Institut durchführt.

In den letzten Jahren wandten sich die Soziologen unseres Instituts wiederholt der Erforschung der öffentlichen Meinung zu, und zwar im Zusammenhang mit großen weltpolitischen Ereignissen und außenpolitischen Initiativen der UdSSR. Wir sondierten die öffentliche Meinung über die Ergebnisse der Gipfeltreffen in Genf 1985 und Reykjavik 1986, außerdem untersuchten wir in Vorbereitung auf das internationale Forum "Für eine kernwaffenfreie Welt, für das Überleben der Menschheit" 1987 die Einstellung gegenüber einer atomwaffenfreien Welt.

Könnten Sie etwas ausführlicher auf die letzte Umfrage eingehen?

Wir führten die Umfrage kurz vor dem Forum, am 5. und 6. Februar des Jahres durch. Sie sollte ursprünglich parallel stattfinden, denn wir hatten dem amerikanischen Fonds "Tagesordnung der Nation" vorgeschlagen, sie mit uns zusammen anlaufen zu lassen. Der Vorsitzende des Fonds, Daniel Yankelovich, hatte die Idee aufgegriffen. Aus materiellen und organisatorischen Gründen jedoch waren die US-Kollegen nicht imstande, die Umfrage in so kurzer Zeit abzuwickeln. Deshalb haben wir nur in der UdSSR, in Moskau, gefragt. Wir befragten 1066 Personen aus drei Stadtbezirken, die die wichtigsten Kategorien der arbeitenden Bevölkerung Moskaus repräsentierten. Die Auswahl war groß genug, um eine Genauigkeit von plus-minus 3% zu gewährleisten. Beantwortet wurden 16 Fragen zum Komplex Abrüstung und kernwaffenfreie Welt.

Und was meinen die Moskauer?

89 Prozent der Befragten sind der Meinung, daß es in einem Atomkrieg keine Sieger geben wird. 95 Prozent meinen, daß weitere nukleare Aufrüstung das Risiko einer zufälligen Anwendung von Kernwaffen erhöht.

Zwei Fragen wurden überwiegend einmütig beantwortet, und zwar zur Einstellung von Kernwaffentests, einem wichtigen Schritt zu nuklearer Abrüstung, und dazu, daß die Überlebensinteressen der Menschheit höher stehen müssen als

alle anderen. Dafür: 96, dagegen: 1 Prozent.

Ich möchte noch gesondert auf eine Frage hinweisen, nämlich auf den Ersteinatz von Atomwaffen. 93 Prozent der Befragten waren überzeugt, daß die UdSSR das nicht tun wird. Im Hinblick auf die USA äußerten sich lediglich 8 Prozent der Moskauer ähnlich zuversichtlich.

Unsere Presse hatte seinerzeit berichtet, daß letztes Jahr erstmalig eine Parallelumfrage unter sowjetischen und amerikanischen Schülern durchgeführt wurde. Sie hieß "Die Welt in den Augen der Jugend". Könnten Sie dazu etwas sagen?

Diese Untersuchung, die erste in dieser Art, wurde von unserem Institut und dem Institut für USA und Kanada der AdW der UdSSR auf sowjetischer Seite und von der Harvard-Universität in Zusammenarbeit mit der Universität von Maryland auf amerikanischer Seite durchgeführt. Wir befragten 2024 sowjetische Schüler der Klassen 5 bis 10 in den Gebieten Rostow und Tambow, RSFSR. Die Amerikaner befragten 3372 Schüler aus dem Bundesstaat Maryland. Unsere Schüler waren altersmäßig wie folgt aufgegliedert: 12 Jahre - 10,9%, 13 Jahre - 24%, 15 Jahre - 20,4%, 16 Jahre - 14,9% und 17 Jahre - 7,3%. 56 Prozent der Befragten waren Mädchen und 44 Prozent Jungen. Die amerikanischen Kollegen gingen von einer analogen Vorgabe aus.

Wir verteilten einen Fragebogen mit 81 Fragen. Der erste Teil bestand aus Fragen allgemeiner Natur, etwa nach Zukunftsproblemen, vor denen die Welt heute steht. Der zweite Teil ging dann unmittelbar auf die Untersuchungsthematik ein, Fragen von Krieg und Frieden, die Gefahr eines Atomkrieges und sowjetisch-amerikanische Beziehungen.

Was hat die Erhebung ergeben? Gibt es Berührungspunkte in den Ansichten der sowjetischen und amerikanischen Kinder?

Die meisten Jugendlichen unserer beiden Länder erwiesen sich als gut informiert über die zerstörerische Gewalt der Atomwaffen und über die weltweiten Auswirkungen eines Atomkrieges. Das erklärt vielleicht, warum sich 70 Prozent

aus beiden Gruppen nicht darauf verlassen, einen Atomkrieg zu überleben, selbst wenn sie mit Nahrung und Obdach versorgt sind, und warum die überwiegende Mehrheit (80% in der UdSSR und 72% in den USA) meint, daß niemand als Sieger aus einem Atomkrieg hervorgeht.

Sehr viele sowjetische und amerikanische Jugendliche machen sich Gedanken darüber, ob ein Atomkrieg möglich ist. Aber in der Frage, wann sie ihn für möglich halten, gehen die Meinungen auseinander. Im Unterschied zu 9 Prozent der sowjetischen Schüler meinten 40 Prozent der amerikanischen Schüler, daß noch zu ihren Lebzeiten ein Atomkrieg ausbricht. Demgegenüber meinen nur 14 Prozent der amerikanischen und 56 Prozent der sowjetischen Jugendlichen, daß es niemals dazu kommen werde.

Die weitaus meisten Schüler in beiden Ländern, 95% in der UdSSR und 66% in den USA, glauben, daß man sofort mit Nukleartests und der Produktion von Atomwaffen Schluß machen sollte.

Meinungsumfragen in den USA zeigen, daß viele dort in uns den Feind sehen. In einer Umfrage heißt es entsprechend, daß für 60 von 100 Amerikanern die UdSSR das „Reich des Bösen“ ist, das die moralischen und religiösen Werte der Amerikaner gefährdet. Als Folge davon sind 61 Prozent der Amerikaner eher bereit, die Zerstörung der Vereinigten Staaten zu riskieren, als sich „unter dem Stiefel der Russen“ wiederzufinden.

Das stimmt, aber man sollte keinesfalls andere Indizien vernachlässigen, die die amerikanischen Umfragen enthalten. 79 Prozent der Amerikaner glauben beispielsweise, daß es keinen Grund für den Einsatz von Atomwaffen gibt.

Hier liegt, wie Sie sehen, ein offener Widerspruch vor. Ich würde hier auch von einem Konflikt sprechen zwischen einem beharrlich wiederkehrenden Feindbild und dem Wissen um die tödliche Bedrohung für uns alle, wenn es zum Atomkrieg

kommen sollte. Praktisch alle von US-Soziologen heute durchgeführten Umfragen stellen diese Zerrissenheit im amerikanischen Massenbewußtsein fest. Sie wird sowohl durch die Angst vor der „sowjetischen Gefahr“ als auch vor einem Atomkrieg hervorgerufen.

Umfrageergebnissen zufolge ist die Einstellung von Sowjetbürgern gegenüber Amerikanern besser als umgekehrt. Können Umfragen zu einer realistischen Vorstellung über die andere Nation beitragen?

Ihre Frage jetzt schon zu beantworten, dürfte ziemlich kompliziert sein. Noch sind unsere Forschungsergebnisse in der UdSSR nur unzureichend veröffentlicht. Von westlichen Ländern ganz zu schweigen. Wir versuchen allerdings, unsere Angaben über Presse und Medien zu popularisieren. Wenn es uns gelingt, auf die unterschiedliche Wahrnehmung hinzuweisen... führt das vielleicht dazu, daß sich der amerikanische Zeitungsleser oder Fernsehzuschauer einmal überlegt, warum dieser Unterschied überhaupt existiert. Das könnte zu einem wahrheitsgemäßen Bild der Sowjetunion und der sowjetischen Menschen in den USA beitragen.

Im Februar dieses Jahres wurde auf einem Wissenschaftlerforum die Gründung eines „Friedensbarometers“ diskutiert. Was ist darunter zu verstehen und läßt sich darüber bereits konkret etwas sagen?

Die Teilnehmer des Forums haben beschlossen, einen „Fonds für das Überleben der Menschheit“ zu gründen. Unsere sowjetischen Soziologen haben angeregt, innerhalb dieses Fonds eine internationale Struktur zu schaffen, die ermöglicht, die öffentliche Meinung zu wichtigen Fragen des Friedenskampfes, der atomwaffenfreien Existenz und Abrüstung zu erforschen. Wir haben Verbindungen zu mehreren Akademie-Instituten hergestellt, unter anderem zum Institut für USA und Kanada, zum Institut für Weltwirtschaft und Internationale Bezie-

hungen, sowie mit dem sowjetischen Friedenskomitee. Soviel zu den Voraussetzungen für ein „Friedensbarometer“ zumindest auf sowjetischer Seite.

Wir haben auch mit Kollegen aus dem kapitalistischen Ausland darüber gesprochen. Auf dem internationalen Symposium zu Anfang des Jahres haben wir, was Feindbilder angeht, mit den amerikanischen Professoren R. Chasen und J. Mack gemeinsame Forschungen vereinbart. Letzterer ist wissenschaftlicher Leiter des psychologischen Atomprogramms an der Harvard-Universität.

Auch einige führende Politologen und Publizisten anderer westlicher Länder haben sich positiv zu dem Programm geäußert. Irgend jemand hatte vorgeschlagen, nicht die Meinung der Öffentlichkeit, sondern der Regierungen zu erforschen. Ich halte nichts davon, denn jede Regierung ist doch darauf angewiesen, die Meinung ihrer Wähler kennenzulernen. Deshalb muß man in erster Linie die öffentliche Meinung zur Kenntnis nehmen.

Was kann die Verwirklichung dieses Internationalen Projekts bringen?

Durch regelmäßige Meinungsumfragen in verschiedenen Ländern kann man verhältnismäßig vollständige Informationen darüber erhalten, was sich im politischen Bewußtsein von Millionen Menschen auf unserem Planeten bewegt. Wie reagieren sie auf akute Probleme der Gegenwart und welche Lösungswege sind möglich? Es bietet sich an, dem UNO-Generalsekretär periodisch diese Informationen zuzuleiten und sie über die Massenmedien international zugänglich zu machen.

Man sollte annehmen, daß die Realisierung eines solchen Projekts allen den zugute kommt, die eine Weltraumkatastrophe verhindern und den Weg zu einer Zivilisation ohne Atomwaffen bereiten wollen.

Zeichnung: N. Stscherbakow



Die Dimbovita wird sauber

Die Dimbovita durchfließt Bukarest von Ost nach West. Über 500 Jahre steht die rumänische Hauptstadt an ihren Ufern. Im klaren Wasser des relativ schmalen und flachen Arges-Nebenflusses tummeln sich einst Fische, suchten die Städter Erfrischung. „Dimbovita apa rece“ - „Die Dimbovita ist ein kaltes Wasser“ - heißt ein altes Volkslied aus der Walachei.

Heute gibt es in der Dimbovita jedoch schon lange keine Fische mehr, ist ihr Wasser weder klar noch kühl. Der Fluß, der sich zwanzig Kilometer lang durch Bukarest zieht, ist zu einem riesigen Abwassergraben der Hauptstadt geworden. Und die rumänische Hauptstadt wächst schnell: In den letzten 50 Jahren hat sich die Bevölkerungszahl verdreifacht und beträgt heute über 2 Millionen.

Natürlich gibt es hier auch reine Gewässer. Im Norden, zum Beispiel, erstreckt sich eine ganze Seenkette: Baneasa, Herastrau, Floreasca und Tei bilden ein natürliches Domizil für Silbermöwen. Die verschmutzte Dimbovita jedoch stört das ökologische Gleichgewicht der Hauptstadt empfindlich.

Das soll sich aber bald ändern. Die Dimbovita wird wieder kühles, klares Wasser führen.

„Im Prinzip ist die Lösung ganz einfach“, sagt Ingenieur Lasarescu. „Wir betten den Fluß in einen Betonbehälter. Im Querschnitt sieht das aus wie zwei übereinanderliegende Trapeze, von denen eines größer als das andere ist. Damit entstehen praktisch zwei Etagen, die durch eine gut isolierte Betondecke getrennt sind. Die obere Etage ist offen: ein künstliches Flußbett, das sauberes Wasser führt. Die untere ist geschlossen und besteht aus drei Kammern. In zwei werden Abwässer gesammelt und aus der Stadt gebracht. Die dritte bildet einen Drainagekanal für das Grundwasser. Alles sehr einfach...“

Die Einfachheit ist natürlich nur scheinbar. Selbst der Laie läßt sich leicht überzeugen: Die Lösung ist originell, sorgfältig durchdacht und rationell. Lasarescu (56) ließ sein ganzes Wissen und seine reiche Erfahrung in diese Arbeit einfließen. Über dreißig Jahre arbeitet er schon Projekte für Wasseranlagen aus, von denen viele nicht nur in Rumänien sondern auch im Ausland realisiert wurden.

Wir unterhalten uns im Forschungs- und Projektierungsinstitut für Wasserwirtschaft direkt am Unabhängigkeitskai. Aus dem Fenster ist ein Teil des neuen Flußbettes gut zu sehen. Der künstliche Fluß ist 35 Meter breit und 1,5 bis 4,5 Meter tief. Man wird ihn durch 5 Tunnel und über 15 Neubaubrücken überqueren können.

Unser Gespräch setzen wir auf dem Damm eines Stausees fort, der angelegt wird, um den Wasserpegel der Dimbovita ständig konstant zu halten. Der mit 220 Hektar größte Stausee der Hauptstadt ist bald fertig. Wenn der geplante Wasserstand erreicht ist, wird die maximale Tiefe 12 Meter betragen. Der Bau des neuen Flußbettes ist ebenfalls im wesentlichen abgeschlossen.

„Begonnen haben wir im Juni 1985“, sagt Ingenieur Lasarescu, „In wenigen Monaten sind die Arbeiten beendet. Die Dimbovita fließt dann in neuen Ufern, an denen Grün- und Sportanlagen entstehen. Auf einer Insel im Stausee wird ein großes Sport- und Freizeitzentrum gebaut...“

Der Bau des Staudamms dauerte anderthalb Jahre, ein Jahr weniger als geplant. Der Zeitgewinn erklärt sich

überwiegend aus der umfangreichen Mechanisierung der Arbeit. Außerdem wurden im Vergleich zu anderen Baustellen mehr Betonfertigteile verwendet.

Vor meinem Besuch am Fluß hatte ich ein Gespräch in der Staatlichen Plankommission. Dabei ging es nicht nur um die positiven Ergebnisse, die im ersten Jahr des achten Planjahrfünfts erreicht wurden, sondern auch um das strenge Sparprogramm, mit dessen Hilfe sich Rumänien schneller von der Auslandsverschuldung befreien will.

Das ist nicht leicht für die Menschen hier, und es taucht natürlich die Frage auf, ob es denn lohnt, so große Summen für Projekte wie „Dimbovita“ auszugeben. Konnte man damit nicht noch warten?

Ja, es ist jetzt schwer für uns, bestätigte man in der Kommission. Doch Projekte wie dieses haben eine große soziale Bedeutung. Eine neue Dimbovita entlastet nicht nur die Umwelt, bringt nicht nur neue Parks, Strände und Sportanlagen. Der Stausee, der Damm, sieben Wehre - das alles ist auch Garantie dafür, daß Bukarest nie wieder vom Frühjahrshochwasser heimgesucht wird. Das ermöglicht die ausreichende Bewässerung von 1100 Hektar fruchtbarer Böden rund um Bukarest und damit eine bessere Versorgung der Hauptstadt mit Obst und Gemüse.

V. TSCHERNJAWSKI

NZ-Sonderkorrespondent

Bukarest--Moskau



Ein neues Flußbett entsteht.

Foto: Agerpres

Am 15. Mai 1955 wurde der Staatsvertrag über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs unterzeichnet

Rück- und Ausblick vom Stephansdom

Von unserem Sonderkorrespondenten
Anatoli KOWRIGIN

Eine steile Wendeltreppe. Ganze 343 Stufen. Vom Turm des alten Stephansdoms hat man eine wunderbare Aussicht auf die Donau und die jenseits beginnende Ebene im Osten bis zu den Hügeln des Wiener Waldes, der die Stadt auf drei Seiten umgibt. Ich habe diese Stufen schon mehrmals erstiegen — damals, als ich zum ersten Mal als Reporter in Wien weilte. Jetzt, nach vier Jahren Unterbrechung, bin ich wieder hier und möchte gern sehen, wie sich Wien verändert hat. Nein, es ist alles noch wie damals — alles Neue hat sich in das alte Weichbild eingefügt, so daß die Stadt in ihrer Einmaligkeit unveränderlich zu sein scheint. Was ist es, Ehrfurcht vor der Geschichte, Rückblick in die Vergangenheit oder eher ein Ausblick in die Zukunft?

Beim Hinuntersteigen denke ich darüber nach. Fast am Eingang kommt mir ein älterer Herr mit einem prächtigen Schnurrbart entgegen, wie sie noch in der Kaiserzeit modern wurden. Meine Aufmerksamkeit lenkte allerdings nicht so sehr der Bart wie ein Heft der Zeitschrift "Die Sowjetunion heute" auf sich, das aus seiner Manteltasche hervorsah. Wir machten uns bekannt und unterhielten uns im Cafe „Aida“, in der Nähe des Doms, bei einer Tasse „Melange“. Herr Rauscher ist seit vier Jahren im Ruhestand. Früher arbeitete er in einer Druckerei. Er ist ein waschechter Wiener und auf seine Vaterstadt sehr stolz. Er erzählt:

„Zum Stephl“ (so nennen die Wiener ihren Dom) „komme ich oft. Hier ist es immer belebt. Mit den Jahren ertrage ich die Einsamkeit immer schwerer. Beim



Stephansdom, Wahrzeichen von Wien

Stephl kommen mir immer allerlei Erinnerungen. Sie waren doch oben, nicht? Wissen Sie auch, wer ihn 1945 vor der Zerstörung bewahrt hat? Ein Landsmann von Ihnen, ein junger rothaariger Leutnant. Ringsum stand alles in Flammen und schlugen Geschosse ein. Er und seine Soldaten rannten den brennenden Dom löschen. Noch schwieriger war es deshalb, weil auf Weisung der SS

sämtliche Wagen der Feuerwehr und alles Löschzubehör einige Tage, bevor die sowjetischen Truppen Wien erstürmten, nach St. Pölten geschafft worden waren. Das ist fast 60 Kilometer weit weg. Das Wasser zum Löschen trugen sie in ihren Stahlhelmen. Ohne den Leutnant wäre unser Stephl niedergebrannt.“

Ich höre Herrn Rauscher zu und denke an die auf Wiener Friedhöfen ruhenden sowjetischen Soldaten. Im April 1945 allein fielen in den Kämpfen um Wien über 13 000. Zum Gedenken an sie steht im Zentrum, auf dem Schwarzenbergplatz, ein Denkmal für den sowjetischen Soldaten.

400 Sitzungen

Das Frühjahr 1945 war das Vorspiel zum Frühjahr 1955. Vor 32 Jahren wurde im Wiener Schloß Belvedere im Marmorsaal eine Urkunde unterzeichnet, die für die weitere Entwicklung des Landes bestimmend war: Die Außenminister der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs unterzeichneten den Staatsvertrag über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs. Rings um das Schloß jubelten Tausende Wiener, zu Straußwalzern tanzten Paare.

Der Weg zur Unterzeichnung des Staatsvertrags war nicht glatt und eben. Fast 10 Jahre dauerten die Verhandlungen zwischen den ehemaligen Alliierten. Sie hielten fast 400 Sitzungen ab, darunter solche, an denen auch Vertreter Österreichs teilnahmen. Der Westen, namentlich Amerika, versuchte mehrmals, die Lösung der österreichischen Frage aufzuhalten. Man rechnete darauf, die Alpenrepublik in die NATO einbeziehen zu können.

Die UdSSR nahm von Anfang an den festen und konsequenten Standpunkt ein, daß Österreich ein souveräner, demokratischer und neutraler Staat werden muß. Diese Prinzipien wurden schließlich dem Vertrag zugrunde gelegt. Zum Erfolg der Verhandlungen trug weitgehend das Streben der Österreicher selbst nach einer gerechten, vernünftigen und für sie günstigen Lösung bei.

Nachdem der Staatsvertrag in Kraft getreten und sämtliche ausländische Truppen aus Österreich abgezogen waren, verabschiedete das Parlament am 26. Oktober ein Gesetz über die ständige Neutralität Österreichs. Ab 1965 ist der 26. Oktober Nationalfeiertag. Der wiederverstandene Staat verpflichtete sich aus freien Stücken, keinerlei Militärbündnissen beizutreten und auf seinem Boden keine ausländischen Militärstützpunkte anlegen zu lassen.

In den seither vergangenen gut 30 Jahren hat es sich eindeutig erwiesen, daß Wien seinen Weg richtig gewählt hat. Das internationale Ansehen Österreichs ist allgemein anerkannt. Es bemüht sich tatkräftig und konstruktiv um internationale Zusammenarbeit und um die Lösung der akuten Probleme, die die Menschheit heutzutage beschäftigen.

Besonders viel hat Österreich zum KSZE-Prozeß beigetragen. Nicht von ungefähr ist Wien jetzt Schauplatz der Zusammenkünfte von Vertretern der KSZE-Staaten.

Seit 1979 ist Wien offiziell der dritte Sitz der UNO. Die moderne Siedlung am linksseitigen Donauufer beherbergt Spezialorgane der UNO und die große IAEA, auf deren Tätigkeit in letzter Zeit besonderes Gewicht gelegt wird.

In Wien, das auch ein Kreuzweg Europas genannt wird, finden andauernd internationale Konferenzen, Kolloquien und Kongresse statt. Hier finden sich Staatschefs und Minister verschiedener Länder zu Treffen ein.

Die Ansicht

des Vizekanzlers

Welchen Platz nehmen der Staatsvertrag und das Gesetz über die immerwährende Neutralität in Österreichs Nachkriegsgeschichte ein? Das fragte ich Herrn Alois Mock, den Vizekanzler und Außenminister Österreichs.

Er sagte, er sehe die unbedingte Vertragstreue Österreichs als den wichtigsten Bestandteil seiner Politik an. Das gelte in vollem Umfang für den Staatsvertrag, das entscheidende Dokument der Wiederherstellung der selbständigen und freien Republik Österreich. Er betrachte sich selbst als politischen Erben Kanzler Raabs und Außenminister Figls, die im Mai 1955 an der Wiege dieses höchst wichtigen Dokuments standen.

Was die Annahme des Neutralitätsgesetzes betreffe, so sei dieser Schritt für die neue, positive Rolle Österreichs in der Gemeinschaft der Nationen bestimmend gewesen. Er habe ihm die Möglichkeit geboten, sich rege an der Bereinigung lebenswichtiger Fragen zu beteiligen, vor die sich sowohl die großen als auch die kleinen Länder gestellt sähen.

Zwei dieser Ereignisse könne man mit einem historischen Wurf vergleichen. Sie seien eine feste Grundlage für die gute Entwicklung der sowjetisch-österreichischen Beziehungen geworden. Aber zweifellos seien die Möglichkeiten für eine Vertiefung der bilateralen Beziehungen nicht ausgeschöpft. Das treffe sowohl für die Wirtschaft als auch für den kulturellen Bereich zu. Politisch gesehen, könne man Österreich nicht zu den Großmächten zählen, aber zumindest auf kulturellem

Gebiet sei es als führendes Land anzusprechen.

Herr Mock schloß, in Österreich beobachte man sehr aufmerksam die Umstellung, die in der UdSSR immer zügiger vorankomme. Große Wandlungen würden selbstverständlich Zeit brauchen, aber schon jetzt erkenne man bei der bilateralen Zusammenarbeit deutlich neue Perspektiven. Bei dem Vorschlag zur Gründung gemeinsamer Betriebe halte er es für besonders wichtig, daß nicht allein von großen, sondern auch von mittleren und kleinen Firmen die Rede sei. Auf ihnen fuße ja die Wirtschaft Österreichs. Er könne mit voller Überzeugung sagen, daß die Aussichten auf profundere, für beide Seiten vorteilhafte Beziehungen der UdSSR und Österreichs denkbar günstig seien.

Dieses Urteil eines führenden Mitglieds der Regierungskoalition läßt hoffen. Gerade jetzt, wo in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder ein Abflauen festzustellen ist, sind Optimismus und Weitblick sehr wichtig. Herrn Mocks Ausführungen sind auch als Antwort auf Appelle zur einseitigen Orientierung auf den Westen zu werten, die in letzter Zeit in gewissen Kreisen Österreichs ziemlich oft laut werden.

Wer der Republik Österreich Wohlergehen und Gedeihen wünscht, der wird stets die Lehren der Geschichte beherzigen und die in den letzten Jahrzehnten entstandenen politischen Traditionen in Ehren halten. Er wird eindeutig zugeben, daß weder der Beitritt zur EG noch Raketen für die österreichische Armee und anderes, was die NATO freuen würde, der Alpenrepublik mehr Sicherheit gebieten könnte als die strikte Befolgung ihrer Verpflichtungen laut Staatsvertrag.

Erste Schritte

der Koalition

Was gibt es in Wien also Neues? Da sind dieselben sauberen Straßen, dieselben sauberen Parks mit sorgfältig gemähtem Rasen und gepflegten Blumenbeeten.

Auch der Lebensrhythmus der Wiener hat sich nicht verändert. Um 6 Uhr früh sind schon zwei Drittel aller Wiener auf den Beinen, fahren zur Arbeit oder sind schon dabei. Wer früh aufsteht, der geht auch früh zu Bett. Dieser Volksweisheit bleiben sie treu. Um 10 Uhr abends wird es still in der Stadt.

Und doch gibt es Veränderungen, besonders innenpolitische. Die im vergangenen Herbst gebildete Große Koalition, der ÖVP und SPÖ angehören, hat nur erste Schritte getan. Aber schon sie zeigen, daß sich ein gewisser Rechtsruck andeutet. Das Regierungsprogramm des neuen Kabinetts läßt die Absicht erken-

nen, einen Ausweg aus den jetzigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten vor allem auf Kosten breiter Schichten der Werktätigen zu suchen. Diesen droht ein weiteres Anziehen der Steuerschraube und eine Erhöhung von Abgaben und Tarifen, was unweigerlich zur Senkung des realen Lebensstandards führt. Mit dem Schlagwort "Sanierung" ist ein Frontalangriff auf den staatlichen Wirtschaftssektor eingeleitet worden. In diesem Sektor sind die ersten Massentlassungen vorgenommen worden.

Die respektable "Wochenpresse" muß zugeben, daß es anfangs so ausgesehen habe, als seien das Anfängerschwierigkeiten der Koalitionsregierung, während sie jetzt von Stockungstendenzen zeugen — die Große Koalition habe den in sie gesetzten Hoffnungen noch immer nicht entsprochen. Statt die dringenden Probleme anzugehen, wälze sie immer neue Lasten auf die Bürger ab.

Neben dem Generalangriff auf die sozialen Errungenschaften der Werktätigen sind die Avancen, die den Unternehmern und Krösussen gemacht werden, nicht zu verkennen. Diese erhalten zusätzliche Steuervergünstigungen und finanzielle Zuschüsse. Ein konkretes Beispiel ist die wesentliche Senkung der Steuer auf Goldwaren, Edelsteine, Rauchwaren und andere Luxusartikel ab 1. April d. J. Das alles tut man, um den "Geschäftsgang" hochzuhalten.

Wozu eine derartige Politik führt, das sieht man im Wiener 16. Bezirk in der Herbststraße. Dort befindet sich das Hauptarbeitsamt. Lange vor Eröffnung bildet sich davor eine Menschenmenge. In den letzten Monaten wird sie immer größer. Frauen und Männer, alte und blutjunge warten ungeduldig auf das Öffnen der massiven Tür und auf die Antwort auf die lebenswichtigste Frage, ob Arbeit für sie da ist.

Dieses soziale Problem ist jetzt in Österreich akut. Anfang des Jahres erreichte die Zahl der Arbeitslosen mit 235 000 die Rekordhöhe seit 30 Jahren. Eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt ist in nächster Zeit nicht zu erwarten. Wirtschaftsexperten sagen voraus, daß der Wirtschaftszuwachs im laufenden Jahr nur 1 und nicht 2 Prozent ausmachen wird, worauf man noch vor einigen Monaten rechnete.

Aber so schwer es auch ist, die Österreicher bleiben Optimisten und unterlassen offene Proteste. Jedenfalls kamen in den letzten Jahren auf jeden in der Industrie Beschäftigten nur einige Streiksekunden. Differenzen werden gewöhnlich friedlich, am Verhandlungstisch, beigelegt.

Einen Tag vor meinem Abflug aus Wien traf ich wieder Herrn Rauscher, dieses Mal in der Fußgängerzone am Stephl. Ein paar anerkennende Worte über die vom Frühling verschönte Wiener Altstadt riefen wieder Erinnerungen in mir wach.

Wien—Moskau

Felder leben auf

Wir befinden uns im Dorf Tesan, Provinz Takeo. Ein Dorf wie viele in dieser Gegend, bewohnt von 160 Familien. Wir suchen uns nicht das beste Anwesen aus und unterhalten uns mit dem Besitzer, Ki Kam.

"Reich sind wir nicht", sagt er, "aber Nahrung, Kleidung und Hausrat haben wir. Vieles haben wir uns selbst gemacht, anderes auf dem Markt in der Kreisstadt gekauft oder hier im Dorf durch Tausch erworben. Das Haus ist annehmbar, aber wie Sie sehen, hat es ungedielte Fußböden. Das Dach ist aus Stroh, die Wände sind aus Bambusstäben und Palmwedeln. Wir sind zu sechst. Jeder hat genug zu tun. Wir, die Erwachsenen, arbeiten in der Gruppe gegenseitiger Arbeitshilfe, bestellen den halben Hektar Gartenland und besorgen das Vieh, d. h. den Ochsen, die Kuh, zwei Ferkel und etwa drei Dutzend Hühner. In der Gruppe haben wir für die vorjährige Arbeitsleistung über 1 t Reis bekommen. Wenn das bis zur nächsten Säte nicht reichen wird, werden wir Mais verkaufen und für den Erlös Reis dazukaufen. Von einem Teil des Erlöses werden wir Baumaterial für ein neues Haus kaufen.

Hier, das alte, haben wir Dörfler alle zusammen gebaut, als wir nach der Vertreibung aus einer sogenannten Kommune zurückkamen. Viele Hütten im Dorf waren zerstört oder niedergebrannt. In unserer wohnten andere Leute. Wir baten und beschlossen, uns die vorübergehende Bleibe hier aus Bambus und Stroh zu bauen. Jetzt haben wir 50 000 Riel gespart, genug für den Bau eines Hühnerhauses aus Holz mit Bambusdielen und Schilddach."

"Ist die Familie mit der Arbeit in der Gruppe gegenseitiger Arbeitshilfe zufrieden?" frage ich Ki Kam.

"O ja", sagt er. "Das wird Ihnen jeder sagen. Unsere Gruppe gehört zur 1. Kategorie, d. h. jeder hat sein eigenes Vieh und seine eigenen Arbeitsgeräte, aber die Hauptarbeiten machen wir zusammen. Früher hatten wir hier viele Analphabeten. Manche gingen zu einem Lehrgang und in die Grundschule. Die Kinder werden mit 6 Jahren eingeschult, manche in der Kreisstadt. Wir werden also gebildeten Nachwuchs haben."

Das Dorf Tesan ist eins von 170 Dörfern im Kreise Bati und eins von Tausenden in der Republik, in der jetzt über 100 000 Gruppen gegenseitiger Arbeitshilfe gebildet worden sind. Ebenso wie im Kreis Bati sind sie überall verschieden. 12 gehören zur 1., 80 zur 2. und die übrigen zur 3. Kategorie.

Dazu stellvertretender Landwirtschaftsminister Chea Song:

"Die Beteiligung der Bauern an solchen Gruppen ist meiner Ansicht nach die Erfüllung des alten Traums von der gegenseitigen Hilfe des Volkes und von der Einheit der Nation. Der freiwillige Zusammenschluß der Bauern und ihre gemeinsame Arbeit haben viel zur Normalisierung der Lage im Land beigetragen, nachdem es eine schwere nationale Tragödie durchgemacht hatte. Der 20. Mai wird in der VR Kampuchea jedes Jahr als Gedenktag für die Opfer des Pol-Pot-Regimes begangen."

Voll Bitterkeit gedenkt der Minister der noch unfernen Vergangenheit: Die Pol-Pot-Clique hat nicht nur 3 Millionen Landesbewohner vernichtet, sie hat das Denken der Überlebenden nachhaltig vergiftet. Die Sklavenarbeit ohne

spielsweise über die Erfüllung der staatlichen Pläne und über die Verteilung der Düngemittel und des Saatguts. In den Gruppen der 2. Kategorie tun sich die Bauern erst für die mühevollsten Landarbeiten für den Bau von Wehren und Kanälen zusammen. Das sind eigentlich schon landwirtschaftliche Genossenschaften, in denen die Bauern den vom Staat zugeteilten Grund und Boden gemeinsam bearbeiten.

"Man könnte meinen, daß die Landleute nur langsam in die Gemeinschaftsarbeit einbezogen werden", sagt der stellvertretende Minister. "Dabei ging das in den ersten Jahren der Volksmacht ziemlich schnell vor sich. Damals, als bei uns alles in Trümmern lag und das Volk nach den Schrecken des Genozid körperlich und seelisch erschöpft war, hatte schon die bloße Zusammenarbeit Resultate. Jetzt geht die Einbeziehung neuer Schichten in die Genossenschaftsbewegung natürlich langsamer vonstatten, und doch gehören



Reisanbau

Foto: TASS

Rücksicht auf die Erfordernisse der Bewässerung und der Flurbereinigung hat sich zwangsläufig auf den Ackerbau ausgewirkt. Ein großer Teil der Reisfelder wurde unbrauchbar, die Erträge sanken katastrophal.

Gleich in den ersten Tagen der revolutionären Volksmacht entstanden als anfängliche Form der genossenschaftlichen Wirtschaftsführung Gruppen gegenseitiger Arbeitshilfe.

In den Gruppen der 3. Kategorie bekommt jede Familie zur Bearbeitung eine Parzelle angewiesen. Über viele organisatorische, soziale und kulturelle Fragen entscheiden alle gemeinsam, bei-

jetzt über 90 Prozent der Bauern Gruppen gegenseitiger Arbeitshilfe an. Dank der neuen Arbeitsorganisation ist der durchschnittliche Reisertrag in den Jahren der Volksmacht von 0,73 auf 1,17 t je Hektar angewachsen. Dementsprechend auch die Bruttogetreideerträge. Sie machen über 2 Mio t aus. Das entspricht ungefähr dem Durchschnittsertrag aus der Vorkriegszeit. Zwar haben wir noch ein Defizit an Nahrungsmitteln, es wird aber in den nächsten Jahren verschwinden.

Waren Sie noch nicht auf unseren Poldern?" erkundigt sich Chea Song und gibt mir folgenden Rat:

"Da müssen Sie gewesen sein! Natürlich sind sie längst nicht so wie in Holland oder in der KDVR. Nicht alles wird so gemacht, wie wir es gern möchten, aber wir finden unsere Polder doch lohnend."

Ich fahre tatsächlich in die Gegend von Prekneuv, einer Kreisstadt in der Provinz Kandal, wo eine große Reisplanzung entsteht. Ringsum trockengelegter und bestellter Boden, gegen das Meer durch Deiche geschützt. Die Bevölkerung benutzt hier von alters her das Hochwasser des Prekoksak, das in der Regenzeit einen großen Teil der Saatlflächen überschwemmt. In den 60er und 70er Jahren wurde ein Staudamm gebaut und wurden die Ufer des Stausees durch einen mächtigen Deich befestigt, so daß es im weiteren möglich gewesen wäre, die Bewässerung der Felder zu regulieren. Aber da kam die Pol-Pot-Clique und zwang die Leute, Kanäle zu stechen. Das Wasser aber floß nicht von allein auf die Reisfelder, der Stausee liegt nämlich tiefer. Pumpen waren nicht vorhanden, und alles taugte nichts. Der viele Kilometer lange Deich in Prekneuv machte die Sache noch schlimmer. Er schützte die Felder zwar vor Hochwasser, aber die Bauern konnten kein Wasser zum Begießen ihrer Parzellen sammeln.

Jetzt werden mitten auf dem Nordpolder 3-4 ha messende Reisfelder für den maschinellen Reisanbau eingeebnet. Dort befindet sich an einem kleinen See ein Feldstützpunkt mit provisorischem Gemeinschaftsheim und mit Gemüsebeeten.

"Es begann damit", erzählte mir Kay Yuti, Leiter der Reisversuchsstation, "daß sowjetische Melioratoren, Baufachleute und Selektionäre ankamen. Sie errechneten den Umfang und Charakter der Arbeiten und gingen gemeinsam mit unseren Arbeitern daran, das System zu rekonstruieren. Wir haben schon Straßen und einen Hauptkanal gebaut und Wasser hineingelassen. Voriges Jahr brachten wir auf 28 ha zwei Ernten zu je 5-6 t Reis ein, doppelt oder sogar dreimal soviel wie auf bewässerten und vier- bis fünfmal soviel wie auf unbewässerten Feldern.

Der Nordpolder hat, ebenso wie der Südpolder, eine große Zukunft", sagt Kay Yuti überzeugt. "Mit der Anlaffung des modernen technischen Bewässerungssystems hoffen wir, bis 1990 500 ha nutzbar machen zu können. Danach werden wir die Arbeit fortsetzen, um in erster Linie die Erzeugung von Nahrungsmitteln sowie von technischen Nutzpflanzen für den Export zu steigern."

...

Auf dem 5. Parteitag der Revolutionären Volkspartei Kampuchéas war viel von der Umgestaltung des flachen Landes die Rede, wo der größte Teil der Bevölkerung lebt. Es gibt noch viele Probleme. So z. B. mangelt es an Fachkräften, Maschinen, Treibstoff und Düngemitteln. Aber die Bauern, ja alle Werktätigen werden aktiver, und das verbürgt der Republik zukünftige Erfolge.

A. SCHELUDJIKO

Phnom Penh

"NEUE ZEIT" 20.87

Brücken

über die Ostsee

Die Halbinsel Skandinavien wird manchmal mit einem sprunghafem Tiger verglichen. Nur seine Hintertatzen stützen sich auf das Festland. Von den Ländern dieser Region haben nur Finnland und der Kontinentalteil Dänemarks einen Landverkehr mit Europa. Schweden, Norwegen und die dänischen Inseln dagegen sind vom Kontinent durch Meerengen getrennt. Die größten davon sind der Große und der Kleine Belt sowie der Öresund.

Dutzende Fähren befördern hier seit langem Millionen Passagiere, Hunderttausende Autos und Eisenbahnwaggons jährlich. Der Fährbetrieb ist kompliziert und teuer. Während der Spitzenzeiten kommt es außerdem zu Stauen, und die in der Ostsee häufigen Stürme legen mitunter einen wichtigen Bestandteil der Kommunikationen lahm. Havarien kommen ebenfalls vor.

Der Brückenbau scheint da vielversprechend. Der Gedanke ist nicht neu, vorläufig besteht jedoch nur eine Brücke über den Kleinen Belt. Der dänische Kriegsminister A. Tscherning schlug bereits 1855 vor, unter dem Großen Belt einen Tunnel zu bauen. Damals gab es aber keine entsprechenden technischen Möglichkeiten. Aus verschiedenen Gründen wurden auch spätere Projekte nicht realisiert.

Jetzt wendet man sich dem Problem des Verkehrs in den Meerengen der Ostsee erneut zu, diesmal sehr konkret. Das dänische Folketing unterstützte den Gedanken an eine Brücke über den Großen Belt, der schwedische Riksdag den Bau einer Brücke im Öresund. Die Verkehrsminister bereiten schon Dokumentationen vor. Man erwartet, daß die dänische und die schwedische Regierung im Herbst eine gemeinsame Initiative ergreifen werden. Vorläufig sind nur einige Einzelheiten bekannt.

Binnen fünf Jahren soll eine 18-km-Brücke über den Großen Belt geschlagen werden. Die gesamte Anlage wird sich aus Dämmen, deren Höhe von der Küste zur Mitte zunimmt, einer auf 12-m-Pfeilern ruhenden "niedrigen Brücke" (für kleinere Schiffe) und einer "hohen Brücke" über dem Hauptfahrwasser zusammensetzen. Am schwierigsten wird der Bau eines

Bogens von 1426 m Spannweite und 76 m Höhe sein.

Das Projekt sieht einen sechsspurigen Kfz- und einen zweispurigen Bahnverkehr vor. Doch besteht auch der Vorschlag, die Brücke schmäler und also weniger aufwendig zu bauen. Es gibt auch Anhänger eines Unterwassertunnels. In jedem Fall ist die Anlage teuer (um die 15 Md. dänische Kronen). Vorläufig steht nicht fest, wer das Projekt finanzieren soll, ob der Staat, das Privatgeschäft oder ein Konsortium ausländischer Firmen. Die letzte Variante begeistert die Dänen wenig, weil das bedeuten würde, daß ein Hauptbestandteil des dänischen Transportsystems in fremde Hände gerät. Doch ist nicht ausgeschlossen, daß das nationale Empfinden durch die schwierige Finanzlage des Staates und die riesigen Auslandsschulden überstimmt wird.

Im Öresund wollte man zuerst eine Brücke bzw. einen Tunnel an der schmalsten Stelle, zwischen dem schwedischen Hölisingborg und dem dänischen Helsingör, bauen. Jetzt wird eine Kombination von Brücke und Tunnel zwischen Kopenhagen und dem schwedischen Hafen Malmö vorgezogen. Dänische und schwedische Experten sind sich einig: Es wäre ratsam, die Kombination von Brücke und Tunnel für den Kfz- und den Bahnverkehr zu nutzen. Dann wird man das Transportproblem in den Meerengen der Ostsee komplex und wirtschaftlich, vor allem aber mit Rücksicht auf das erwartete Anwachsen des Güterumschlags lösen. Damit der Bau die Schifffahrt minimal behindert, plant man, den Tunnel unter dem Fahrwasser im dänischen Teil des Sunds, von der Saltholm-Insel bis zu den Vororten Kopenhagens, zu bauen; dort befinden sich der internationale Flughafen Kastrup und besteht Anschluß an das dänische Chaussee- und Eisenbahnnetz. Passagiere und Frachten aus Schweden und Norwegen könnten auf die Weise die Transitwege aus Dänemark nach Mitteleuropa erreichen.

Komplizierter ist die Sache mit dem Teil der Anlage in den schwedischen Gewässern. Ingenieure schlagen entweder eine Brücke oder eine Brücke in Verbindung mit einem Tunnel unter dem Fahrwasser

vor. Für die Schifffahrt im Öresund ist es sehr wichtig, wie die endgültige Entscheidung ausfällt. Dafür ist es klar, wie das Projekt zu finanzieren ist: Amtliche schwedische Sprecher gaben wiederholt ihre Bereitschaft bekannt, die notwendigen Mittel, ca. 10 Mrd. schwedische Kronen, bereitzustellen. Wenn im laufenden Jahr dänisch-schwedische Beschlüsse über den Öresund vereinbart werden, könnten Brücke und Tunnel schon 1995 stehen.

Fachleute weisen jedoch auf mehrere noch nicht erforschte Folgen hin, die die Veränderung der Transportverbindungen in den Meerengen nach sich ziehen könnte. Möglich sind z. B. negative Veränderungen im Wasserwechsel zwischen Ost- und Nordsee, wenn die bestehenden Strömungen durch Dämme und Pfeiler behindert werden. Nach Ansicht der Dänischen Verwaltung für Umweltschutz wird der Salzgehalt der Ostsee sinken, weil die in diese See mündenden Flüsse 750 Kubikkilometer Süßwasser jährlich führen. Das würde die Fischvorräte verringern, u. a. den jährlichen Kabeljauangang um 100 000 t senken. Öppige Algen in den Buchten und an den Flußmündungen könnten die See in einen Sumpf umwandeln. Die "Gesundheit" der Ostsee ist ohnehin bedroht. Möglich ist ferner, daß die Eisverhältnisse schwieriger werden.

Auch die Schifffahrt in den Meerengen, die äußerst wichtige Seewege darstellen, wird betroffen. Wie Prof. Klaus Petersen angibt, passieren jährlich über 20 000 zivile und militärische Schiffe auf dem Wege zum und aus dem Atlantik allein den Großen Belt und den Öresund. Die meisten davon fahren nicht unter dänischen Farben. Zwar sind die beiden Meerengen gemäß Traditionen und Völkerrecht transitfrei, aber diese Freiheit

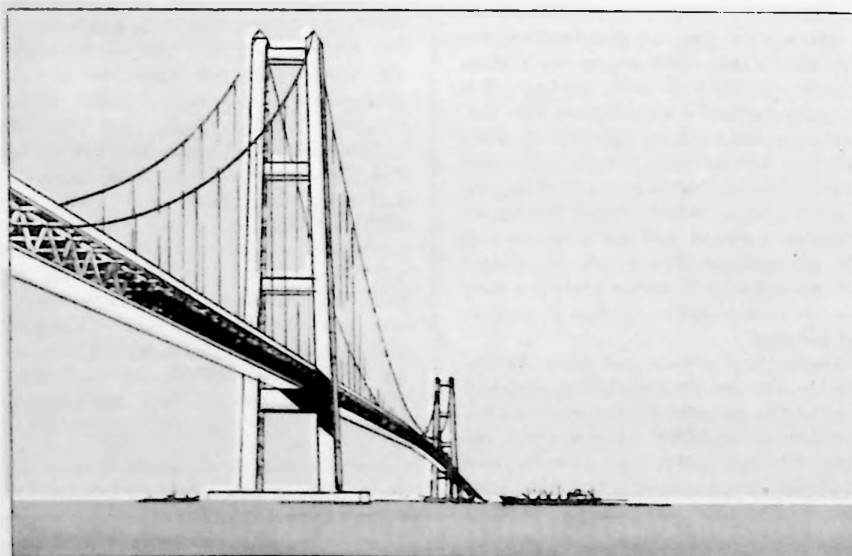
wird dann beschränkt. Brücken und Dämme werden ja das Manövrieren von Schiffen und ein sicheres Lotsen von schwimmenden Großobjekten (Bohrplattformen, Schwimmdocks) ernsthaft erschweren. Es ist möglich, daß die Anwesenheit ortskundiger Lotsen auf allen, auch auf militärischen Schiffen verbindlich sein wird.

Auch in der militärischen Situation kommen mit dem Bau von Brücken neue Momente auf. In NATO-Kreisen redet man davon, die neuen Anlagen zum Transport von Truppen nach Dänemark und Norwegen zu benutzen. Gemeint ist, daß die Entfernung zwischen der NATO-Nordflanke und dem neutralen Schweden geringer wird. Schließlich würde auch der Traum der NATO-Strategen, den sowjetischen Seestreitkräften den Ausgang von der Ostsee zum Atlantik zu versperren, in Erfüllung gehen. Nur einige wenige Sprengstoffladungen, und die riesigen Brückenträger würden sich quer über die seichten Meerengen legen. Freilich haben auch Terroristen keinen Mangel an Sprengstoff. Nach Meinung von Experten ist auch das bei der militärischen Planung in Betracht zu ziehen.

Kurz, selbst einige der potentiellen Folgen des Baus von Brücken und Tunnels in den Meerengen der Ostsee sind so wenig eindeutig, daß eine endgültige Entscheidung genaue Überlegungen und Vorbereitungen erfordert. Offenbar sollte dabei die Meinung nicht nur Dänemarks und Schwedens, sondern auch der anderen Ostseeländer eingeholt werden. Durch Konsultationen mit interessierten Staaten, auch mit der UdSSR, könnte man eine für die ganze Region annehmbare Variante des verbesserten Transportsystems in den Meerengen ausarbeiten. Dazu bestehen alle Möglichkeiten: Die Ostseeländer arbeiten beim Umweltschutz, im Fischfang und bei der Gewährleistung der sicheren Schifffahrt seit langem zusammen.

A. POLJUCHOW

So sieht ein dänischer Zeichner die geplante Brücke über den Großen Belt



Ich werde gefragt, warum sich die "Letzte Pastorale", veröffentlicht in der Zeitschrift "Novy Mir" 3/87, mit Fragen eines zukünftigen Krieges, genauer gesagt, seinen Folgen auseinandersetzt. Warum ich mich ausgerechnet jetzt dieses Themas annehme?

Es liegt doch auf der Hand: "Wenn nicht Du, nicht Wir, wer dann? Wenn nicht jetzt, wann sonst?" Alles Grundlegende ist bereits gesagt, es ist doch bekannt, was aus der Menschheit wird, was in einer Minute, einer Stunde, was innerhalb weniger Tage nach dem Anfang vom Ende mit dem Planeten passieren wird. Planetare Feuerstürme, alles durchdringende Strahlung, nukleare Nacht, augenblicklicher milliardenfacher Schmerz, Verzweiflung und Grauen bis hinein in die Tiefen des Weltraums...

Vor 10 oder 15 Jahren glaubte man, daß längst nicht alle darüber informiert zu sein brauchten. Daß das in Amerika so war, verstehen wir. Aber, wenn wir ehrlich sind, haben uns auch hier einige Genossen zurechtgewiesen: "Macht den Leuten keine Angst! Die hören sonst ganz zu arbeiten auf!" Dann wurde das bekannte Vokabular bemüht: Pazifismus, abstrakter Humanismus, Pessimismus usw.

Ich weiß noch, wie Wassil Bykow aus Moskau zurückkam und erzählte, was für eine Strafpredigt er sich von einem in Moskau lebenden Landsmann hatte anhören müssen, weil er in einem belorussischen Dokumentarfilm ("Formel Humanismus") mitgewirkt hatte. In diesem Film wurden bekannte Schriftsteller interviewt, unter anderem auch Nilin, Astafjew, Rasputin, Tarkowski, Solouchin und Karjakin. "Dir sollte ich jedenfalls übermitteln", sagte Wassil mit seinem traurigen Lächeln, "daß du bei deiner Literatur bleiben sollst, und diese Dinge, hieß es, fallen nicht in deine Kompetenz."

Jener Genosse konnte nicht wissen, daß meine Literatur sich bereits infiziert hatte. Schon 1982, als ich noch in der belorussischen UNO-Delegation gearbeitet hatte, fing ich in New York mit der Pastorale an, der "letzten"... Ich bin der Meinung, daß das nicht nur in die Kompetenz der Literatur fällt, sondern daß es ihre unmittelbare, vorrangige Pflicht ist, die Atombombe in den Herzen zu zünden, im Bewußtsein möglichst vieler Menschen, damit sie nicht wirklich über unseren Häuptern, unter unseren Füßen explodiert.

Etwas anderes ist, ob wir wirklich bereit sind, innerlich und schöpferisch in der Lage, ernsthaft und mit voller Hingabe über das Entscheidende zu schreiben, über das zum Glück nicht Durchgemachte so zu schreiben, als hätten wir es durchgemacht.

Vor dieser Erzählung habe ich mich publizistisch und in Redebeiträgen geäußert, und es wäre mir nie eingefallen,

Wenn nicht wir, wer dann?

Ales ADAMOWITSCH

hierbei an Kompetenz zu denken. Das nimmt einen doch mit, beschäftigt unablässig Herz und Gedanken. Wenn es einem ernst ist! Trotzdem tat ich mich schwer. Die "letzte Pastorale" hat an mir gezeht. Wie sollte ich DAVON schreiben? Die Arbeit an wenigen Seiten zog sich fast über fünf Jahre hin.

Ist eine solche Situation überhaupt möglich, wie ich sie in der Pastorale beschrieb, daß urplötzlich alles Leben von diesem Planeten verschwindet? Was können Künstler, hier zunächst einmal die Schriftsteller, tun, damit die Kriegsgefahr gebannt wird?

Wir verdanken es einem unwahrscheinlich glücklichen Zufall, daß derartiges uns allen noch nicht passiert ist. Wir haben unser Leben vom Zufall geborgt, genau das sagte unser Außenminister auf dem Rednerpodium der UNO. Atomwaffen sind gnadenlosere Kreditheile als der Shylock bei Shakespeare. Wenn sie ihre Schuld einfordern, ist es nämlich mit einem Stück Fleisch nicht getan.

Der Mensch gewöhnt sich an alles. Zu dieser düsteren Schlußfolgerung kam einst auch Dostojewski. Wer hätte jedoch gedacht, daß wir uns derart an alles gewöhnen würden, daß wir uns ein Leben ohne europäische Sprengköpfe unter dem Kopfkissen schon nicht mehr vorstellen können? Viele Politiker schlafen damit einfach besser. Sie fühlen sich damit aufgewertet, als hätten sie einen Napoleon oder einen Nelson in ihrem Generalstab.

Vermag die Literatur, vermag die Kunst überhaupt irgend etwas auszurichten in dieser Situation? Ja, sie kann etwas ausrichten. Ob wir dann auch immer tun, was wir können, steht auf einem anderen Blatt. Der eine oder andere Literat stellt sich selbst die bange Frage: Fällt das eigentlich noch in unsere Kompetenz? Büßen wir nicht unsere künstlerische Unschuld ein? Reißen wir nicht die Saiten unserer zarten Leiern entzwei?

Ich übertreibe keineswegs. Im Februar dieses Jahres war ich auf einer öffentlichen Parteiversammlung des Schriftstellerverbands der UdSSR. Am selben Tag hatte ich im Danilow-Kloster Rundtischgespräche von Theologen und Wissenschaftlern mitangehört, zum Thema "Allgemeine Sicherheit und mora-

lisch-ethische Werte". Uns, das heißt Vertreter der Natur- und Geisteswissenschaften, wie Akademiemitglied B. Rauschenbach und andere, lud man als wissenschaftliche Experten zu einer Versammlung von 100 Theologen, Repräsentanten der Weltreligionen. Mich verblüfften Weitblick, Engagement und Sachkenntnis, mit der religiöse Menschen nicht nur politische Realitäten der Gegenwart diskutierten, sondern auch technische Einzelheiten nuklearer Raketen-systeme, SDI usw. Ehrlich gesagt, Experten hatten sie nicht gerade nötig.

Und auf unserer Schriftstellerversammlung selbigen Tags? Himmel, wohin war ich geraten! Zum Auftakt wurden Gruppen- und Generationenkonflikte artikuliert, dann gab es, wie könnte es anders sein, mehrere Beiträge zum selben Thema wie dort, im Danilow-Kloster, nur mit einer solch lächerlichen Angst behaftet, sich an einer Politik und Publizistik zu versündigen, an jener Phrasendrescherei bis zum Überdruß, die, wie es hieß, uns daran hindert, künstlerisch wirklich Wertvolles zu schaffen, das über den Tag hinaus Bestand hat. Als hätte es sich noch nicht herumgesprochen, daß das Leben auf diesem Planeten selbst schon längst nicht mehr von ewigem Bestand ist.

Was kann, was muß Literatur? Etwa nicht ein solches moralisches Klima in der Gesellschaft, zwischen den Staaten, auf dem Planeten schaffen, das den Besitz der Bombe nicht mehr mit hohem Ansehen belohnt, sondern den Besitzer beschämt, gerade so, als hätte er heute Vernichtungslager und viele Todesfabriken wie Auschwitz?

Was muß unbedingt geschehen, damit die Beziehungen zwischen Ost und West, genauer gesagt, zwischen verschiedenen Gesellschaftssystemen nicht mehr länger von gegenseitiger Bedrohung geprägt sind, sondern verdienen, zivilisiert genannt zu werden? Unsere Umstellung steht doch unter der Lösung: Mit sich selbst anfangen! Lew Tolstoi hat übrigens schon früher empfohlen, mit allen wichtigen Veränderungen bei sich selbst anzufangen. Denn, sollten wir, Menschen, tatsächlich irgend jemanden beherrschen können, dann doch wohl uns selbst. Wir müssen abwägen und wirklich verstehen, was in den äußeren Dingen und Verhältnissen von unserem inneren Zustand abhängt.



Als unsere kleine Delegation, bestehend aus Klimow, Rasputin, Okudshawa und mir, vor kurzem in Westberlin war, machte sich ganz deutlich bemerkbar, daß die westeuropäische Öffentlichkeit heute den Ausweg aus der Sackgasse, in die die Feinde von Abrüstung und Entspannung die Menschheit immer wieder von neuem hineinragen, mit den revolutionären Prozessen in Verbindung bringt, die in unserer Wirtschaft, in unserer Politik, im sozialen und geistigen Leben bei uns vor sich gehen. Diese Prozesse sind der Garant für das Vertrauen, das uns viele Schichten der Bevölkerung anderer Länder entgegenbringen. Damit müssen die Hardliner rechnen. Hier liegt auch die Gefahr, daß die Bürokraten alles daran setzen, einen Abbruch der eben erst begonnenen Demokratisierung, der Umstellung unserer Gesellschaft zu provozieren.

Hierbei sind wieder Funktion und Verpflichtung der Schriftsteller, Journalisten, der Kultur insgesamt gefordert. Unter keinen Umständen abweichen von Bränten, ja gefährlichen Positionen. Wenn nicht wir - wer sonst?

Nach unserer üblichen Pressekonferenz in Westberlin, die zugespitzt und offen verlief und - nicht nur für uns - schon allein deshalb ein Grund zur Freude war, trat eine Frau an uns heran und meinte ziemlich verunsichert: "Unsere Zeitung hat bisher über diese Dinge so berichtet, als sei das in Ihrem Land etwas Verbotenes. Wie sollen wir denn jetzt weiterarbeiten?"

Wir legten ihr ans Herz, sich einmal zu überlegen, ob nicht auch für sie die Zeit der Umstellung gekommen sei.

Wie hieß es doch nach dem Rundtischgespräch im Danilow-Kloster: Der ideologische Wettstreit zwischen verschiedenen Gesellschaftssystemen darf ethische Normen der zwischenmenschlichen Beziehungen nicht verletzen. Ist heute denn nicht das höchste Kriterium für moralisch einwandfreies Verhalten, alles zu unterlassen, nichts zu tun, zu sagen, zu denken, was das Leben des Menschengeschlechts selbst in Frage stellt?

Urlaubsinsel

Djarba

Oleg GERASSIMOW

Das gemütliche Städtchen Haumat as-Suk auf der tunesischen Insel Djarba scheint nur aus kleinen Läden zu bestehen, die mit Keramiken, Teppichen und allerlei Kleinkram aus Leder oder Palmwedeln vollgestopft sind. Das Städtchen ist aber der Brennpunkt des Fremdenverkehrs, also gibt es da auch mehrere Bankfilialen, Wechselstuben, viele Gaststätten, Hotels, Pensionen, Campingplätze und den überdachten Basar. Der Tourist kann hier eine Hütte aus Palmwedeln mieten. Ebenso ein Pferd, ein Kamel, einen Esel oder ein Fahrrad, um sich auf der Insel umzutun. Man muß nur Geld haben.

Die „fünfte Jahreszeit“

für Touristen

Manche Touristen kommen im eigenen Auto. Im Stadtzentrum, beim Telegraphenamt und beim Rathaus, befindet sich ein großer Parkplatz, wo der Fahrer eine Münze in einen tellerförmigen Automaten stecken muß. Ein Tunesier in langem gestreiftem Burnus mit Kapuze schlendert zwischen den Wagen umher und kontrolliert die Parkuhren. Findet er einen Wagen, dessen Parkzeit abgelaufen ist, dann schleppt sein Handlanger ein schweres Fangeisen herbei. Es wird so auf ein Vorderrad geklemmt, daß der Wagen nicht fahren kann. Der Autofänger muß nicht gerade sehr beliebt sein, obwohl er doch nur seine Pflicht tut. Deshalb ist er gewiß so mürrisch.

Djarba lockt Touristen aus Europa besonders durch sein Klima an. Es ist

ziemlich ausgeglichen. Selbst im kältesten Monat — im Januar — zeigt das Thermometer etwa 12 Grad Wärme an. Im Dezember, wenn sich die Äste der Aprikosenbäume mit lila Blüten bedecken und die immergrünen Orangen- und Zitronenbäume schon Früchte tragen, wirkt die Landschaft märchenhaft. Wenn es in Westeuropa kalt ist und Regen mit Schnee abwechselt, treffen auf Djarba Zehntausende Touristen ein. Noch im April und Mai ist das Wetter angenehm, und erst im Juni beginnt der heiße Sommer.

Das Klima auf Djarba ist nicht nur den jetzigen Touristen aus Europa aufgefallen. Der französische Weltreisende Grevin schrieb in seinem vor etwa 50 Jahren erschienenen Buch über Tunesien, in Sfax nehme man vom Winter Abschied, in Kabes begrüße man den Frühling und in Tuzir den Sommer. Auf Djarba aber beginne eine fünfte Jahreszeit mit trocke-

ner, von Meeresbrisen aufgefrischter Luft. Der tunesische Wissenschaftler Tlatli, ein großer Freund Djarbas, behauptet, Flaubert habe, als er in Tunesien Stoff für seinen historischen Roman "Salambo" (über das antike Karthago) zusammentrug, mit folgenden begeisterten Worten Djarba gemeint: "Die Insel ist voller Goldstaub, Grün und Vögel, hier werden Zitronenbäume hoch wie Zedern und ist die Luft so mild, daß man nicht sterben kann."

Ich wußte, daß man auf Djarba Teppiche webt. Wir stehen am Eingang einer ebenerdigen Werkstatt mit Lager und bekommen sogleich etwas zu sehen, was ich schon oft in Kairo, Bagdad und Teheran gesehen hatte. Verkäufer holen von Regalen und aus hintersten Winkeln seidene und wollene Teppiche verschiedener Größe und Farbe. Sie breiten 5, 10 oder gar 15 vor uns aus. Ich versuche, ihnen klarzumachen, daß uns nicht diese, wenn auch sehr schönen handgeknüpften Teppiche mit mittelalterlichen Mustern aus Persien oder dem tunesischen Al-Kairawan, sondern die auf Webstühlen hergestellten Kelimteppiche interessieren. Der Inhaber ist aber nicht aufzuhalten. Er preist seine Teppiche an, verspricht, sie billig in ein beliebiges Land Europas zu schicken, und will uns damit imponieren, daß er und sein Bruder in der BRD ein gutgehendes Geschäft hätten.

Der Redefluß ist nicht aufzuhalten, und so greifen wir zu einem Trick: Wir fragen, was der kleine Teppich zu unseren Füßen kostet. Der Inhaber sagt es. Wir sehen uns verständnisinnig an und sagen, wir hätten nicht soviel Geld bei uns. Sofort läßt er uns stehen und wendet sich anderen Touristen zu. Wir gehen, geführt von Said, einem etwa 10jährigen Jungen, der zugehört hat und uns auf anderem Weg, durch die Werkstatt, hinausführt. An senkrecht



stehenden Metallrahmen, auf die der Musselgrund gespannt ist, sitzen ältere und jüngere Frauen, manche fast noch Kinder und ziehen farbige Fäden ein. An einem Teppich arbeiten 3–5 Personen. Auf dem Grundgewebe ist das Muster, auf Millimeterpapier gezeichnet, befestigt.

Ich frage den Jungen, wieso er hier ist und warum er nicht zur Schule geht.

"Meine Mutter arbeitet hier", sagt er. "Vater ist auf Arbeit im Ausland. Wie kann ich zur Schule gehen, wenn ich Mutter helfen muß, meine kleinen Geschwister zu ernähren?"

Als wir in den Wagen steigen, ruft er uns nach:

"Im Zentrum neben dem Möbelgeschäft ist eine Werkstatt für Teppiche, wie Sie sie sehen wollen. Der Verkäufer heißt Munjy. Er wird Ihnen alles zeigen."

Wie ein Kelim entsteht

Neben einem kleinen Möbelgeschäft steht ein hoher Wellblechschuppen. An den weit offenen Türen hängen Teppiche aus dicker weißer, schwarzer und brauner Wolle. Ein Muster stellt auf weißem Grund eine Traube dar. Auf der linken Seite mag das ein Baum sein. Ein anderer Kelim weist rechtwinklige Mäander an den Rändern auf. Ein dritter ist glatt weiß mit breitem braunem Rand.

Der etwa 25jährige Munji ist gern bereit, uns alles zu zeigen. An einem waagerechten Webstuhl sind in zwei Höhen Rohbaumwollfäden aufgespannt. Gearbeitet wird mit mehreren Handspindeln. In jeder steckt ein Knäuel Wollgarn. Munji zeigt uns eine oben offene polierte Holzspindel von etwa 40 cm Länge. Die Enden sind spitz, zur Beschwerung sind Bleistückchen eingelegt. Mit einem Pedal wird das obere baumwollene Grundgewebe nach unten und das untere nach oben verlegt. Quer über den ganzen Webstuhl führt eine Stange, auf die sich der Weber bei dieser Prozedur stützt. Einen 1 x 1,5 m großen Teppich stellt eine Person in vier Tagen her. Danach wird er mit einer Metallbürste ausgekämmt. So ein Kelim kostet 15–20 Dinar. In der ersten Werkstatt verlangte der Inhaber das 100–150fache für einen Teppich.

Von 8 Webstühlen sind nur 2 in Betrieb. "Keine Kunden", sagt Munji. Dabei sind die Kelims nicht teuer. Munji ist nur Angestellter und hat als Gehilfen einen hageren Alten, der auf einem senkrechten Spinnrad mit großer Spule Wolle zwirnt. Munji bekommt Stücklohn, er ist also am Verkauf interessiert. Als wir gehen, sind wir mit nach Schafwolle riechenden Kelims beladen.

Auf dem überdachten Basar werden auch Gold- und Silberwaren angeboten. Die Goldschmiede arbeiten an ihren Ständen, sie fertigen schwere Arm- und Beinreifen sowie Broschen an. Die Silberschmiede stellen ihre Kunst nicht gern zur Schau, sie arbeiten meistens zu Haus und vererben ihre Berufsgeheimnisse von Generation zu Generation.

In jeder Gesellschaft ist Schmuck ein Prestigesymbol. Auch in Tunesien. Dort ist neben dem Grund- und Hausbesitz der Schmuck der Ehefrau das Symbol des Wohlstandes. Außerdem sehen die Tunesier darin eine günstige Gelegenheit, freies Geld anzulegen. Bei Geldschwierigkeiten kann das Oberhaupt der Familie der Frau oder Tochter ein paar Armreifen abnehmen und zur staatlichen Pfandleihe tragen. Dort bekommt er sofort 60 Prozent des Nennwerts ausgezahlt. So wird es überall in Tunesien, besonders aber auf Djarba, gehalten.

Die dortigen Juweliere besetzen ihre Schmuckstücke mit Lapislazuli, Achat, Jade, Perlen und besonders Korallen aus dem Mittelmeer, die in der tunesischen Stadt Tabarka bearbeitet werden. Edelsteine wie Brillanten, Smaragde, Rubine und Saphire nehmen sie gewöhnlich nicht, denn dafür fänden sie keine Käufer.

Die Frauen auf Djarba legen viel Wert auf Amulette und Talismane gegen den "bösen Blick" und anderes Unheil oder als Glücksbringer. Wichtig sind nicht das Material und die Herstellungsart, sondern die Symbole. Sehr beliebt sind Fische.

Einmal waren wir auf einer pompösen Hochzeit. Da gab es wunderbaren Schmuck zu sehen. Die Braut war behängt mit Schmuck von den Eltern, vom Bräutigam und seinen Angehörigen. Sie trug ein Diadem aus Goldmünzen, und auf die Brust fielen am Diadem befestigte goldene Kettchen mit Goldplättchen oder Münzen. Auch hatte sie große runde, emaillierte Ohringe.

So etwas sieht man auf Djarba allerdings immer seltener. Im Alltag gehen die Frauen europäisch gekleidet, ohne Schmuck. Deshalb setzen die Juweliere ihre Hoffnungen auf die Auslandstouristen. Aber auch sie sind größtenteils nur "Sehkundenschaft".

Im Zeichen des Fisches

Am Eingang einer kleinen Gaststätte im alten Hafen von Haumat as-Suk steht ein großes Fischerboot mit Segeln und Netzen. Daneben sind große Tonkrüge aufgereiht, wie sie die Tunesier zum

Speichern von Wasser, Wein, Getreide oder Olivenöl benutzen. Das aus einem verborgenen Rohr strömende Wasser fließt über. Es gibt auf Djarba zu wenig Wasser. In jedem Hotelzimmer hängt französisch, englisch und deutsch die Aufforderung: "Bitte Wasser sparen!"

Das Mittelmeer gilt nicht als fischreich, vor allem wegen der Verschmutzung mit giftigen Abwässern westeuropäischer Industrieländer. Stellenweise ist sogar das Baden wegen Infektionsgefahr verboten.

Und doch wird auf dem Mittelmeer gefischt. Die Hafenrestaurants beziehen Fische auf dem Markt. Von den Fischmärkten der Häfen am Roten Meer und am Golf von Aden bezaubert, führe ich meine Begleiter ins Zentrum, wo neben den Fleischständen auch Fischstände zu sehen sind. Der Anblick ist aber keineswegs malerisch.

Ein paar Kisten mit Sardinen. Etwas weiter graugrüne Seebarsche. Das ist eigentlich alles. Ohne die Bekanntschaft mit Masmud, einem alten Fischer, der bei einer Tasse Kaffee auf seine ausgefahrenen Kollegen wartet, wären wir enttäuscht gewesen. Er hat uns viel Wissenswertes erzählt.

Die Fischer von Djarba fahren nicht weit hinaus. Sie fischen mit Netzen. 15–17 Fischer tun sich unter einem Kapitän zusammen, der der größte "Aktionär" des kleinen Unternehmens ist. Ihm gehören gewöhnlich das Netz und ein oder mehrere Boote. Jedesmal haben sie eine Ausbeute bis zu 80–100 kg, die verauktionieren sie am selben Tag an Kleinhändler und Restaurateure. Den Erlös bekommt zur Hälfte der Besitzer des Netzes und der Boote, die andere Hälfte die anderen zu gleichen Teilen.

Im Gespräch vergeht die Zeit schnell. Schon ist die zweite Schicht mit frischen Fischen gelandet. Masmud sortiert sie flink. Auf hohem Hocker sitzt ein großer Bursche und ruft den Preis jedes Bündels Fische aus.

Außer Fischfang betreiben die Bewohner von Djarba auch Ackerbau.

Der wichtigste Wirtschaftszweig von Djarba ist aber der Fremdenverkehr. Deshalb besteht dort schon lange ein internationaler Flughafen, aus dem Flugzeuge in Hauptstädte Westeuropas abgehen. Ein großes Reisebüro veranstaltet Führungen nicht nur auf der Insel, sondern auch in Tunesien.

Jeden Monat kommen Touristen aus Europa zur "fünften Jahreszeit" nach Djarba. Dortige Bauern, Fischer, Händler, Weber und andere Handwerker stehen ihnen zu Diensten. Diese Leute haben ihre eigenen Sorgen. Sie haben es auf der schönen Insel ganz und gar nicht leicht.

Tunis-Djarba-Moskau

Turnier der Überraschungen

Die 52. Weltmeisterschaft und die 63. Europameisterschaft im Eishockey werden zweifellos einen besonderen Platz in der Geschichte dieser Turniere einnehmen. Die diesjährige Ausscheidung war durch das gekonnte Spiel aller Teilnehmer und die Spannung gekennzeichnet, die Sportler und Zuschauer bis zum Abbliff des Schlußspiels ergriffen hatte.

Über die Spiele in Wien, die eigenen Teams und ihre Rivalen äußern sich die Obertrainer der Mannschaften, die die ersten vier Plätze belegten.

Tommy SANDLIN(Schweden). Die Weltmeisterschaft in Wien wird den Eishockeyfans lange in Erinnerung bleiben — sowohl durch die Spielweise als auch durch die dramatischen Begegnungen.

Die Zusammensetzung der Vierergruppen, die sich nach der ersten Runde gebildet hatten, brachte das reale Kräfteverhältnis zum Ausdruck. Auch die Mannschaft der BRD konnte einen Platz unter den vier stärksten Teams beanspruchen, doch die unsportlichen Machenschaften einiger Funktionäre der Internationalen Eishockey-Föderation, die der Mannschaft mal Punkte fortnahmen und sie ihr dann wieder zurückgaben, wirkten sich natürlich lähmend auf den Kampfgeist der Bundesdeutschen aus.

Stärker als in den vergangenen Jahren spielten die Mannschaften Schwedens, der CSSR und Kanadas. Das UdSSR-Team galt als Favorit, dem gegenüber diese Mannschaften im Grunde das gleiche Niveau erreicht hatten. Wir wurden erst 25 Jahre nach dem Sieg von 1962 in den USA wieder Weltmeister. Ein langer, zu langer Weg...

Ich möchte den wahren Sportgeist des sowjetischen Teams hervorheben, das bis zur letzten Sekunde gegen die CSSR-Mannschaft um den Sieg kämpfte. So gelangten wir auf Platz 1. Ich meine, daß wir ihn uns verdient haben.

Die Schiedsrichter waren nicht auf der Höhe, kamen mit dem Spiel nicht mit.

Viktor TICHONOW(UdSSR). Zweifels- ohne unterscheidet sich das Turnier vorteilhaft von vielen früheren. Die Spielklasse der führenden vier Teams ist jetzt viel höher, und dabei nicht nur der einzelnen Cracks, sondern der Mannschaften insgesamt.

Die Teams Finnlands und der BRD sind sehr nahe an die vier ersten Teams vorgerückt. Die Mannschaften der USA und der Schweiz, die Schlußlichter der Tabelle, demonstrierten in einzelnen Spielen ebenfalls hohes Niveau.

Was unsere Mannschaft angeht, so spielte sie in der Schlußrunde unerwartet schwach. Andererseits haben wir kein einziges Spiel verloren. Heute sind, um in einem solchen Monsterturnier zu siegen, bei dem es sich im Grunde um zwei Meisterschaften zugleich handelt, doppelte Energie und doppeltes Können erforderlich. Das überfordert jede Mannschaft. Natürlich läßt die Zusammensetzung unseres Teams zu wünschen übrig. Man braucht eine gleichmäßigere Besetzung. Wir haben für die Meisterschaft die besten ausgewählt, doch nicht alle von ihnen waren die besten in Wien.

Nun zu den Schiedsrichtern. Heute werden sie zu einem Hindernis für den Fortschritt im Eishockey. Man könnte viele Spiele auch ohne Teilnahme des UdSSR-Teams nennen, als Schiedsrichter ganz offensichtlich nicht mit ihrer Aufgabe fertig wurden. Das beunruhigt auch meine Kollegen.

Jan STARSII(CSSR). Die Meisterschaft war ein voller Erfolg. Die absolut meisten Spiele waren überaus spannend, dabei mache ich keine Ausnahme für die Begegnungen der Teams der USA und der Schweiz gegen die Favoriten. Die frühere große Kluft zwischen den Anführern und den Schlußlichtern der Tabelle besteht nicht mehr.

Es gibt jetzt viel mehr erstklassige Spieler, doch was die Stars angeht, so läßt sich das schwer beurteilen: Die Mannschaften spielen in vier Besetzungen, und viele waren nur für Sekunden auf dem Eis.

Die Mannschaft Schwedens ist die

beste, die dieses Land in den vergangenen sechs, sieben Jahren zu einer Meisterschaft geschickt hat. Bemerkenswert ist, daß die Cracks, die im eigenen Land spielen, meiner Meinung nach bedeutend stärker sind als jene, die in der NHL antreten. Deshalb holte Sandlin nur drei Spieler von dort, doch sie erwiesen sich des Teams als würdig.

Die Kanadier gefielen — eine ausgeglichene Mannschaft, ohne Stars, jung und diszipliniert. King hatte das europäische Eishockey gründlich studiert und weiß, wie er gegen die Europäer zu spielen hat.

Obgleich unsere Mannschaft neun Neulinge hat, spielte sie viel stärker als im Vorjahr in Moskau. Ich meine vor allem das Niveau des Spiels. Wir haben den Prachttorwart Hasek und eine ausgeglichene Besetzung. Ich möchte ferner den Verteidiger Benak, die Stürmer Pasek und Hrdina erwähnen.

Schade, daß uns fünf Minuten bis zu den Goldmedaillen fehlten. Doch das Leben geht weiter, und ich glaube an die Sternstunde meines Teams bei bevorstehenden Turnieren.

Dave KING(Kanada). Nach der ersten Wettkampfrunde, als mein Team von Match zu Match zulegte, hoffte ich, wir würden im Finish besser aussehen. Doch heute kann ich sagen, daß das Ergebnis dem Spiel entspricht; drei Mannschaften waren stärker als wir.

Alle Teilnehmer der Meisterschaft spielten origineller, verbesserten die Spieltaktik mit Hinblick auf den konkreten Gegner. Mich beschäftigte ständig die Frage, wie die besten Teams in der Verteidigung gegen die sowjetische Mannschaft spielen würden, die es sehr gut versteht, den Puck zu kontrollieren. Die Antwort erhielt ich bei den Begegnungen der sowjetischen Eishockeyspieler mit den Mannschaften Schwedens, der CSSR, Finnlands und der BRD.

In unserem Team traten Eishockeyspieler der Olympia-Mannschaft und von 9 Klubs der NHL an. Doch leider waren wir nicht ausreichend eingespielt. Doch ich bin allen dankbar, insbesondere den Verteidigern Hartsburgh und Murphy, den Stürmern Tanti und Dineen: Sie behaupteten sich als wahre Leader.

Das Turnier war sehr beeindruckend. Ich meine, daß jeder Teilnehmer dabei für sich viel Nützliches gefunden hat.

Mit den Trainern unterhielt sich
Boris LEWIN

Wien-Moskau

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"



Das Orchester der BBC

Vor 20 Jahren kamen britische Musiker im Winter, bei 30 Grad Frost, nach Moskau. Aber die Herzenswärme des Publikums ist ihnen unvergeßlich.

Jetzt umfaßt das Orchester viele junge Interpreten und hat einen neuen Hauptdirigenten, John Pritchard. Die Traditionen sind aber unverändert, auch insofern, als Musikwerken des 20. Jahrhunderts der Vorzug gegeben wird. Die Kultur ist nach wie vor auf der Höhe, vor allem aber das Bestreben, jedes Werk in

seiner ganzen Tiefe zu interpretieren.

Vor mehr als 50 Jahren gegründet, bildet das BBC-Orchester mit 111 im Kontraktverhältnis stehenden Musikern in Großbritannien eine Ausnahme.

Die jetzigen Konzerte kann man Gemeinschaftsdarbietungen nennen, sie wurden zum Teil von Juri Temirkanow dirigiert, und die Solopartien spielte der englische Pianist Barry Douglas. Größtenteils brachten sie Werke britischer Komponisten zu Gehör. John Pritchard wiederum dirigierte oft russische Musik, und die Solopartien spielte die sowjetische Cellistin Natalia Gutman.

In einem Interview für die NZ sagte Pritchard: „Wir gastierten in Moskau und Leningrad, als gerade Margaret Thatcher in der UdSSR war. Ein schöner Zufall. Ich möchte, daß die Freundschaft der Musiker unserer Länder zur Freundschaft unserer Völker wird.“

I. LAGUNINA

Fotos: A. Ratnikow

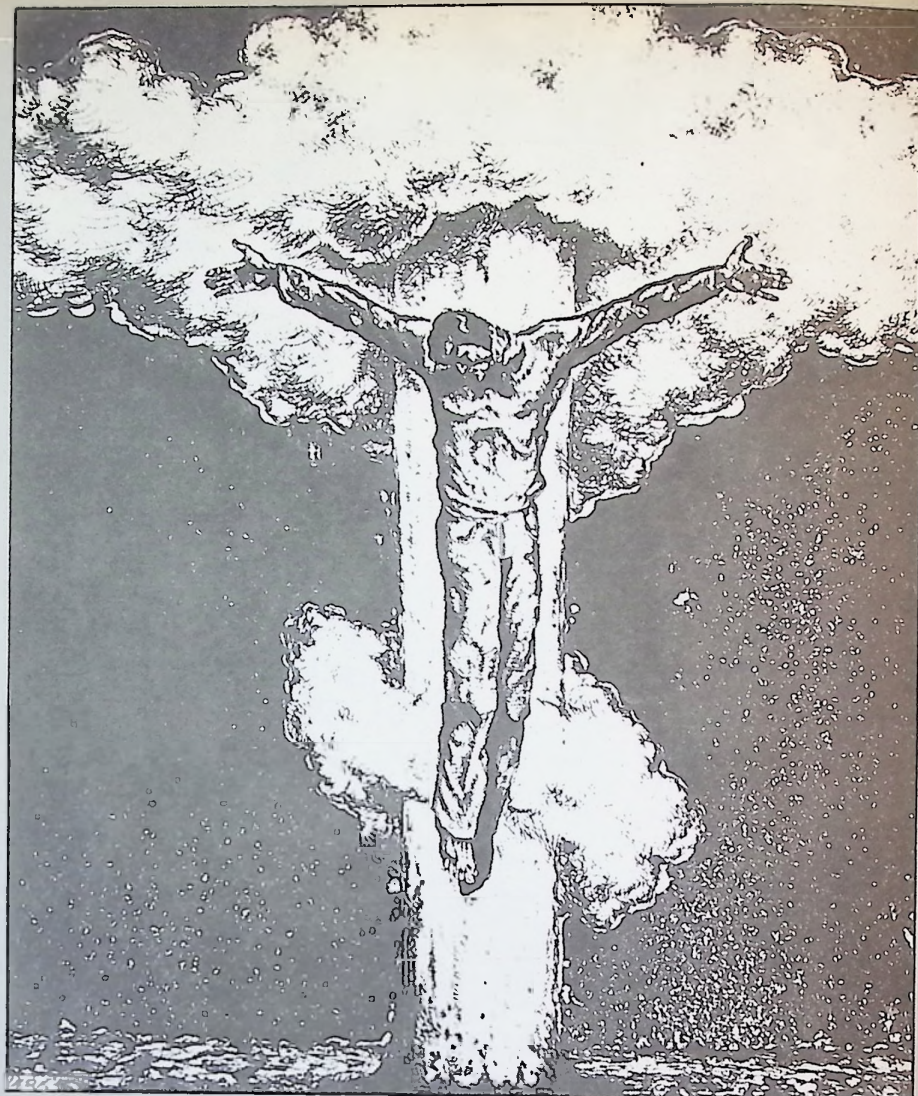


Es dirigiert
John Pritchard

Das Sinfonieorchester der BBC spielt eine Sinfonie des britischen Komponisten O. Knussen. Mit dem Orchester gastierte der Pianist Barry Douglas, der beim 8. Internationalen Tchaikowski-Wettbewerb in Moskau eine Goldmedaille erhielt

Der große Saal
des Moskauer
Konservatoriums





INTERNATIONALER WETTBEWERB

**„MENSCH,
MENSCHLICHKEIT,
MENSCHHEIT“**

Igor Smirnow (UdSSR)

Индекс 70624 на немецком языке